Nr. 12. 29. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 16. Januar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Wo bleibt die Wahlrechtsvorlage?

Als eine der dringendsten und wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnete die Thronrede vom Oktober 1908 die Reform des preußischen Dreiklassenwahlsystems. Erst geraume Zeit später, im Februar 1910, unterbreitete die Regierung dem Landtage ihre „Reform", die in Wirklichkeit eine dreiste Herausforderung, eine Verhöhnung des Volkes war. Der Landtag hat sie nach harten Kämpfen verworfen, und es gibt wohl niemanden, weder unter den Gegnern, noch unter den Freunden des Dreiklassenwahlsystems, der diesem Machwerk eine Träne nachweint.

Eine Session ist seitdem verflossen, ohne daß die Regierung sich ihrer Pflicht gegen das Volk erinnert hätte. Die zweite Session seit dem Scheitern der Wahlrechtsvorlage hat am Montag begonnen, feierlich ist der Landtag eröffnet worden, aber die Thronrede schweigt sich über die Wahlrechtsfrage aus, kein Wort ist darüber gesagt, die dringendste und wichtigste Aufgabe der Gegenwart scheint für das Ministerium Bethmann Hollweg plötzlich zu einer Frage von so untergeordneter Art geworden zu sein, daß es sich nicht lohnt, auch nur ein Wort darüber zu verlieren. Oder glaubt die Regierung vielleicht, daß das Königswort vom Jahre 1908 eingelöst ist? Sollte das der Fall sein, so wird das preußische Volk sie eines anderen belehren. Die Wähler, die eben erst dem schwarzblauen Block und seinem geschäftsführenden Ausschuß eine so deutliche Absage erteilt haben, werden den Beweis dafür erbringen, daß sie ebenso wenig geneigt sind, sich in Preußen unter das Joch der konservativ-klerikalen Wahlrechtsfeinde zu beugen, wie sie sich im Reiche von den konservativ-klerikalen Volksausbeutern und Steuerdrückebergern bewuchern lassen. Gegen die übergroße Mehrzahl des Volkes zu regieren, wird auf die Dauer weder einem Bethmann Hollweg noch irgendeinem anderen Minister möglich sein.

Die Frage der Wahlrechtsreform in Preußen ist kaum rein preußische Angelegenheit, sondern eine Angelegenheit, an der ganz Deutschland in hohem Maße interessiert ist. Die Niederringung der inneren Reaktion in Preußen ist die Voraussetzung für die Schaffung freiheitlicher Zustände in Deutschland. Aber die Beseitigung der Reaktion wird erst dann möglich sein, wenn die Axt an die Wurzel des Uebels, an das Dreiklassenwahlsystem, gelegt ist. Ist die Regierung wirklich so kurzsichtig, daß sie das Verlangen des Volkes nach Freiheit nicht sieht? Oder dünkt sie sich so erhaben, daß sie über alle Wünsche des Volkes kurzerhand zur Tagesordnung übergehen zu können glaubt? Ist dem so, dann werden die $4^1/_4$ Millionen Wähler, die durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel zugleich auch für ein freies Wahlrecht in Preußen votiert haben, noch deutlicher werden, dann werden sie zu anderen Mitteln greifen müssen, um ihren Willen in die Tat umzusetzen.

Kein Wahlrecht, aber höhere Steuern! Das ist der Grundton, auf den die Thronrede gestimmt ist. In Erfüllung der gesetzlich festgelegten Verpflichtung soll dem Landtage auf dem Gebiete der direkten Besteuerung der Entwurf zu einer Einkommens- und Ergänzungssteuernovelle vorgelegt werden. Zwar behauptet die Thronrede, daß Mehreinnahmen für die Staatskasse gegenüber dem jetzigen Steueraufkommen dadurch nicht herbeigeführt werden, da lediglich die gegenwärtig zur Erhebung gelangenden Steuerzuschläge in die Tarife eingegliedert werden. Aber tatsächlich würde eine solche Maßnahme, die nebenbei bemerkt mit der in Aussicht gestellten organischen Fortentwickelung des Steuerwesens nicht das geringste zu tun hat, auf eine Mehrbelastung hinauslaufen, da die Steuerzuschläge, sobald sie in die Tarife eingegliedert sind, auch kommunalsteuerzuschlagspflichtig werden. Anstatt angesichts der gestiegenen Lebenshaltung und des Sinkens des Geldwertes das steuerfreie Existenzminimum zu erhöhen, werden die preußischen Steuerzahler aufs neue belastet. Ihr höchstes Recht aber hält man ihnen vor.

Daß die Regierung keine Ahnung von dem hat, was das Volk bis ins Innerste bewegt, ergiebt sich auch aus dem Passus der Thronrede, der sich auf die Teuerung bezieht. Der schweren Verluste der Landwirte durch die Ernteausfälle gedenkt sie, sie stellt auch nicht in Abrede, daß die Preissteigerungen „beklagenswerte Mißstände für die Verbraucher, namentlich in den größeren Städten und Industriezentren ergeben", aber — so tröstet sie sich — durch ihre Maßnahmen hat sie alles getan, was zu tun möglich war. Wie wenig Wert diesen Maßnahmen beizumessen ist, darüber kann sie der einfachste Mann und die einfachste Frau aus dem Volke belehren. Die Satten gegen die Hungernden! So könnte man diesen Teil der Thronrede benennen.

Von den weiteren Vorlagen, die die Thronrede ankündigt, seien genannt eine neue Kleinbahnvorlage, die auch Mittel vorsieht, um auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen die elektrische Zugförderung einzurichten, der Entwurf eines Wassergesetzes, ein Entwurf zur Regelung des Fischereigesetzes, ein neues Kampfgesetz gegen die Polen, ein Gesetzentwurf, der für Arbeitsscheue und für säumige Nährpflichtige den Zwang zur Arbeit einführen will, und endlich ein Entwurf zur Einführung des ländlichen Pflichtfortbildungsschulbesuches in einer Reihe von Provinzen. Dagegen scheint das allgemeine Fortbildungsschulgesetz in der Versenkung verschwunden zu sein. Auch hier fügt sich das Ministerium Bethmann Hollweg dem Willen des schwarzblauen Blocks.

Daß der Kampf gegen die proletarische Jugendbewegung weiter geführt werden soll, nimmt nicht Wunder. Der Fonds von 1 Million soll zu diesem Zwecke um $^1/_2$ Million, und wenn das nicht reicht, um weitere Mittel verstärkt werden. Für Zwecke der Volksverdummung ist in Preußen stets Geld vorhanden. Daß es keine Früchte zeitigen wird, dafür bürgt der gesunde Kern der proletarischen Bewegung, die sich durch Gewaltmittel nicht besiegen läßt.

Umfangreich und schwierig ist das dem Landtage vorgelegte Programm. Ganz abgesehen davon, daß die Etatsberatung allein schon Monate in Anspruch nehmen wird, ist die Materie, die durch den Wahlrechtsgesetzentwurf zu regeln ist, so kompliziert, daß ein Ende kaum abzusehen ist. Um so schärfer ist die verspätete Einberufung des Landtages zu verurteilen. Infolge der Stichwahlen kann der Landtag mit seinen eigentlichen Arbeiten erst in den letzten Tagen des Januar beginnen. Statt die Session im Herbst zu eröffnen und eine sachgemäße Erledigung der Arbeiten zu ermöglichen, ist der Beginn von Tag zu Tag hinausgeschoben worden, bis glücklich der äußerste Termin erreicht war. Welche Mächte da hinter den Kulissen tätig waren, entzieht sich unserer Beurteilung, aber es ist unschwer zu erraten, daß die konservativ-klerikale Mehrheit alle Debatten im Parlament vermeiden wollten, die das Volk aufzurütteln geeignet gewesen wären. So zeigt es sich, wohin man auch blickt, daß Herr v. Bethmann Hollweg der Gefangene des schwarzblauen Blockes ist.

Das Volk aber sieht deutlicher und klarer als je zuvor, wo sein Feind steht. Ihn, der im Wahlkampfe eine so empfindliche Niederlage erlitten hat, auch parlamentarisch zu vernichten, ist Pflicht aller derer, denen die Befreiung des preußischen Volkes am Herzen liegt. Die Sozialdemokratie wird dabei ihren Mann stehen.

Die Thronrede.

Bei der Eröffnung des Dreiklassenlandtags verlas Herr v. Bethmann Hollweg die folgende Thronrede:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

Die Finanzlage des Staates hat sich auch im laufenden Rechnungsjahre weiter günstig entwickelt. Es wird danach voraussichtlich gelingen, den für das Rechnungsjahr 1911 veranschlagten Fehlbetrag erheblich herabzumindern. Gleichzeitig werden aus den Reinüberschüssen der Eisenbahnverwaltung beträchtliche Mittel in den Ausgleichsfonds zurückgelegt werden können. Auch der Etatsentwurf für 1912 bedeutet einen erfreulichen Fortschritt zu dem Ziele, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts endgültig herzustellen. Er schließt zwar immer noch mit einem mäßigen Fehlbetrage ab, indessen steht diesem eine weit höhere Rücklage in den Ausgleichsfonds gegenüber.

Zur Erweiterung und besseren Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes sowie zur Unterstützung von Kleinbahnen wird wiederum die Bewilligung erheblicher Mittel nachgesucht werden. Darunter befinden sich besondere Mittel, um auf den **Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen die elektrische Zugförderung** einzurichten.

Auf dem Gebiete der **direkten Besteuerung** wird Ihnen in Erfüllung der gesetzlich festgelegten Verpflichtung der Entwurf zu einer Einkommens- und Ergänzungssteuernovelle vorgelegt werden. Neben einer Reihe von Bestimmungen, die eine noch gleichmäßigere Erfassung des steuerbaren Einkommens und Vermögens gewährleisten sollen, ist eine Neugestaltung der Steuertarife in der Weise vorgesehen, daß die gegenwärtig zur Erhebung gelangenden Steuerzuschläge in die Tarife eingegliedert, Mehreinnahmen für die Staatskasse gegenüber dem jetzigen Steueraufkommen aber nicht herbeigeführt werden.

Die Dürre des letzten Sommers war die Ursache ernster Besorgnisse. Zum Glück haben sich die anfänglichen Befürchtungen in vieler Hinsicht als übertrieben erwiesen. Immerhin bedeuten die tatsächlichen Ernteausfälle für die davon betroffenen Landwirte einen schweren Verlust, und ebenso haben sich durch die demnächst eingetretenen Preissteigerungen beklagenswerte Mißstände für die Verbraucher, namentlich in den größeren Städten und Industriezentren ergeben. Wenn auch tiefgreifenden Wirkungen elementarer Ereignisse gegenüber die Möglichkeit der Staatshilfe nur begrenzt ist, so ist doch das, was sie in diesem Falle zur Linderung der Schäden zu leisten vermochte, durch die Ihnen bekannten Maßnahmen, insbesondere durch weitgehende Ermäßigungen der Eisenbahngütertarife geschehen.

Ihren Beratungen wird der Entwurf eines Wassergesetzes unterbreitet werden, der das gesamte Wasserrecht für das Staatsgebiet einheitlich und nach den gegenwärtigen Anforderungen einer geordneten Wasserwirtschaft regelt. Er soll unter möglichster Berücksichtigung des in den einzelnen Landesteilen geltenden, den besonderen örtlichen Verhältnissen angepaßten Rechtes einen billigen Ausgleich der mannigfachen in Betracht kommenden Interessen schaffen. Auch wird Ihnen zur Neuregelung des sich vielfach mit dem Wasserrechte berührenden Fischereirechts im Laufe der Session ein besonderer Gesetzentwurf zugehen.

Die Erhaltung und Stärkung des Deutschtums in den Landesteilen mit gemischtsprachiger Bevölkerung sind dauernd der Gegenstand besonderer Fürsorge. In einer neuen Gesetzesvorlage werden Geldmittel zur Ausdehnung der in den Provinzen Westpreußen und Posen bewährten Festigung und Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes auf einige andere Landesteile von Ihnen erbeten werden. Weitere Maßnahmen, die vornehmlich die innere Kolonisation in erhöhtem Maße zu fördern bestimmt sind, befinden sich in Vorbereitung.

Als ein lästiger Schaden hat sich namentlich in größeren Städten das immer mehr um sich greifende Ausbeuten der Armenpflege durch Arbeitsscheue und säumige Nährpflichtige fühlbar gemacht. Dem soll ein bereits fertiggestellter Gesetzentwurf durch Einführung des Zwanges zur Arbeit entgegenwirken.

Der schulentlassenen Jugend wendet die Staatsregierung unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit zu. Das unter die Leitung des Kultusministers gestellte Werk der Jugendpflege, von der freudigen Zustimmung und der Unterstützung weitester Volkskreise getragen, schreitet kräftig fort; zu seiner weiteren Förderung ist eine Verstärkung der Staatsfonds im Etat vorgesehen. Außerdem wird Ihnen erneut eine Gesetzesvorlage zur Beschlußfassung vorgelegt werden, die nach dem Vorbilde der für Hessen-Nassau, Hannover und Schlesien erlassenen Gesetze die Einführung der Pflicht zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen in einer Reihe anderer Provinzen ermöglichen soll.

Offizielles Wahlergebnis.

Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht die im Reichsamt des Innern zusammengestellten Ergebnisse der am 12. Januar 1912 vollzogenen Reichstagswahlen nach den vorläufigen amtlichen Ermittelungen.

Danach ist am 12. Januar endgültig gewählt worden in 207 Wahlkreisen, während in 190 Wahlkreisen Stichwahlen erforderlich sind:

Parteien	Bisherige Parteistärke	Endgültig gewählt	darunter Gewinn	Verlust	In Stichwahl
Konservative	59[1])	27	2	9	45
Reichspartei	25	5	2	9	19
Deutsche Reformpartei	3				3
Wirtschaftliche Vereinigung, und zwar:					
Deutschsozial[2])	5			2	4
Christlichsozial	2	1	1		3
Bund der Landwirte	4	2			2
Sonstige	7			5	3
Zentrum	103	81	1	7	29
Polen	20	15			10
Nationalliberale	51	4	2	15	67
Fortschrittliche Volkspartei	49			12	55
Demokratische Vereinigung	—				1
Sozialdemokraten	53	64	25	2	121
Elsässer	5	5	2	1	2
Lothringer	3	1			2
Welfen	1			1	5
Dänen	1	1			
Unbestimmt (Wilde)	6	1	1	4	9
Summe	397[2])	207			380

[1]) Hierunter Graf Schwerin-Löwitz.
[2]) Hierunter ein erledigtes Mandat.

Bei der Wahl 1912 abgegebene Stimmen.
(Vorläufige Ermittelungen.)

Es haben erhalten:		
Konservativ	1 149 916	1 060 209
Reichspartei	365 087	471 863
Deutsche Reformpartei	46 882	—
Wirtschaftl. Vereinig., u. zwar:		
Deutsch-sozial	47 287	—
Christlich-sozial	85 371	—
Bund der Landwirte	61 411	—
sonstige	123 171	—
Bayerischer Bauernbund	48 775	—
Zentrum	2 012 990	2 179 743
Polen	438 807	453 858
Nationalliberal	1 671 297	1 637 048
Deutscher Bauernbund	28 535	—
Fortschrittliche Volkspartei	1 556 549	1 233 935
Demokratische Vereinigung	28 557	—
Sozialdemokraten	4 238 919	3 259 020
Elsässer	84 113	—
Lothringer	36 300	—
Welfen	76 922	—
Littauer	6 228	—
Dänen	17 295	—
Wilde	12 376	—
Unbestimmt	88 252	—
Zersplittert	13 206	—
	12 188 337	

Die Anzahl der Wahlberechtigten betrug am 12. Februar 1912 = 14 236 722 gegen 13 350 698 im Jahre 1907. Abgegeben wurden 12 188 337 gültige Stimmen (1907: 11 262 775), so daß die Wahlbeteiligung am 12. Januar 85,6 Proz. betragen hat, gegenüber 84,7 Proz. bei der Wahl im Jahre 1907.

Interessant ist, daß der offizielle Bericht unsere Stimmenzählung vollständig bestätigt. Wir hatten am Sonnabend 4 225 000 abgegebene sozialdemokratische Stimmen gezählt, wiesen aber schon

darauf hin, daß das Endresultat, da noch einige ländliche Kreise fehlten, sich jedenfalls noch etwas höher stellen würde. Tatsächlich hat denn auch, wie obige Tabelle zeigt, das Reichsamt noch 13 000 Stimmen mehr herausgerechnet.

Es bleibt also dabei: die Sozialdemokratie hat eine Million Stimmen gewonnen.

Zugleich aber zeigt die obige Stimmenzählung, wie wenig Ursache das Zentrum hat, über seinen Sieg und seine Unerschütterlichkeit zu jubilieren. Es hat rund 167 000 Stimmen verloren.

Die Glückwünsche der Internationale.

Zahllos sind die Begrüßungsdepeschen, die das deutsche Proletariat zu seinem großen Wahlsieg fortgesetzt aus allen Ländern erhält. Die wichtigsten seien in folgendem wiedergegeben:

Glück auf zur Volksbefreiung, vaterlandslose Rotte! Das war ein welthistorisches Geburtstagsgeschenk. Amerikas Proletariat bewundert Euch!

Victor Berger-Washington.

•

Die französische Sektion der Arbeiterinternationale grüßt die deutschen Genossen anläßlich ihres großen Wahlsieges, der ein Sieg des Sozialismus der ganzen Welt ist und der große Bedeutung für den internationalen Frieden hat.

Dubreuilh, Parteisekretär.

•

Der in Affoltern tagende sozialdemokratische Parteitag des Kantons Zürich bringt den „Niedergeritten" die herzlichsten Glückwünsche dar zu ihrem großartigen Wahlerfolg. Er erblickt in denselben eine Bürgschaft für den baldigen endgültigen Sieg der sozialistischen Ideen.

Namens des Parteitages: Manz, Schäppi.

•

Zum glänzenden Wahlsieg die herzlichsten Glückwünsche der deutschen Bruderpartei! Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Parteivorstand
der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs.
Vorsitzender Englisch. Sekretär Dr. Krzyżton-Krakau.

•

Mit enthusiastischer Freude beglückwünschen wir die deutsche Bruderpartei zu dem herrlichen Erfolge des Wahlkampfes, welcher aufs neue den Hochstand des deutschen Proletariats dargetan und der gesamten Arbeiterschaft ein glänzendes Beispiel gegeben. Wir empfinden ihren prächtigen Sieg als Sieg der Proletarier aller Länder und als mächtigen Weckruf, welcher auch bei unseren Genossen lebendigen Widerhall findet. Glück auf zur Stichwahl!

Für die Südslawische sozialdemokratische Partei:
Kristan-Leibach.

•

Die jüngste Gruppe der Internationale sendet der Vorkämpferin des internationalen Proletariats die herzlichsten Glückwünsche zu dem herrlichen Wahlerfolge!

Die Sozialdemokratie Bosniens und der Herzegowina.
Für den Parteivorstand: Hrisafovitsch.

•

Zum Niederreiten der Feinde ein donnerndes Hoch!

Für das Auswärtige Komitee der Polnischen Sozialistischen Partei.
Alexander Wronski-Krakau

•

Aus Eurem glänzenden Sieg schöpfen wir neuen Mut im Kampf gegen die zarische Konterrevolution.

Zentralkomitee der
Polnisch-sozialistischen Partei Russisch-Polens.
Janowski, Walecki.

•

Die herzlichsten Glückwünsche zum prächtigen Siege!

Das Auslandskomitee
des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes
in Litauen, Polen und Rußland in Genf.

•

Die Sozialisten des Kollegiums Turati in Mailand wünschen Euch begeistert Glück zu Eurer siegreichen Schlacht und wünschen Euch neue Triumphe bei den Stichwahlen. Es lebe die sozialistische Internationale!

•

Ein donnerndes Hoch den 4¼ Millionen Kämpfern zu ihrem Siege senden die Parteigenossen aus dem Alpenlande Salzburg.

Witternigg, Sekretär, Salzburg.

•

Lebhafte Parteigrüße sendet zu Eurer Errungenschaft die Südslavische Sozialdemokratie Triest.

Regent, Mihevc.

•

Ferner gratulieren u. a. noch: Das Auslandskomitee der Polnischen Sozialistischen Partei in Paris, der Parteitag der Berner Sozialdemokratie, die Belgischen Parteischulen in Liège und Herstel, Internationaler sozialistischer Klub in London, Die Sozialdemokraten Merans, Der russische Herzenverein in London, Die Redaktion des „Golos Socialdemokrata" in Paris, Die sozialistische Sonntagsschule von Lancashire, Die Landesparteivertretung Mährens, usw.

Zu den Stichwahlen.

Stichwahlabkommen.

Wie wir erfahren, schweben in einzelnen Wahlkreisen zwischen unseren Genossen und den für Stichwahlhilfe in Betracht kommenden Parteien bereits Verhandlungen.

Das veranlaßt uns, darauf aufmerksam zu machen, daß endgültige Abmachungen nur mit Zustimmung des Parteivorstandes getroffen werden dürfen.

Die Genossen werden daher gut tun, sich rechtzeitig mit dem Parteivorstande in Verbindung zu setzen.

• • •

Stichwahltermine.

Noch immer fehlt es an genauen Nachrichten darüber, wann in den einzelnen deutschen Landesteilen die Stichwahlen stattfinden. Soweit sich bis jetzt ersehen läßt, sollen im größten Teil Preußens sowie ferner in Sachsen und Baden die Stichwahlen bereits am 20. Januar vollzogen werden; doch sind, wie uns gemeldet wird, einzelne preußische Provinzen und Regierungsbezirke davon ausgenommen. So wird z. B. im Wahlkreise Danzig-Land und Friedeberg-Arnswalde die Stichwahl erst am 22. Januar und in Frankfurt a. O. gar erst am 25. Januar stattfinden. Auch in Bayern soll die Stichwahl meist schon am 20. Januar vollzogen werden, in München und Oberbayern aber erst am 22. Januar.

Linksliberale Stichwahlparole.

Wie das „Berliner Tageblatt" verlangt auch die „Frankfurter Zeitung", daß die Fortschrittliche Volkspartei an der Parole „Die Front gegen rechts!" festhält und bei den Stichwahlen die Losung ausgibt, daß überall dort, wo ein Sozialdemokrat mit einem konservativen oder Zentrumskandidaten in der Stichwahl steht, die fortschrittlichen Wähler für den Sozialdemokraten zu stimmen haben. So schreibt das Frankfurter Blatt:

„Für die Stichwahlen kann nur das gelten, was seit zwei Jahren Ziel aller politischen Werbearbeit war: die Schaffung einer möglichst starken Linken. Dieses Ziel darf von der Volkspartei und dem Gesamtliberalismus auch nach einem Kampfe wie dem jetzt hinter uns liegenden, der von der Sozialdemokratie mit zum Teil schmählichen Waffen gegen uns geführt worden ist, unter keinen Umständen aus dem Auge gelassen werden. Wir sind das politisch, wenn auch vielleicht nicht der Gegenwart, so doch sicher der Zukunft schuldig, an deren Besserung wir mit allen Kräften weiter mitarbeiten wollen. Der entschiedene Kampf gilt also auch in der Stichwahl den Parteien der Rechten. Daß wir im Rahmen dieses Gesamtziels den allergrößten Wert darauf legen müssen, uns selber zur Geltung zu bringen, da ohne bürgerlichen Liberalismus auch eine noch so starke Sozialdemokratie im Reichstag nichts auszurichten vermag, ist selbstverständlich. Wie der neue Reichstag sich zusammensetzen wird, läßt sich angesichts der ungewöhnlich großen Zahl von Stichwahlen und der noch ungeklärten Frage, wie die Parteien im Stichwahlkampf sich entscheiden werden, nicht mit Sicherheit sagen. Wie dem aber auch sei und wie auch die Entscheidung ausfallen möge: nach links muß das Steuer gerichtet bleiben."

In Mecklenburg hat der geschäftsführende Ausschuß des Liberalen Wahlvereins beider Mecklenburg bereits in diesem Sinne entschieden. In seiner am Sonntag beschlossenen Stichwahlparole heißt es über die zwei Wahlkreise — Hagenow und Güstrow —, wo die Liberalen ausgefallen sind und Konservative und Sozialdemokraten in Stichwahl stehen:

Angesichts unserer empörenden Verfassungszustände muß es bei der Hauptwahl, so auch bei der Stichwahl heißen: „Keine Stimme einem Konservativen!" Die Erklärung ist unterschrieben von Konrad Wilbrandt und Dr. Witte.

Auch aus Köln wird berichtet, daß dort unter den Jungliberalen die Absicht bestehen soll, den sozialdemokratischen Kandidaten Hofrichter gegen Trimborn zu unterstützen, während von anderer Seite gemeldet wird, daß die Meinung im nationalliberalen Verein Kölns geteilt sei und der scharfmacherische rechte Flügel für die Unterstützung Trimborns einträte.

In einem uns von unserem Kölner Korrespondenten zugegangenen Telegramm heißt es:

Zur Stichwahl hat eine Anzahl rechtsnationalliberaler und freikonservativer Herren, darunter die hiesigen Wortführer des Reichsverbandes, eine Erklärung zugunsten des Herrn Trimborn erlassen. Der nationalliberale Verein Köln erläßt jedoch dazu eine öffentliche Erklärung, daß er in keinerlei Beziehung zu diesem Rundschreiben steht.

Die konservative Stichwahlparole.

Eine offizielle Stichwahlparole hat zwar die konservative Parteileitung noch nicht ausgegeben; wie sie aber lauten wird, zeigt folgende Mahnung der „Kreuz-Zeitung" an die konservativen Wähler:

Die Stimmung unter den konservativen Wählern ist nicht so, daß ihnen die Stimmabgabe für einen Hansabundfreund als Pflicht erscheinen kann. Prompte Gegenleistung im Nachbarwahlkreise wird überall zur Bedingung gemacht werden. Der Zahl nach sind die Wahlkreise, in denen Fortschrittler und Konservative mit Sozialdemokraten in der Stichwahl stehen, ungefähr gleich; es dürften etwa je 14 sein. (Das stimmt nicht. Die Fortschrittliche Volkspartei kommt in 29 Wahlkreisen mit der Sozialdemokratie in die Stichwahl.) Angesichts dieser Sachlage möchten wir die konservativen Wahlkreisvorsitzenden an die Bekanntmachung des Parteivorstandes vom 3. Januar erinnern, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß sie über Stichwahlabkommen sich unverzüglich nach der Hauptwahl mit der Zentralleitung der Partei in Verbindung setzen, damit die Einheitlichkeit des Vorgehens gewahrt werden kann. Selbstverständlich ist jeder Konservative bereit, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun; die Frage ist nur, ob dies sicherer durch selbstlose Aufopferung für den bürgerlichen Liberalismus, oder durch dessen Erziehung zur gegenseitigen Unterstützung der bürgerlichen Parteien erreicht werden kann. Wir sehen ja jetzt wohin die Ablehnung der Sammelpolitik durch die Liberalen führt, zum Anschwellen der Sozialdemokratie."

Dagegen hat der

Bund der Landwirte

bereits seine Stichwahlparole fertig. Er gibt folgende Leitsätze aus:

Unser Grundsatz bleibt unverändert: Gegen die Sozialdemokratie.

Unterstützung anderer bürgerlicher Parteien selbstverständlich unter Voraussetzung gleichwertiger Gegenleistungen.

Hiernach ist die Stichwahl einzurichten.

• • •

Die Kriegervereinsparole zur Stichwahl.

Die Ergebnisse der Hauptwahl waren kaum festgestellt, als der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes schon ein Flugblatt an seine Getreuen gelangen ließ, in dem die Parole zur Stichwahl ausgegeben wird. Diese Schneidigkeit der Stellungnahme entspricht ganz der Unverfrorenheit, mit der die Kriegervereinsgrößen behaupten, man treibe in den Kriegervereinen keine Politik. Natürlich wird den braven Kriegern anbefohlen, bei der Stichwahl „unter keinen Umständen" einem Sozialdemokraten die Stimme zu geben, „auch nicht, wenn eine bürgerliche Partei bei der Stichwahl aus taktischen Gründen ihren Anhängern die Wahl eines Sozialdemokraten anempfehlen sollte". Auch für einen Welfen oder Großpolen dürfen die Kriegervereinler bei der Stichwahl ihre Stimme nicht abgeben.

Großmütig gestattet der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes, daß die Kriegervereinler wählen können, wie sie wollen, wenn es sich um Kandidaten handelt, „die auf dem Boden der Monarchie und der Reichsverfassung" stehen.

Die größten Reaktionäre geben sich bekanntlich auch als die besten Monarchisten aus. In der Praxis bedeutet daher die Stichwahlparole der Kriegervereinsstrategen weiter nichts als eine Aufforderung zur Wahl der Brotverteuerer und Volksentrechter. Die „unpolitischen" Kriegervereine sollen also wieder einmal als Schutztruppe der Reaktion aufmarschieren.

Die Schicksalsstunde des Freisinns.

Noch einmal ist der Liberalismus dank der Sozialdemokratie in die Lage versetzt, seine politische Daseinsberechtigung zu beweisen und Zeugnis abzulegen für den Ernst der antireaktionären Bestrebungen, mit denen er im Wahlkampf so freigebig gewesen ist. Gegen den blauschwarzen Block zog der Freisinn bei der Hauptwahl zu Felde. Nun, der blauschwarze Block hat denn auch empfindliche Schlappen erlitten, wenn es auch vornehmlich die Sozialdemokratie war, die sie ihm beigebracht. In der Hand des Liberalismus steht es nun, die Niederlage des Schnapsblocks zu vollenden. Unterstützen sich Liberalismus und Sozialdemokratie gegenseitig, so ist der blauschwarze Block gesprengt, die Diktatur der Ritter und Heiligen rettungslos gebrochen. Und vom entschiedenen Liberalismus wird dabei weiter nichts verlangt, als daß er, getreu seinem Programm und seiner Wahlparole, keinen Reaktionär unterstützt. Geschieht das, was für jeden ehrlichen und politisch ernsthaft zu nehmenden Liberalen etwas ganz Selbstverständliches sein müßte, so werden Sozialdemokratie und Liberalismus im Reichstag die Mehrheit gewinnen.

Die Reaktionäre aller Schattierungen freilich umdrängen in ihren Wahlängsten jetzt den Liberalismus mit hämischen Einflüsterungen und heißem Geraune. Die Stärkung der Linken werde, wie schon bei der Hauptwahl, auf Kosten des Liberalismus geschehen, die Sozialdemokratie werde den Vorteil von dem Wahlblock der Linken haben. Namentlich die Zentrumsjesuiten spekulieren auf die freilich nur schon zu oft bewiesene Schwäche des Freisinns, wenn sie seine kleinliche Mißgunst gegen die Sozialdemokratie aufzustacheln suchen. Und die „Deutsche Tageszeitung" bringt es gar fertig, den Freisinn als „Heloten der Sozialdemokratie" zu verspotten, wenn er sich auf die Stichwahlbedingungen der Sozialdemokratie festlege — nämlich auf die Stichwahlbedingungen, die doch nichts sind, als Postulate des liberalen Programms! Folge dagegen, so zischelt die arglistige Reaktion dem Freisinn in die Ohren, der Liberalismus der Stichwahlparole der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", und werfe er sich in die Arme der Reaktion, um etliche Mandate gegen die Sozialdemokratie zu retten, so rette er zugleich Reputation und Einfluß.

Der Liberalismus schwankt und zögert noch, was er tun soll. Nur das „Berliner Tageblatt" empfiehlt mit Entschiedenheit, auf alle Fälle rücksichtslos gegen den blauschwarzen Block zu schlagen. Denn gleichgültig, in welcher Stärke innerhalb der Linken Sozialdemokratie oder Freisinn vertreten seien: der Freisinn werde auf alle Fälle die Führung übernehmen. Werde doch der Freisinn das Zünglein an der Wage sein, und zum erstenmale werde in allen großen Fragen des Reiches das Wort des Liberalismus die Entscheidung bringen. Das alles werde geschehen, wenn in den Stichwahlen jeder Liberale den schwarzblauen Block zurückdrängen helfe und die Parteien der Linken stärke. Dann werde Bassermann der „ungekrönte König" werden und Wiemer Generalfeldmarschall.

Es ist weder Stichwahltaktik noch allzu große Bescheidenheit, wenn wir diese Auffassung des „Berliner Tageblatts" als durchaus richtig anerkennen. Ist es doch ganz selbstverständlich, daß selbst eine starke Sozialdemokratie in diesem Reichstag nicht ihre sozialistischen Endziele wird verwirklichen können. Sie wird einstweilen lediglich entschieden demokratische und sozialpolitische Grundsätze in Gesetzgebung und Verwaltung verwirklichen helfen können. Nicht, daß sie von ihren grundsätzlichen und prinzipiellen Forderungen nur um Haaresbreite ablassen könnte oder dürfte: aber sie wird eben nur für solche Forderungen dank der liberalen Unterstützung eine Mehrheit finden, die dem Programm, den Forderungen und den Interessen des Liberalismus entsprechen und die Herrschaft des Junkertums und des Klerikalismus zu entwurzeln geeignet sind! Der Liberalismus sähe sich also in die beneidenswerte Lage versetzt, endlich einmal, gerade durch die Hilfe der Sozialdemokratie, eine Aera des Liberalismus durchsetzen zu können!

Wenn trotzdem der Liberalismus es an taktischer Entschiedenheit fehlen lassen und wiederum jämmerlichen Mandatsschachers wegen nach beiden Seiten hin paktieren zu müssen glauben sollte, so bewiese das nichts anderes, als daß der Liberalismus selber Angst vor einer Verwirklichung seiner politischen Grundsätze hätte! Eine solch klägliche Angstpolitik aber würde ihn für alle Zeit aus der Reihe noch ernsthaft zu nehmender Parteien streichen! Die Scheidung zwischen Blauschwarz und Rot würde sich dann noch viel rapider vollziehen und dem Liberalismus unbarmherzig das Lebenslicht ausblasen!

Die Stichwahl in Berlin I.

Der Ausfall der Hauptwahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreise macht die Schleifung der letzten Freisinnsburg zu einer Gewißheit. Nur an zwei Vorbedingungen ist der endgültige Sieg der Sozialdemokratie geknüpft: Unsere Genossen müssen Mann für Mann ihre Pflicht tun und die Mitglieder der Demokratischen Vereinigung dürfen ihre Führer nicht desavouieren.

Anerkennenswerterweise haben noch am Abend des Wahltages der Kandidat der Demokratischen Vereinigung, Herr Gädke, und andere Führer die Stichwahlparole ausgegeben: Für Düwell gegen Kaempf! Sie haben auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie den geschlossenen Aufmarsch ihrer Parteifreunde gegen Kaempf bei der Stichwahl als ganz selbstverständlich betrachten. Wir erwarten auch, daß die Parole nicht mißachtet wird. Genau so, wie die Sozialdemokratie für Herrn Gädke eingetreten wäre, hätte ihn die Hauptwahl gegen Kaempf in die Stichwahl gebracht, werden nun die Demokraten für unseren Kandidaten stimmen. Jetzt muß der Sozialdemokratie das Mandat zufallen! Das Stimmenverhältnis ist folgendes:

		Freisinn	4656
		Antisemiten	469
Sozialdemokratie	4410	Zentrum	172
Dem. Vereinigung	1395	Polen	84
Summa	5805	Summa	5381

Der Block des Börsenkapitals, der Antisemiten und des Zentrums hat demnach um fast 500 Stimmen weniger erhalten, als die Parteien der Demokratie. Damit ist ein Sieg der Rückständler ausgeschlossen. Es werden nicht alle Zentrumsarbeiter und Polen, vielleicht auch nicht alle Antisemiten für den Großkapitalisten eintreten, aber es ist zu beachten, daß bei der Hauptwahl immerhin noch über 2000 Wahlberechtigte von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Da der Freisinn noch einige Reserven wird aufbringen können, darf kein Mann der Wahlurne fern bleiben. Es kann auf eine Stimme ankommen! Wer seine Wahlpflicht versäumt, gefährdet das Mandat. Darauf muß mit allem Nachdruck hingewiesen werden!

Die Gegner sehen den Sieg der Freiheit voraus, wenn sie der Demokratischen Vereinigung keine Leimruten legen können. Sie versuchen das in einer recht dummen, ja geradezu beleidigenden

Weise. Die „Nordd. Allgem. Zeitung" plappert der „Freis. Ztg." die Albernheit nach, die Beamten würden überhaupt kein Gehalt bekommen, wenn es nach der Sozialdemokratie ginge. Mit solchen Albernheiten vor der Sozialdemokratie schrecken zu wollen, das ist wirklich zu dumm! Unsere Genossen in den Kommunalvertretungen müssen den Freisinnigen jede kleine Gehaltszulage für die Beamten abringen; in den Parlamenten lehnen die bürgerlichen Parteien die im Interesse der Beamten von der Sozialdemokratie erhobenen Forderungen ab, sie verweigern sogar den Soldaten einen etwas höheren Sold. Die Söhne des Volkes sollen trotz der unheimlichen Teuerung mit 22 Pfennig auskommen können. Dann leiert die „Nordd. Allg. Ztg.", genau so wie das Organ des Freisinnsmanns, über die nationale Frage! Worin besteht diese denn für die bürgerlichen Parteien? In der Züchtung von Großgrundbesitzern und Milliardären sowie der Abwälzung der Steuerlasten auf die Schultern des Volkes? Die Vaterlandsliebe der Junker, Fabrikfeudalen und Spekulanten hat sich noch nie in Opferbereitschaft, sondern stets nur in Erraffung von Vorteilen und Sonderrechten auf Kosten der Werte schaffenden Bevölkerung geäußert. Der nationale Notschrei ist nichts anderes als der Ausfluß der Sorge um die Erhaltung und Mehrung der Liebesgaben und Privilegien.

Der Schwindel ist dem Volke denn doch schon zu teuer geworden, als daß es auf solches Geschwätz nochmals hereinfallen könnte.

Aber auch das „Berliner Tageblatt" möchte dem Bank- und Börsenkapital das Mandat des ersten Kreises retten. Es bedient sich dabei einer Methode, die von den Demokraten sicher entrüstet zurückgewiesen wird. Unterstellt das Blatt ihnen doch politische Heuchelei der grobkörnigsten Art und eine sie beleidigende Unzuverlässlichkeit. Die Demokraten haben in keinem Stadium des Wahlkampfes, in keiner Situation auch nur einen Schimmer von Zweifel über ihr politisches Ziel aufkommen lassen. Mit unzweideutiger Klarheit und entschiedenem Wollen war ihre Arbeit auf eine Beseitigung des Freisinns eingestellt, und sie wurde konsequent durchgeführt. Selbstverständlich hofften sie, das Mandat zu erobern. Aber genau so, wie die Sozialdemokratie durch ihre Stichwahlparole event. auf ein energisches Eintreten für Gädke verpflichtet war, und sie mit allen Mitteln für seine Wahl gekämpft haben würde, hat die Demokratische Vereinigung von Anfang an rückhaltslos erklärt: **Kommt Düwell mit Kaempf in die Stichwahl, dann werden wir mit allem Nachdruck für ihn eintreten, Kaempf muß fallen, unter allen Umständen!** Trotzdem erlaubt sich das „Berliner Tageblatt" zu schreiben:

„Wir dürfen erwarten, daß nun auch die Anhänger der Demokratischen Vereinigung, nachdem sie das Vergebliche ihrer Bemühungen, den Kreis zu erobern, erkannt haben, sich nicht länger als „Vorfrucht" der Sozialdemokratie erweisen, sondern entschlossen sich auf die Seite des liberalen Kandidaten stellen und ihn mit heraushauen helfen werden. Nur so können sie den Fehler wieder gutmachen, den sie mit ihrer Sonderkandidatur begangen haben."

Damit unterstellt das „B. T.", das Auftreten der Demokraten, ihre ganze Taktik sei bewußte Heuchelei gewesen, sie hätten entgegen allen ihren Erklärungen doch eine Wahl Kaempfs sichern wollen; um die Heucheleitaktik zu krönen, müßten sie nun auch wortbrüchig werden und ihre ganze Reputation aufs Spiel setzen. Denn daß die Demokratische Vereinigung sich selbst das schmerzstillende Halsband angelegt hätte, wenn sie der zugedachten Verräterei fähig wäre, das weiß natürlich auch das „B. T.". Wir glauben die Demokraten zu beleidigen, wenn wir sie gegen die Unterstellungen ernsthaft in Schutz nehmen wollten; die Rache des „B. T." wird sie unserer Ueberzeugung nach erst recht anspornen, **geschlossen gegen Kaempf, und für den Kandidaten der Sozialdemokratie die Stimmen abzugeben!**

Die preußische Steuernovelle.

Im Jahre 1909 waren, um die 144 Millionen Mark Mehrausgaben für die Erhöhung der Beamtenbesoldung, des Wohnungsgeldzuschusses und der Pensionen aufzubringen, die Einkommens- und Ergänzungssteuern durch Zuschläge belastet worden, die insgesamt 57 Millionen Mark mehr einbrachten. Diese Zuschläge waren nur als eine vorläufige Maßregel gedacht. Die Regierung ist in dieser Session genötigt, ihr Versprechen einzulösen und die Zuschläge durch eine organische Steuerreform zu ersetzen.

Auch in liberalen Kreisen war nun die Ansicht geäußert worden, daß die Regierung diese Gelegenheit benutzen werde, um in Anbetracht der ungeheuren Belastungen, die durch die Preissteigerungen der Lebensmittel und Verbrauchsartikel infolge des indirekten Steuersystems auf die Schultern der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung [illegible]wälzt worden waren, wenigstens eine Verminderung der [illegible]kten Steuerlasten für die proletarischen Bevölke[illegible]schichten eintreten zu lassen. Nach den Mitteilungen, die [illegible] die offiziöse „Berliner Korrespondenz" über die preußische [illegible]rnovelle macht, denkt die Regierung auch nicht im ent[illegible]testen an etwas Derartiges! Die Forderung, die [illegible]sten Einkommensteuerstufen, sei es auch nur bis zu 1200 M., [illegible]istenzminimum völlig frei zu lassen, lehnt die Regierung [illegible]eg ab. Sie erklärt, daß dadurch der Regierung ein Steuer[illegible] von 18½ Millionen Mark erwachsen werde, bei einer Aus[illegible]g des Steuerminimums auf 1500 M. gar ein Ausfall von [illegible]illionen Mark. Einen solchen Ausfall aber könnten die [illegible]schen Finanzen nicht ertragen. Dieser ablehnende Stand[illegible] wird weiterhin damit beschönigt, daß ja die niedrigsten [illegible]rstufen bereits durch das sogenannte Kinderprivileg [illegible]reußen hinlänglich entlastet seien. Bleibe doch derjenige [illegible]frei, der bei einem Einkommen von 900 bis 1050 M. zwei [illegible] mehr unterhaltungsberechtigte Familienangehörige zu ver[illegible]n hat, und bei 1050 bis 1200 M., sofern der Steuerpflichtige [illegible] oder mehr Familienangehörigen Unterhalt gewähren muß.

Diese Einwendungen sind natürlich total unzureichend. [illegible]n nachdem durch die Reichsfinanzreform der nichtbesitzenden [illegible]e erst wieder die Lebensmittel um viele hunderte [illegible]illionen verteuert worden sind, so daß jeder Erwerbstätige [illegible]d Steuerpflichtige eine enorme Summe an indirekten Steuern mehr aufzubringen hat, wäre es jetzt das allermindeste gewesen, daß wenigstens die preußische Regierung die direkte Steuerpflicht für die am schlechtesten gestellten dieser Schichten beseitigt hätte. Eine Steuerbefreiung aller Einkommen bis zu 1500 M. hätte durchaus den heutigen Teuerungsverhältnissen entsprochen; ist doch jene Grenze, die selbst für die preußische Steuergesetzgebung das Existenzminimum darstellt, seit dem Jahre 1892 riesig nach oben verschoben worden. Die Sache ist aber die, daß die preußische Regierung einfach auf die 40 Millionen Mark nicht verzichten will, die ihr aus der Besteuerung der niedrigsten Einkommensgruppen zufließen. Sie will das nicht, weil sie sonst eventuell genötigt wäre, die höheren Einkommen schärfer zur Steuer heranzuziehen. Diese Reichen sollen aber auch künftig nach Möglichkeit geschont werden, damit sie wie bisher Millionen auf Millionen häufen können!

Daß man den Reichen nicht weh tun will, beweist ja die Tatsache, daß die Ergänzungs- (Vermögens-) Steuer auf dem jetzigen Satze von 0,66 pro 1000 M. belassen und nicht progressiv gestaltet werden soll. Das ungeheure Anwachsen der Riesenvermögen hätte es doch nahe gelegt, endlich eine Progression der Ergänzungssteuer eintreten zu lassen. Aber die preußische Regierung lehnt das mit dem Einwande ab, daß dadurch auch diejenigen Vermögen getroffen werden könnten, die nur einen geringen oder womöglich gar keinen Ertrag abwerfen. Das ist natürlich auch nur ein ganz fauler Vorwand, denn wer Hunderttausende oder Millionen an Vermögen besitzt, könnte selbst dann für je 100 000 M. Vermögen statt der 66 Mk. 100 oder 150 Mk. Ergänzungssteuer bezahlen, wenn sein Vermögen momentan nur einen geringen oder auch gar keinen Ertrag abwirft. Solche Vermögen bilden außerdem eine so verschwindende Ausnahme, daß sie für die generelle Regelung gar nicht in Frage kämen. Aber die Reichen sollen eben geschont werden, damit sie immer reicher werden können — und zur Beschönigung dieser löblichen Regierungsabsicht greift man dann zu den fadenscheinigsten Ausreden.

Aber auch von der doch so notwendigen Progression der Einkommensteuer will die Regierung nichts wissen. Der Steuersatz für die Einkommensteuerstufen von mehr als 100 000 M. soll nur 5 Proz. betragen, also ebenso viel, wie gegenwärtig die Steuer plus Zuschlag beträgt. Die Millionäre sollen auch hier geschont und in der Akkumulation von Riesenkapitalien nicht gestört werden. Im übrigen beschränkt sich die ganze Reform der Einkommensteuer darauf, daß auch bei den Steuersätzen für die Einkommen unter 100 000 M. im wesentlichen alles beim alten bleibt, und daß nur kleine Schönheitsfehler, Ungleichmäßigkeiten in der Progression, die namentlich in den Einkommenstufen von 10 500 bis 32 000 Mk. vorhanden waren, beseitigt werden sollen. Der Tarif soll für die Einkommen von mehr als 32 000 Mk. zum Teil eine geringe Erhöhung aufweisen. Daß das Ganze aber in keiner Weise auf eine Reform auch nur der Progression innerhalb der gegebenen Grenzen hinausläuft, geht aus dem Umstand hervor, daß sich dadurch für die Staatskasse nicht etwa ein Mehrertrag, sondern ein Ausfall von annähernd 3 Millionen Mark ergibt.

Eine Erhöhung der Lasten tritt nur insofern ein, als der ehemalige Zuschlag, der nun einen Bestandteil des Steuersatzes selbst bildet, künftig auch in den kommunalen usw. Angaben in Anrechnung gelangt. Da auch die mittleren und niedrigen Einkommen an dieser erhöhten kommunalen Abgabenpflicht beteiligt sind, stellt also in Wirklichkeit die famose Steuerreform nichts dar, als eine Erhöhung der direkten Steuerlasten, die auch den niedrigsten Einkommen aufgebürdet werden soll!

Schließlich ist in dem Entwurf eine Bestimmung vorgesehen, daß bei Berechnung der zu entrichtenden Einkommensteuerbeträge für Wahlzwecke in den Steuerstufen von 12 500 bis 31 000 M. ein Zehntel und in den Steuerstufen von mehr als 31 000 M. ein Fünftel sowohl der Staatseinkommensteuer- als auch der Gemeindeeinkommensteuerbeträge abzusetzen sind. Dadurch soll eine weitere Plutokratisierung des Wahlrechts verhütet werden. Ob man sich etwa einbildet, daß eine solche Bestimmung auch nur vorläufigen Ersatz für eine Wahlrechtsreform darstellen könnte? Sollte man wirklich diesem Köhlerglauben huldigen, so wird die entrechtete Volksmasse der preußischen Regierung bald genug das Gegenteil beweisen!

Alles in allem legt die preußische Steuervorlage wiederum einmal Zeugnis ab von der absoluten Impotenz und Rückständigkeit der offiziellen preußischen Gesetzesmachereil

Das Ministerium Poincaré.

Paris, 14. Januar. (Eig. Ber.)

Ein „großes", ein „nationales" Ministerium — mit diesen Adjektiven will die bürgerliche Presse die neue Regierung qualifizieren und charakterisieren. In der Tat haben beide Bezeichnungen ihren Sinn. Das Kabinett besteht fast nur aus Generälen wie die Armee der Republik Haiti. Außer Poincaré, der Ministerpräsident wurde, sitzen einige Herren darin, die es gerne geworden wären oder hätten werden können: Briand, Millerand, Delcassé, Bourgeois. Für Briand hat man obendrein den offiziellen Titel des Minister-Vizepräsidenten gestiftet. Es ist also ein „Ministerium der Beruhigung" — von ungeduldigen Portefeuille-Kandidaten. Aber zweifellos sind es die stärksten Nummern des Bourgeoisrepublikanismus, die auf seiner Eröffnungsanzeige glänzen, und ihre überraschende Vereinigung drückt den Ernst der Lage aus, die die Republik zwingt, die entmutigte öffentliche Meinung durch einen imponierenden Aufmarsch der Talente zu beruhigen. Und insofern eine gleich imponierende Wirkung auf das Ausland angestrebt wird, tritt der „nationale" Charakter der neuen Regierung hervor. Nach den jüngsten Vorgängen, die das Schauspiel eines wüsten Intrigenkampfes mitten im Nebel einer internationalen Krise boten, soll gezeigt werden, daß die Nation eines geschlossenen Auftretens fähig geblieben ist und im Rat der Völker ein gewichtiges Machtwort zu sprechen nach wie vor beanspruchen darf.

Stellt die neue Regierung eine Demonstration des nationalen Bewußtseins und der Lebenskräfte der republikanischen Staatsform dar, so zeigt sie aber weiter auch, daß die entscheidende Macht in der Republik den Händen der kleinbürgerlichen Demokratie immer mehr entgleitet. Die radikale und radikalsozialistische Partei, die in der Kammer noch immer die Mehrheit hat, ist im neuen Ministerium nur durch zwei führende Männer vertreten, von denen der eine, Léon Bourgeois, das politisch nicht wichtige Ressort der Arbeit und sozialen Fürsorge übernommen hat. Der eigentliche Combismus wird nur durch Herrn Steeg repräsentiert, dem das Ministerium des Innern übergeben wurde, da Briand an dieser Stelle den Radikalen, gegen die er vordem als Verwaltungschef seine Präfekten dirigiert hat, unerträglich gewesen wäre. An der Spitze der Regierung aber steht ein ausgesprochen gemäßigter Republikaner und Anwalt der Konzentration der Mittelparteien, die anderen Radikalen gehören dem rechten, sozialreaktionären Flügel an und sogar der „unabhängige Sozialismus" hat das vollständige Trio Briand-Millerand-Viviani beisammen.

Trotzdem wird man die neue Regierung schwerlich einen neuen politischen Kurs eröffnen sehen. Ihre Aufgabe ist vor allem die Liquidierung von Geschäften, die außerhalb der großen prinzipiellen Fragen und wirtschaftlichen Interessen liegen, die die bürgerlichen Parteien voneinander scheiden. Das deutsch-französische Abkommen muß unter Dach gebracht werden, aber auch die Wahlreform harrt dringend der Erledigung. Poincaré ist ein entschiedener Anhänger der Verhältniswahl, und der Widerstand gegen diese selbst dürfte sich bei den Radikalen unter dem Eindruck ihrer schwindenden Popularität jetzt eher geben als früher. Ohne erhebliche Verschlechterung des Systems durch allerhand Gratisbeilagen von radikalen Mandaten wird es ja kaum abgehen, aber schließlich scheinen die vernünftigen Radikalen doch einzusehen, daß nur ein Verhältniswahlsystem mit seiner Ausbildung fester Parteikörper ihnen eine Gewähr dagegen bietet, daß ihnen außer den Wählern auch die Gewählten davonlaufen.

Die Arbeiterklasse und die sozialistische Partei können diesen resignierten Versuch der Radikalen, ihr bankrottes Geschäft auf einen besseren Namen zu schreiben, ruhig ansehen, „ohne Zorn und mit einer Art wissenschaftlichen Gleichmuts", sagt Jaurès. Jaurès findet, das beste am neuen Ministerium sei, daß Delcassé nicht das Portefeuille des Auswärtigen erhalten habe, bedauert aber zugleich, daß es nicht Bourgeois zugefallen sei, der bekanntlich einer der eifrigsten Befürworter der Schiedsgerichte sei. Es ist allerdings fraglich, ob gerade die jetzige internationale Situation einem Fortschritt auf diesem Gebiete günstig ist. Dagegen könnte es dem großen Einfluß Bourgeois' im Senat wohl noch am ehesten gelingen, die Verbesserung der Altersversicherung, vor allem die Herabsetzung des Bezugsalters auf 60 Jahre, dort durchzuführen. Ueber Briand sagt Jaurès:

„Ich schreibe ihm keine solche Wichtigkeit zu, daß seine Anwesenheit genügen sollte, ein Ministerium zu charakterisieren. Er hat zwischen sich und dem Sozialismus einen solchen Abgrund gegraben, daß man von einem Rand zum anderen schließlich nicht einmal mehr den Verrat wahrnimmt. Oder man regt sich wenigstens über ihn nicht mehr auf. Wenn er aber für uns nur noch ein ferner Gegenstand ist, so ist sein Verrat gegen die Radikalen noch frischen Datums. Sie hatten ihn aufgenommen und er hat sie rückschrittlichen Kräften ausgeliefert. Sie haben sich von ihm vor ein paar Monaten in einer Erhebung fast mit dem Mut der Verzweiflung befreit und fragen sich, warum man ihn ihnen zurückbringt."

Die eigentlichen radikalen Organe sind in der Tat etwas zurückhaltend. Dagegen führt die briandistische Reptilienpresse Freudentänze auf, da sie in Poincaré nur einen Vorreiter ihres Gebieters sieht. Natürlich ist auch der großkapitalistische „Temps" gegen ein Regime, das so mit dem Stempel der Mäßigung in die Welt tritt, sehr gnädig, wenn auch die Trennung von Caillaux leise Schmerzen zurückgelassen hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Januar 1912.

Kröchers Abschied.

Wehmütigen Herzens hat sich Jordan v. Kröcher am Montag vom Abgeordnetenhause verabschiedet. Nicht als ob er sich vom parlamentarischen Leben überhaupt zurückziehen wollte. Mitglied des Landtags wird er vorläufig noch bleiben, und in den Reichstag möchte er auch gern wieder hinein, wenn das so leicht wäre. Aber das Präsidium hat er satt; seine außerparlamentarischen Amts- und Privatgeschäfte leiden zu sehr darunter, ganz abgesehen davon, daß auch noch die bösen Sozis sich seinen Launen nicht fügen und seinen Befehlen nicht Folge leisten wollen. So hat er denn das Haus, ihn nicht wiederzuwählen, indem er sich gleichzeitig bei der Mehrheit für das Entgegenkommen bedankte, das er stets bei ihr gefunden. Jordan v. Kröcher, der ja niemals aus seinem Herzen eine Mördergrube gemacht hat, hat durch seine Abschiedsworte, die im übrigen durch die Anerkennung der Tätigkeit der Beamten des Hauses sympathisch berührten, offen bekundet, daß er nicht der Präsident des Hauses, sondern der Mehrheit gewesen ist. Ob es unter seinem Nachfolger, dem bisherigen Vorsitzenden der Budgetkommission Freiherrn v. Erffa anders werden wird, bleibt abzuwarten.

Unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung brachte Finanzminister Dr. Lentze den Etat ein. Seine Etatsrede, die sich jeder politischen Bemerkung enthielt und sich rein auf das Zahlenmaterial beschränkte, zeichnete sich durch große Klarheit aber durch ebenso große Nüchternheit aus. Da zudem die Hauptzahlen bereits bekannt waren, ist es verständlich, daß nur wenige „Volksvertreter" den Ausführungen des Ministers lauschten, während die meisten von ihnen ihre Wahlerlebnisse, vielleicht auch ihre Privaterlebnisse während der sechsmonatlichen Pause austauschten. Der Präsident suchte wiederholt dem Vertreter der Regierung Gehör zu verschaffen, aber vergebens. Aus dem Inhalt der Etatsrede ist lediglich das eine hervorzuheben, daß die Finanzlage Preußens eine gesunde ist.

Wenige Stunden später fand eine zweite Sitzung statt, in der an Stelle des Herrn v. Kröcher Herr Frhr. v. Erffa zum Präsidenten gewählt und die Herren Dr. Porsch und Dr. Krause zu Vizepräsidenten wiedergewählt wurden.

Hierauf vertagte sich das Haus auf 14 Tage. Am 30. Januar soll die Etatsberatung beginnen.

Die Erlauchten über die Geehrten.

Wo sich Dreiklassenmänner zusammenfinden, da sind auch die Herrenhäusler nicht weit. Gestern kamen sie in großer Zahl zusammen, um an Stelle des gebrechlichen Manteuffel einen anderen Präses zu wählen. Ein alter, aber noch recht gut konservierter Hofmensch wurde auserkoren, der frühere Minister des Aeußeren v. Wedel-Piesdorf. Kaum gewählt, schmetterte der Herr schon eine recht junkerliche Aeußerung ins Haus. War man zuerst erfreut, jetzt wenigstens nicht mehr das ewige Genäsel des 17 000 M.-Pensionsbeziehers v. Manteuffel zu hören, so erstaunte man während der Dankrede des Präsidenten um so mehr, als er plötzlich erklärte, unparteiisch könne ein Herrenhauspräsident um so leichter sein, weil „in diesem Hause die Parteien nicht darauf bedacht sind, sich zu bekämpfen, sondern die Geschäfte so zu fördern, wie es dem Wohle des Vaterlandes entspricht".

In den anderen Häusern, die dem Piesdorfer vorgeschwebt haben mögen — im Dreiklassenhaus und im Reichstag —, regieren überall die bürgerlichen oder sogar die konservativ-klerikalen Parteien. Die mögen sich bei Wedel bedanken! Aber jetzt, vor den Stichwahlen, in denen auch zahlreiche Parteigenossen des Herrn Herrenhauspräsidenten um die Stimmen der — äh! — Wähler werben (natürlich auch, um im Parlament dem Wohl des Vaterlandes, bestehend in Wucherzöllen und Liebesgaben zu dienen!), jetzt kommt dieser neue Beweis konservativer Auffassung vom Wert und Wesen der Volksvertretung ja gerade recht. Man kann neugierig sein, wie ernst sich die bürgerlichen Parteien diese aristokratische Bestreitung ihres Patriotismus verbitten werden!

Mit der Wiederwahl des einstmals „roten", jetzt schon zur Exzellenz avancierten Becker und des uralten Barons Landsberg zu Vizepräsidenten war das löbliche Werk getan.

Leimruten für die Liberalen.

Die „National-Zeitung" meldet:

Ueber die von der nationalliberalen Partei auszugebende Stichwahlparole wird in einer besonderen Konferenz, die am Dienstag, den 16. Januar, stattfindet, beraten werden.

Wie verlautet, soll die Reichsregierung sich mit der Absicht tragen, auf die maßgebenden Führer der liberalen Parteien, namentlich der nationalliberalen, im

Sinne der von dem Reichskanzler ausgegebenen Stichwahlparole einzuwirken, um eine direkte und indirekte Unterstützung der Sozialdemokratie zuungunsten des Zentrums (in Rheinland und Westfalen) oder der Konservativen zu verhindern. Von diesem Wechsel in der Frontstellung gegen Rechts erhoffe die Regierung einen günstigen Ausfall der Stichwahlen und eine Verminderung der sozialdemokratischen Mandate.

Die „Nordd. Allg. Zeitung" hat ja bereits den beweglichen Appell des Herrn v. Bethmann Hollweg an die Liberalen veröffentlicht. In dem gleichen Sinne sollen die Liberalen jetzt auch mündlich bearbeitet werden. Und vielleicht sind manche Kreise der Nationalliberalen sehr erbaut davon, daß die Regierung nunmehr den Vermittler und Makler zwischen Blauschwarzen und Liberalen machen will!

Daß die Nationalliberalen jederzeit bereit waren, sich mit dem Zentrum unter Preisgabe aller liberalen Forderungen gegen die Sozialdemokratie zu verbünden, stand ja längst außer Frage. Ob auch der Freisinn die große Deroute mitmachen wird? Wenn er absolut seine Selbsteinäscherung vollziehen will, mag er's immerhin tun! Die Sozialdemokratie hat keinen Schaden von der Rückwärtsentwickelung des Liberalismus, das hat ja der 12. Januar bewiesen!

Das verschandelte Königswort.

Die „Kölnische Zeitung" schreibt zu der preußischen Thronrede:

„Enttäuschung, und keine geringe, wird die Thronrede deshalb hervorrufen, weil sie mit keinem Wort die preußische Wahlrechtsreform erwähnt. Nachdem sich die Krone einmal auf diese Forderung verpflichtet hat, sollte keine Thronrede hinausgehen, die nicht an der Spitze sagte, wie es mit dieser wichtigsten Aufgabe der preußischen Gesetzgebung steht."

Daß selbst ein so reaktionäres Blatt wie die Rheinische Wetterfahne derartig urteilt, sollte den preußischen Regierern doch zu denken geben!

Versteckte Anerkennung.

Wenn auch die Konservativen über den sozialdemokratischen Wahlsieg nach altem Rezept höhnen, flößt ihnen, soweit sie noch nicht jedes Verständnis für die soziale Entwickelung verloren haben, doch die Energie des sozialdemokratischen Vormarsches Respekt und Grauen ein. So schreibt die „Kreuz-Zeitung" in ihrer Sonntagsnummer:

„Sehr ernst aber sehen wir das Anwachsen der Sozialdemokratie an, das durch die recht weit in derselben Richtung gehende Agitation der Liberalen mitverschuldet ist. Hier bildet sich ein vollkommen organisierter Staat im Staate, der die Jugenderziehung in seinen Kreisen beherrscht, Steuern einzieht, ein Beamtenheer unterhält, Ehrenämter in großer Zahl zwangsweise besetzt, Truppen auf der Straße einexerziert. Gelehrte, Künstler, Dichter, Publizisten in seinen Dienst nimmt und einen Gemeinsinn pflegt, vor dem sich unsere vielgerühmten Bürgertugenden allmählich verstecken können. Welch eine Kraftleistung war die sozialdemokratische Agitation bei dieser Wahl! Jeder von uns wird davon erzählen können. In den Großstädten war meist das erste Flugblatt, das man mit Stimmzettel, Angabe des Wahllokals und der Listennummer erhielt, sozialdemokratisch. Weit hinkte die Fortschrittspartei nach, und spät erst kam die konservative Partei hinterher, die vor vielen Wahllokalen nicht einmal Stimmzettel verteilen ließ. Auf dem Lande fehlte es fast nirgends an sozialdemokratischen Flugblatt- und Zettelverteilern. Viele von diesen Sendlingen der Revolutionspartei arbeiteten im Ehrenamt und ließen sich nur die baren Auslagen ersetzen. So weit unser Ueberblick reicht, hat sich die sozialdemokratische Agitation im allgemeinen durch bessere Manieren von der fortschrittlichen und linksnationalliberalen vorteilhaft unterschieden. Hier der künstlich aufgestachelte Kriegseifer gegen eine Partei, mit der man vor fünf Jahren noch gemeinsame Sache gemacht hatte, viel bezahltes Wehgeheul über konservative Gewaltherrschaft und agrarische Ausbeutung, an das niemand glaubte; dort die ernste stille Entschlossenheit, den letzten Mann an die Urne zu holen und die Stimmen des sozialistisch geeinigten Proletariats zu einem einzigen gewaltigen Proteste gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu sammeln. Bei den Wahlen schweigen innerhalb der Sozialdemokratie alle Gegensätze. Die angegriffene bürgerliche Gesellschaft aber zerfleischt sich in Todfeindschaft, und die eine Partei ruft gegen die andere die Hilfe der außerhalb stehenden Sozialdemokratie an. Dies Jammerbild bietet heute der bevorstehende Stichwahlkampf. Man kann wahrlich nicht sagen, daß sich der Nationalcharakter der Deutschen gegen früher gebessert hat."

Vielleicht richtet die „Kreuz-Zeitung" an sich selbst die Frage, ob, wie das Hammerstein-Blatt so oft behauptet hat, eine Partei, die fast spielend derartige Kraftleistungen vollbringt, in ihren Reihen einen solchen „Gemeinsinn" pflegt und ihre Anhänger zu höchstem Opfermut begeistert, wirklich nichts anderes ist als eine Rotte zweifelhafter, idealloser Gesellen, die nur durch Habgier, Frivolität und wilde Genußsucht zu ihrem Tun getrieben werden.

Die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen in Elsaß-Lothringen

bei der Reichstagswahl vom 12. Januar 1912 gegenüber der Wahl vom 25. Januar 1907 beträgt in den 15 elsaß-lothringischen Reichstagswahlkreisen:

	1907	1912	Zunahme
1. Altkirch-Thann	5570	5693	123
2. Mülhausen	17251	20259	3008
3. Kolmar	4550	6120	1605
4. Gebweiler	4019	4665	646
5. Rappoltsweiler	2912	3169	257
6. Schlettstadt	2901	4063	1162
7. Molsheim-Erstein	6356	7272	916
8. Straßburg-Stadt	12253	16462	4209
9. Straßburg-Land	3993	7919	3926
10. Hagenau-Weißenburg	2520	3503	983
11. Zabern	2240	3722	1482
12. Saargemünd-Forbach	2468	6311	3843
13. Bolchen-Diedenhofen	4477	7068	2591
14. Metz	8643	11792	3149
15. Saarburg-Chateau-Salins	1471	3522	2051
Zusammen	81589	111540	29951

Hierbei waren in die 17 251 Stimmen des Kreises Mülhausen im Jahre 1907 auch die bürgerlich-demokratischen Stimmen inbegriffen, während diese Stimmen im Jahre 1912 infolge Aufstellung einer liberal-demokratischen Kandidatur gegen uns standen.

Bei den Landtagswahlen vom 22. Oktober 1911 hatte die Sozialdemokratie in den 60 elsaß-lothringischen Landtagswahlkreisen 71 476 Stimmen erhalten. Wie einschneidend die beim Landtagswahlrecht geltende Wohnsitzklausel (einjährige Ansässigkeit in der Gemeinde und dreijährige in Elsaß-Lothringen) wirkt, erhellt aus der Tatsache, daß z. B. im Kreise Mülhausen jetzt bei der Reichstagswahl 43 357 Personen wahlberechtigt waren, bei der Landtagswahl vor nicht ganz drei Monaten aber nur 37 876.

Eine liberale Antwort auf die Stichwahlparole der Regierung.

Das „Berl. Tageblatt" antwortet in einem „Die Majorität von morgen" überschriebenen Leitartikel auf die naive Stichwahlparole des Herrn v. Bethmann Hollweg, die den bürgerlichen Parteien empfiehlt, sich bei den Stichwahlen zum gemeinsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie zu vereinen. Das linksliberale Blatt schreibt:

„In der „Nordd. Allg. Ztg." wird gesagt, zu den ersten Aufgaben des neuen Reichstages gehöre „die Sicherung unserer Wehrfähigkeit", und es wird so getan, als müßte eine Mehrung der sozialdemokratischen Mandate diese Wehrfähigkeit in Frage stellen. Nie haben patriotische Scharlatane sich mit einer dümmeren Lüge aus übler Lage zu retten versucht, denn jedes Kind weiß ja genau, daß schon heute für alle vernünftigen und nötigen Forderungen zur „Sicherung unserer Wehrfähigkeit" eine Mehrheit im neuen Reichstag existiert, und daß solchen Forderungen weniger als je zuvor eine Ablehnung droht. Aber, deutscher Bürger merke gütigst auf: wenn du eine Linksmajorität, aus Liberalen und Sozialdemokraten, in den Reichstag schickst, dann werden die Kosten der neuen Wehrvorlagen auch den Großgrundbesitzern, den Fideikommisherren, den Regierungsmagnaten mit auferlegt, dann wird die verpönte Erbschaftssteuer gemacht — und wenn die schwarzblaue Blockmajorität wiederkehrt, dann wirst du abermals für die anderen zahlen müssen, dann wird aus deinem Portemonnaie geschöpft! Dir blühen, wenn die Uebertölpelung gelingt, nicht nur wiederum volle fünf Jahre lang die Lieblichkeiten des konservativ-klerikalen Regiments. Du wirst auch sehr schnell nach Mark und Pfennig berechnen können, was deine Einfalt dich gekostet hat.

Die Konservativen und Klerikalen werden furchtbare Rache üben und dort, wo ein Liberaler mit einem Sozialdemokraten in der Stichwahl steht, das ihrige für die Niederlage des Liberalen tun? Vielleicht planen einige von ihnen diesen Narrenspaß; aber das Vergnügen, einen Sozialdemokraten statt eines Liberalen zu wählen, würde zum mindesten nicht sehr einträglich sein. Und gibt es einen Kindskopf, den solche Drohung zu schrecken vermag, und ist es nicht das ABC, daß eine Partei mit vierzig oder selbst nur mit dreißig Mann, die mit ihren Nachbarparteien nach freiem Belieben Majoritäten bilden und darum ihren Willen durchsetzen kann, stärker ist als eine Partei mit fünfzig, die anschlußlos, entbehrlich und unbeachtet fortvegetiert? Ist nicht sogar ein einziger, der zwischen zwei gleichen Majoritäten den Ausschlag gibt, unmordbener als hundert, um deren Meinung sich niemand zu kümmern braucht, und ist eine winzige Erhöhung der Fraktionsziffer wichtiger als eine gewaltige Erhöhung politischer Macht? Wird die schwarzblaue Majorität zurückgeholt, so werden die liberalen Parteien, und wären sie auch etwas größer als heute, ganz wie bisher gleich einem Wrack herumschwimmen, ohnmächtig und bedeutungslos. Wird überall der Gegner des Zentrums und der Konservativen gewählt und eine Linksmehrheit zustande gebracht, so werden die liberalen Parteien, und kämen sie auch etwas verkleinert zurück, das Heft in der Hand haben und die Schiedsrichter im Reichstag sein. Kann ein vernunftbegabter Liberaler noch zaudernd sich fragen, wie er zu handeln hat? Die Entscheidung derjenigen, die zu wägen und zu rechnen wissen, ist nicht zweifelhaft."

Spanien.

Canalejas als Stehaufmännchen.

Am Sonntag ist das Kabinett Canalejas zurückgetreten. Grund: die Absicht des Königs, Cuqueto, den letzten der im Cullera-Prozeß zum Tode Verurteilten, zu begnadigen, obwohl das Ministerium es nicht für geraten gehalten hatte, diese Maßnahme zu empfehlen. Die Begnadigung erfolgte denn auch, zugleich redete aber der König dem Ministerpräsidenten gut zu; dieser ließ sich nicht lange bitten und bleibt und mit ihm seine Kollegen.

Belgien.

Die Vermehrung der Deputierten- und Senatorenzahl.

Aus Brüssel wird uns gemeldet:

Im Februar wird die Regierung in der Kammer ein Gesetz über die Vermehrung der Deputierten- und Senatorensitze vorlegen, die auf Grund der letzten Zahlen der Bevölkerungsstatistik zu erfolgen hat. Die Zahl der Deputierten wird um 20 vermehrt werden: fünf neue Sitze entfallen auf die Hauptstadt, je zwei auf Antwerpen, Charleroi, je einer auf Mecheln, Löwen, Ostende, Mons, Lüttich usw. Der Senat wird um 10 Sitze vermehrt werden, wovon eines auf Brüssel entfällt. Der Senat würde sonach nach dem neuen Gesetz von 84 auf 94 Mitglieder erhöht werden, die Kammer von 166 auf 186 Mitglieder.

Die interessanteste Wirkung des neuen Gesetzes, oder wenn man will, der damit verbundenen Auflösung des Hauses wird jedenfalls die auf die Ziffernformation der gegenwärtigen Mehrheitspartei sein. Die Klerikalen rechnen mancherlei um die neuen Sitze herum (das Proportionalwahlsystem läßt hier die Parteien vor den Wahlen überhaupt viel „rechnen" und ausrechnen) und manchen davon glauben sie in der Tasche zu haben. Die Ziffern der Wahlen seit 1902 lassen allenfalls eine mathematisch-politische Gesetzmäßigkeit erkennen, die von den Klerikalen selbst freilich nicht anerkannt und als für die Zukunft maßgebend geschätzt werden will. Von den 20 Stimmen Majorität, die die klerikale Regierungspartei im Jahre 1902 hatte, ist sie nämlich sukzessive auf 6 Stimmen Majorität herabgekommen. Die Majorität hängt bei den diesmaligen Wahlen also an einem Faden. Die Klerikalen hoffen, daß er die Wahlen durchhalten wird. Die anderen Parteien halten ihn bloß für stark genug, die Regierung zu erwürgen. . . . Die Vermehrung der Abgeordnetenmandate wird, meinen sie, das ihrige dazu tun. —

Türkei.

Vor der Kammerauflösung.

Konstantinopel, 15. Januar. Im Senat ist soeben ein kaiserliches Reskript verlesen worden, durch das die Senatoren aufgefordert werden, sich für die Auflösung der Kammer auszusprechen.

Wie verlautet, hat eine Deputation von Offizieren des rumelischen Armeekorps der Regierung nahegelegt, die Kammer nur unter strikter Wahrung der Vorschriften der Verfassung aufzulösen. Die Regierung schenkt diesem Schritte der Deputation keine Beachtung.

In den Kreisen der oppositionellen Presse herrscht Beunruhigung, da man befürchtet, daß die Regierung nach Auflösung der Kammer gegen die Presse streng vorgehen und den Belagerungszustand rücksichtslos anwenden werde. Einige oppositionelle Blätter sollen ihr Erscheinen einstellen. Gerüchten zufolge werden einige Journalisten ins Ausland flüchten.

Die Kammerauflösung vor dem türkischen Senat.

Konstantinopel, 15. Januar. (W. T. B.) In der Sitzung des Senats waren die Tribünen dicht besetzt, auch viele Deputierte waren anwesend. Das Reskript des Sultans wurde dem Präsidenten überreicht, der es sofort verlas. Es hat folgenden Wortlaut: Da ich in die Notwendigkeit gesetzt bin, die Kammer unter der Bedingung aufzulösen, daß die neue Kammer in drei Monaten gewählt und zusammenberufen wird, erwarte ich gemäß Artikel 7 der Verfassung, daß Sie ein günstiges Gutachten abgeben werden. Der Präsident erklärte, daß die von der Deputiertenkammer abgelehnten Gesetzentwürfe in der Regel nicht an den Senat gelangten; aber es bestehe eine Ausnahme gerade bei Artikel 35, der im Falle eines Konflikts zwischen Kammer und Kabinett fordere, daß der Senat wegen Auflösung der Kammer befragt werde, wenn die Kammer nach Demission des Kabinetts den Vorschlag der Regierung dreimal ablehne. Der Sultan sei das wahre Haupt der exekutiven und legislativen Gewalt. Sein Herz schlage mit dem seiner Untertanen zusammen für das Wohl des Landes. Da man nicht wisse, was aus der Auflösung der Kammer folgen könne, wünsche der Sultan die Verantwortung mit dem Senat zu teilen. Der Präsident fuhr fort: Das Irade des Sultans kann nicht an eine Kommission überwiesen werden, aber, da der Senat keine offizielle Kenntnis von den Beratungen hat, die die Kammer etwa zwanzig Tage in Anspruch nahmen, überweise ich die ganze Angelegenheit an eine Kommission, die die verschiedenen Phasen der Frage prüfen soll. — Mehrere Senatoren stellten darauf den Antrag, in geheimer Sitzung weiterzuberaten. Der Präsident forderte das Publikum auf, die Galerien zu verlassen. Dem widersprach Marschall Fuad und verlangte energisch Oeffentlichkeit der Beratungen, damit die öffentliche Meinung aufgeklärt werde. Der Minister bemerkte, gemäß der Verfassung müsse eine Beratung über die Notwendigkeit des Ausschlusses der Oeffentlichkeit geheim vor sich gehen. Darauf wurden die Galerien geräumt.

In der Geheimsitzung beschloß der Senat nach kurzer Beratung mit 38 gegen 6 Stimmen, die Oeffentlichkeit auszuschließen, jedoch die Minister zu der geheimen Sitzung zuzulassen. Die Diskussion über die Frage, ob die Angelegenheit einer Kommission überwiesen werden solle, war sehr lebhaft. Der Senat beschloß Ueberweisung an eine besondere Kommission, die untersuchen soll, ob der Artikel 35 in dem Konflikt zwischen Kammer und Kabinett vollständig befolgt worden ist.

Letzte Nachrichten.

Regierungs-Wahlmache.

Stuttgart, 15. Januar. Der amtliche „Staatsanzeiger" richtet heute eine Mahnung an die bürgerlichen Parteien, sich bei den Stichwahlen gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschließen. Die bürgerlichen Parteien, heißt es in dem Artikel, sollten sich vor Augen halten, wie die zwischen ihnen bestehenden Unterschiede und Verstimmungen an sachlicher Bedeutung doch völlig zurücktreten gegenüber der tiefen Kluft, die sämtliche bürgerlichen Parteien von der Sozialdemokratie trennt. Diese Kluft hat die Sozialdemokratie selbst gezogen und sie vertieft sie immer mehr. Jede bürgerliche Partei ist für die Partei des Klassenkampfes ein Gegner, den sie mit allen Mitteln bekriegt und den sie zu verdrängen trachtet. Wenn die Sozialdemokratie eine der bürgerlichen Parteien unterstützt, da geschieht es nur, um ihre eigenen Zwecke zu fördern, um die unterstützte Partei von sich abhängig zu machen, um sich bei der bürgerlichen Wählerschaft einzunisten und diese Wählerschaft an sich zu gewöhnen. Die Sozialdemokratie hofft, alle Parteien zu beerben und aus ihren Sitzen zu werfen. Wen heute die Sozialdemokratie unterstützt, dem rückt sie morgen zu Leibe. Wenn daher bei den bevorstehenden Stichwahlen eine bürgerliche Partei mit der Sozialdemokratie Verabredungen trifft oder stillschweigend mit ihr zusammengeht, so mag sie für den Augenblick einen Erfolg für sich selbst oder einen Triumph über einen bürgerlichen Gegner davon tragen. Auf die Dauer aber wird sie sich selbst geschadet haben. Auch auf die im neuen Reichstag zu befolgende und allein mögliche Politik sollten die bürgerlichen Parteien schon im voraus den Blick lenken. Die Sozialdemokratie wird um so weniger geneigt sein, von ihrer intransigenten Haltung abzugehen, als sie ihr ihre Erfolge in erster Linie zuschreibt. Wie stellt sich die bürgerliche Linke, die das in erster Linie angeht, eine den Erwartungen ihrer eigenen Wählerschaft entsprechende ersprießliche Arbeit im Reichstage vor, die sie zu leisten hätte im Gefolge und in Abhängigkeit von einer übermütigen Sozialdemokratie? Besonders auch die Parteien der Rechten und des Zentrums, bei denen da und dort schon ein Spielen mit dem Gedanken hervorgetreten ist, statt der bürgerlichen Linken lieber noch die Sozialdemokratie zu verstärken, sollten sich die schweren Bedenken und Gefahren nicht verhehlen, die mit einer solchen Politik verknüpft sind. Halten die bürgerlichen Parteien, allen Hader zurückstellend und auf selbstsüchtige Vorteile verzichtend, bei den Stichwahlen zusammen, so ersparen sie sich die unwürdige Lage, einen Feind, der sie schon das nächste Mal noch gefährlicher bedrohen wird, heute um Unterstützung zu bitten oder von sich aus zu fördern, und sie sichern eine friedliche, ohne Konflikte und Katastrophen sich vollziehende Arbeit im Reichstage, insbesondere auch im Hinblick auf die äußeren Gefahren, die das Reich bedrohen können, wie dieser Sommer gezeigt hat. Der Artikel schließt mit dem Wunsche, daß sich insbesondere auch in Württemberg die Parteien diese Erwägung ans Herz gelegt sein lassen möchten.

Die Bachtiarenherrschaft in Persien.

Köln, 15. Januar. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus T[illegible] heran: Die Bachtiaren haben heute das Arsenal besetzt, um [illegible] Gewalt in ihren Händen zu haben. Es bereitet sich eine Herr[illegible] der Bachtiaren vor, die von den Russen begünstigt wird [illegible] unter ihrem Schutze steht.

Die Revolution in Paraguay.

Buenos Aires, 15. Januar. (Meldung der Agence H[illegible]) Hiesige Blätter veröffentlichen Telegramme aus Asuncion, [illegible] denen sich die Führer der Revolutionäre unter Mithilfe der [illegible] der Person des Präsidenten der Republik Paraguay Roja [illegible] mächtigt und ihn zur Abdankung gezwungen haben. Die Tr[illegible] der Garnison Asuncion hätten sich neutral verhalten. Die [illegible] selbst sei ruhig. Die revolutionäre Junta beabsichtige heut[illegible] Kongreß einzuberufen, der einen neuen Präsidenten wählen [illegible]

Niedermetzelung von zehntausend Mandschus.

Peking, 15. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) [illegible] Rettungsabteilung mit neunzehn englischen und dreizehn sch[illegible] schen Missionaren aus Sianfu, der Hauptstadt von Schensi, i[illegible] Honanfu eingetroffen. Die Provinz Schensi befindet [illegible] in vollständigem Aufruhr. Viele Städte sind geplündert und [illegible] lassen. Die Niedermetzelung von zehntausend Mandschus [illegible] bestätigt.

Schweres Eisenbahnunglück in Amerika.

New York, 15. Januar. (P. C.) Ein folgenschwerer Eis[illegible] bahnunfall ereignete sich heute früh in der Nähe von Philadelph[illegible] wo der Schnellzug von Pittsburg nach Philadelphia an einem Ba[illegible] übergange mit einem vollbesetzten Omnibus zusammenstieß. Da [illegible] die Schranke nicht geschlossen war und der Führer des Omnibusses [illegible] den herannahenden Schnellzug nicht bemerkte, erfolgte der Zusammenstoß mit solcher Gewalt, daß der Omnibus umstürzte. Sechs Personen wurden sofort getötet, sieben schwer verwundet. Die Insassen des Omnibusses waren größtenteils Irländer, die mit ihren Frauen zu einer religiösen Feier fahren wollten.

Streikunruhen in Amerika.

New York, 15. Januar. (P. C.) In dem Streik der Baumwollspinner in Lawrence (Massachusetts) ist eine bedrohliche Wendung eingetreten. Es ist zu Zusammenstößen zwischen den Streikenden und dem Militär gekommen, das auf Veranlassung des Gouverneurs von Massachusetts zur Aufrechterhaltung der Ordnung in das Streikgebiet entsendet worden war. Durch die Anwesenheit der Truppen waren die Streikenden in kolossale Erregung geraten und 3000 Streikende griffen die Fabriken der Pacific Company an. Die Truppen wurden mit einem Steinhagel empfangen und erst als im Angesicht der Volksmenge scharfe Patronen unter die Milizen verteilt wurden und die Staatsartillerie auffuhr, gelang es, die Ordnung einigermaßen wieder herzustellen. Durch den Zusammenstoß ist eine kolossale Erbitterung unter die Bevölkerung getragen worden, so daß ein Streik von 200 000 Baumwollspinnern bevorsteht.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung. Montag, den 15. Januar 1912, mittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lentze, Sydow.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung und erteilt das Wort dem Finanzminister.

Finanzminister Dr. Lentze: Es sind in diesem Jahre zum ersten Male einem Wunsche des Hohen Hauses entsprechend die wichtigsten Zahlen des Etats vorher veröffentlicht worden. — Das Jahr 1910 schloß mit einem Fehlbetrag von 33 Millionen ab. Redner geht ausführlich auf die Geschichte des sogenannten Ausgleichfonds ein, bleibt aber bei der großen im Saale herrschenden Unruhe auf der Tribüne fast unverständlich. 1911 betrug der Fehlbetrag noch 289 Millionen, die Ueberweisung an den Ausgleichsfonds 32 Millionen. Bis zum Schluß des Jahres ist eine Herabsetzung des Fehlbetrages auf 6 Millionen bei 110 Millionen Ueberweisungen an den Ausgleichsfonds zu erwarten. Den Folgen der Dürre hat die Regierung durch Frachtermäßigung für Futtermittel und Kartoffeln zu begegnen gesucht. — Die Weinernte ist in diesem Jahre so gut gewesen, wie seit Jahrzehnten nicht. Der Etat für 1912 ist in der Erwartung aufgestellt, daß die gute wirtschaftliche Konjunktur anhält. Der Etat balanziert mit 4 Milliarden 371 Millionen; das Defizit beträgt 19 Millionen. Im Forstetat ist die Kultivierung der Moore wieder energisch in Angriff genommen. Der Bergetat ist nach den Wünschen des Hauses vollständig umgestaltet worden. Die Eisenbahneinnahmen sind seit 1909 in ständigem Wachstum begriffen. Die Hoffnung, daß 1911 ohne größere Anleihe auszukommen sein werde, hat sich erfüllt. Die Staatsschuld beträgt 9 Milliarden; der größte Teil davon ist für werbende Zwecke aufgenommen im Gegensatz zu Frankreich und England, wo der Prozentsatz der zu werbenden Zwecken aufgenommenen Staatsschuld ein viel geringerer ist. — Der Anteil an dem Ertrage der Wertzuwachssteuer beträgt 800 000 M. Im Unterrichtsetat ist wieder ein Hauptwert auf die Fürsorge für die Charakterbildung der heranwachsenden Jugend gelegt worden. Die Regierung ist bereit, hierfür eventuell noch weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Wenn wir in der bisherigen Weise mit unserer Finanzgebarung fortschreiten, dann wird die Zeit nicht mehr fern sein, daß wir sagen können, die preußischen Finanzen ruhen auf so gesunden Grundlagen, daß sie auch schlechten Jahren ohne jede Erschütterung standhalten können.

Präsident v. Kröcher: Ich beraume die nächste Sitzung an auf nachmittags 5 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, der beiden Vizepräsidenten und der Schriftführer. — Ein Widerspruch erhebt sich nicht.

Um die Wahlhandlung nicht aufzuhalten, will ich gleich jetzt erklären, daß ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage bin, eine etwa auf mich fallende Wahl anzunehmen. (Oho! rechts.) Ich bitte, es nicht als Fahnenflucht auszulegen, wenn ich die Bitte ausspreche, mich nicht zu wählen. Es ist mir wirklich unmöglich, auf die Dauer dies ewige Gebundensein an Berlin zu ertragen; meine außerparlamentarischen Amts- und Privatgeschäfte leiden mit der Zeit zu sehr darunter. Ich muß deswegen bitten, mich von dem Posten zu entbinden.

2. Sitzung. Montag, den 15. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die

Wahl des Präsidiums.

Die Wahl des Präsidenten erfolgt per Stimmzettel. Beschriebene gültige Stimmzettel werden abgegeben 356. Davon lauten 347 auf den Abg. Freiherrn v. Erffa (k.), auf den Abg. v. Richthofen (k.) 2, v. Arnim-Züsedom 1, v. Flottwell (k.), Hoffmann (Soz.) 1 (Heiterkeit) rechts), v. Brandenstein (k.) 1, Schwabach (Natl.) 1, v. Jagow (k.) 1 (Heiterkeit links), Runze (Vp.) 1 (Heiterkeit).

Abg. v. Erffa (k.): Ich danke Ihnen für das Vertrauen, daß Sie mir durch Uebertragung des schweren und verantwortungsvollen Amtes geschenkt haben. Ich nehme die Wahl an und werde nach besten Kräften bestrebt sein, die Geschäfte des Hauses sachlich und unparteiisch zu führen. Dazu bedarf ich aber Ihrer Unterstützung, um die ich hiermit bitte. (Bravo!)

Auf Vorschlag des Abg. Stengel (k.) wird hierauf per Akklamation Abg. Dr. Porsch (Z.) als erster, Abg. Dr. Krause (Natl.) als zweiter Vizepräsident wiedergewählt, ebenso die bisherigen acht Schriftführer.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Dienstag, den 30. Januar. (Erste Lesung des Etats.)

Schluß 6½ Uhr.

Der Krieg.

Geringe Friedensaussichten.

Rom, den 13. Januar. (Eig. Ber.) Während in der vorigen Woche die Nachrichten, namentlich die aus dem Ausland stammenden, zu ziemlich starken Friedenshoffnungen zu berechtigen schienen, steht es heute mit den Aussichten auf Friedensschluß recht traurig. Die offiziöse „Rassegna dei Lavori Pubblici" hebt hervor, daß die Nachrichten über baldigen Frieden durchaus nicht aus Rom gekommen sind, obwohl die auswärtigen Blätter sie von hier datierten. Der Ausgangspunkt sei einmal in der Türkei und dann in den Kreisen der Haute Finance zu suchen, die die Türkei zur Schuldnerin haben. Allerdings sei es zwischen den Ententemächten zur Vereinbarung gekommen, daß diese wohl für den Friedensschluß wirken, aber nicht die Initiative ergreifen wollen, da man entschlossen sei, abzuwarten, welche Haltung Deutschland und Oesterreich-Ungarn einnehmen würden. Von diesen beiden Mächten sei aber bis zur Stunde noch kein entscheidender Schritt getan worden.

Während so die Diplomatie alle möglichen Spitzfindigkeiten bekanntgibt, die sie an jedem Eingreifen in den Lauf der Dinge verhindern, bereitet man in Italien die öffentliche Meinung schrittweise darauf vor, daß der Krieg noch recht lange dauern und noch ein zweites Expeditionskorps erfordern werde. Der offiziös inspirierte „Mattino" in Neapel spricht geradezu von weiteren zwei bis drei Jahren Krieg, und zwar von einem solchen, der fast alle militärischen Ressourcen des Landes mit Beschlag belegen und „viele, sehr viele Hunderte von Millionen" kosten würde. Mit Sicherheit ist zu erwarten, daß die militärischen Operationen in der Cyrenaika mit jedem Tage an Bedeutung und Umfang zunehmen müssen. Vor Derna und Benghasi sollen zurzeit 40 000 Türken und Araber stehen, die gut bewaffnet und verproviantiert sind. Von diesem Kriegsschauplatz erfährt man ja nichts anderes, als was das Kommando bekanntgeben will, da man in der ganzen Cyrenaika bis jetzt keine Journalisten duldet. In Tripolis selbst werden Vorstöße geplant, die bis jenseits von Ain Zara gehen sollen. Es sieht sich durchaus nicht so an, als ob eine der kämpfenden Mächte sich zum Frieden rüste.

Was den wirtschaftlichen Rückschlag des Krieges betrifft, so scheint ihn von allen italienischen Städten Neapel am schwersten zu empfinden. Hier haben die auswärtigen Lieferanten den Kaufleuten gleich nach Beginn des Krieges den Kredit eingeschränkt. Gleichzeitig haben die lokalen Banken, bei denen allein die kleineren Firmen ihre Effekten diskontieren können, den Diskont wesentlich erhöht oder überhaupt ihre Operationen eingestellt. Die Folge waren Zahlungseinstellungen einiger größerer Firmen, die dann eine Unzahl kleinerer mit sich gerissen haben. Die Situation wird noch verschlechtert durch den Umstand, daß die umliegenden Ortschaften, deren Konsumzentrum Neapel ist, durch die Einberufung der Reservisten ganz bedeutend in ihrer Kaufkraft geschwächt worden sind. Zu alledem kommt die Krise in der Teigwarenindustrie von Torre Annunziata, die durch das Ausbleiben des Rohmaterials, des sogenannten harten russischen Weizens, veranlaßt ist. Aus dieser großen Depression erklärt es sich, daß Neapel so ziemlich die einzige Stadt Italiens ist, deren Zeitungen keine Sammellisten für die Opfer des Krieges veröffentlichen. Uebrigens belaufen sich die bis jetzt bei der „Banca d'Italia" eingezahlten Summen auf 3 Millionen Lire.

Wenn die wirtschaftliche Lage der größten Stadt Italiens durch den Krieg schwer mitgenommen wird, so wird Neapel zur Entschädigung demnächst einen recht fidelen Prozeß wegen Aufreizung der Soldaten zum Ungehorsam erleben. Die sozialistische „Propaganda" veröffentlichte unlängst einen Artikel des Militärschriftstellers Sylva Viviani, der ein langes Zitat aus einem vor 14 Jahren in der „Riforma Sociale" veröffentlichten Artikel des Generals Marazzi enthielt. Nun sind gerade die Aeußerungen des Generals inkriminiert worden. Er hatte gesagt, daß die Verpflichtung der Soldaten zum Gehorsam nur für die Verteidigung des Vaterlandes, nicht aber für den Kolonialkrieg bestehe! Um die Ironie des Schicksals voll zu machen, erschien der Artikel des Generals in einer Zeitschrift, deren Herausgeber der jetzige Ackerbauminister Nitti war. Der General hat schleunigst erklärt, daß er sich heute nicht mehr mit seinen damaligen Ausführungen solidarisch fühle. Trotz dieses tapferen Widerrufs gehört er offenbar neben den Genossen Fasulo und Sylva Viviani auf die Anklagebank. Man kann neugierig sein, wie die Herren Geschworenen die Angeklagten für die Schuld des widerrufenden Dritten verantwortlich machen werden.

Wie die Journalisten vom Kriegsschauplatz ausgewiesen werden.

Rom, den 12. Januar. (Eig. Ber.) Der Korrespondent des „Avanti", Michele Vaina, der soeben aus Tripolis ausgewiesen worden ist, gibt in unserem Parteiblatt die Geschichte verschiedener dieser Ausweisungen zum besten. Nach dem unglücklichen Gefecht von Scharaschatt vom 23. Oktober wurden zwei Journalisten, die Korrespondenten des Genueser „Lavoro" und des „Giornale di Sicilia", ausgewiesen, weil sie wahrheitsgemäß die Zahl der Opfer angegeben hatten. Dann fing man an, die auswärtigen Korrespondenten auszuweisen. Schließlich kam die Reihe an Vaina, weil er ein Interview mit einem General veröffentlicht hatte, in dem die Haltung des Kommandos kritisiert wurde. Damit man nur ja nich' im Zweifel bleibe über den Zweck dieser Ausweisungen, hat Giolitti dem Genossen Bissolati erklärt, der wegen des Ausschiffungsverbots gegen den Genossen Valera vorstellig geworden war, daß unter keinen Umständen ein Berichterstatter des „Avanti" die Erlaubnis erhalten würde, auf den Kriegsschauplatz zu gehen. Deutlich und vielsagend!

Die Revolution in China.

Abdankung der Mandschu-Dynastie.

Peking, 15. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Frage der Abdankung des Kaisers wurde einigen fremden Regierungen vorgelegt. Yuanschikai wünscht eine ansehnliche Auslandsanleihe und glaubt sie zu erreichen, sobald die Abdankung erfolgt. Die Gesandtschaften glauben indes nicht, daß eine Anleihe unmittelbar zustande kommen werde. In diesem Falle wird Yuanschikai sich wahrscheinlich gleichzeitig mit dem Thron zurückziehen.

Nach einem Telegramm aus Schanghai sollen elf Transportschiffe in Begleitung von sechs Kreuzern nach Tschifu gehen. Die Revolutionäre bereiten den Marsch auf Peking in vier Etappen vor.

Neue Kämpfe stehen bevor.

Hankau, 15. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Revolutionäre rücken von Wutschang gegen Siaokan vor. Die Basis der Kaiserlichen befindet sich an der Bahn von Peking nach Hankau, etwa vierzig Meilen nördlich von Hankau. Die Rebellen, angeblich 25 000 Mann stark, hoffen, dort die Kaiserlichen anzugreifen, wenn nicht Wutingfang sofort einen Gegenbefehl erteilt. Drei Divisionen Kaiserliche, die letzte Woche Siaokan verließen, stießen am Donnerstag bei Mientschin auf die Schensi-Rebellen und schlugen sie.

Die Bewegung in der Mongolei.

Charbin. (Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur.) Die an der transsibirischen Eisenbahn gelegene mandschurische Stadt Chailar ist heute von bewaffneten Mongolen besetzt worden. Die chinesische Garnison und die chinesischen Behörden sind in die russische Ansiedelung geflüchtet. Die Mongolen haben neue Behörden eingesetzt und ihre Unabhängigkeit erklärt

Kleines Feuilleton.

Warum es plötzlich so kalt geworden ist. Als auch in diesem Winter die Witterung so lange überaus mild blieb und sich zum dritten Male ein fast frostloser Winter einzustellen schien, da erklärten alle die guten Leute, die vom Wetter selbstverständlich viel mehr wie die Meteorologen verstehen, die Herren Wettergelehrten hätten sich wieder einmal gründlich blamiert. An Stelle des vorausgesagten kalten Winters habe sich eine Wärme gezeigt, die noch abnormer sei, als die in den Wintern der beiden vergangenen Jahre. Die Meteorologen haben diese vorzeitigen Triumphe mit Gleichmut entgegengenommen. Sie waren nicht in den Fehler verfallen, dem Winter bereits seine Zensur zu erteilen, bevor er seine Hauptprüfung abgelegt hatte. Bevor der Januar vorüber ist, wäre es vermessen, den Winter als mild zu bezeichnen, denn meist stellen sich die eigentlichen Kälteperioden erst nach dem Wintersolstitium ein.

Womit ist nun der plötzliche und rapide Wetterumschlag, wie er vor zehn Tagen wieder einmal Ereignis geworden ist, zu erklären? Dem Laien erscheint es überaus seltsam, wenn etwa im Verlauf einer monatelangen milden Regenperiode eines Tages plötzlich der warme Westwind innerhalb einer Stunde oder noch schneller über Norden nach Nordosten umspringt, wenn das Thermometer so schnell sinkt, daß man den Rückgang der Quecksilbersäule geradezu mit den Augen verfolgen kann, und wenn dann am nächsten Morgen tiefer Winter herrscht. Man vergißt eben nur zu leicht, daß in unserm Klima andauernd zwei Witterungstypen miteinander im Kampfe um die Vorherrschaft ringen, was am sinnfälligsten durch die Winde zum Ausdruck gelangt, die jeweilig herrschen. Erfolgt die Luftzufuhr aus dem auch im Winter milden Süden und Westen, so bleibt bis in sehr hohe Breiten hinauf die Temperatur verhältnismäßig hoch. Nimmt jedoch das Luftgefäße eine nord-südliche Richtung an und führt aus der Polarregion eisige Luft herbei, so geht selbst bei bisher abnorm warmem Wetter der Umschwung zu winterlicher Kälte äußerst schnell vor sich.

Die Wetterlage beim Beginn der gegenwärtigen Frostperiode bot ein schulmäßiges Beispiel dafür, wie durch den Windwechsel ein Umschwung von mildem Regenwetter zu strenger Kälte erfolgt. Ueber Nordwestrußland herrschte ungemein strenge Kälte; im Südwesten Europas dagegen war es auffällig mild; in beiden Gebieten war der Luftdruck viel höher als in Deutschland, wo sich ein tiefes barometrisches Minimum befand. Dessen Zentrum, die sogenannte Rinne der Depression, bildete infolgedessen die Wetterscheide: nördlich von dieser Rinne, die sich durch Norddeutschland erstreckte, war es bei Nordostwinden sehr kalt, südlich von ihr war es sehr mild. So kam es, daß Sonntag vor acht Tagen Memel morgens 16, Danzig und Bromberg 12 Grad Kälte meldete, während zu Karlsruhe und Metz 10 Grad Wärme herrschten. Mit der Verschiebung der Tiefdruckrinne in südöstlicher Richtung breitete sich nun auch die Kälte immer weiter nach Westen und Süden aus. Denn an jedem Ort, der von der warmen Südseite auf die kalte Nordseite der Depression gelangte, ging der milde Südwest sofort in eisigen Nordostwind über. Zu der schnellen Verschärfung des Frostes im größten Teile Deutschlands trug aber auch der Umstand bei, daß zugleich mit dem Windwechsel die Regenfälle in Schnee übergingen. Es konnte sich im Norden Europas das Gebiet strenger Kälte nur deshalb so schnell ausbilden, weil dort nach dem Vorbeigang eines tiefen Minimums sehr viel Schnee gefallen war. Erst im Laufe der Woche hat sich dann über den schneebedeckten Gefilden Ostdeutschlands ein hohes und kräftiges Maximum entwickelt und mit seiner Ausbildung die Herrschaft der derzeitigen Kälte befestigt.

Diese ist also in erster Linie die Folge einer grundlegenden Umschichtung im europäischen Luftmeere. An die Stelle der Monate hindurch aus dem Süden und Westen erfolgenden milden Luftzufuhr sind kalte Ostwinde getreten, die sich notwendigerweise einstellen mußten, gerade weil die Witterung in Mitteleuropa vorher so mild gewesen war. Denn dadurch wurden die letzten tiefen atlantischen Sturmwirbel angesaugt, während sie sonst wohl noch weiterhin durch den hohen Norden abgezogen wären. So liegt also gerade in der scharfen Ausprägung der winterlichen Milde der eigentliche Anlaß für den Umschwung zu Frost und Kälte.

Theater.

Deutsches Theater: Der Zorn des Achilles, Tragödie von Wilhelm Schmidtbonn. Das Stück setzt außerordentlich stark ein, aber verliert dann auf der Bühne rasch an Spannkraft. Die lyrische Bildhaftigkeit und der Schwung der Sprache, an dem sich die Phantasie des Lesers verweilend erfreut, vermögen bei stockender Bewegung im Theater nicht viel. Das Interesse am Schildernden erschöpft sich da bald.

Der Stoff, den Schmidtbonn wählte, widerstrebt trotz einzelner dramatischer Momente der Bühnenform. Die Iliasepisode von dem zürnenden Achilles hat es ihm angetan. Das wilde Rasen einer mächtigen Natur, die, allen Gemeinsinns bar, gegen jede Art von Disziplin aufschäumend, durch rein persönliche Impulse getrieben wird, in der aber die gewaltätigen Zuckungen sich seltsam mit dem Gefühl hingebender Freundesliebe mischen — das sah Schmidtbonn in dem Achill Homers verkörpert. Was dort, naiv und ohne Reflexion erzählt wird, das wollte er in psychologischer und symbolischer Vertiefung zum Kerne eines Dramas machen. Er überschätzte wohl die dramatische Tragkraft des Motivs. Wer sein Achill ist, das zeigt er uns mit wunderbarer Ausdrucksfähigkeit schon in den ersten Szenen. Da glänzt und funkelt es von Impressionen. Der Anblick des eigensinnig fest gehaltenen Affektes ermüdet indes auf die Dauer; und die Wechselfälle des Krieges, in deren Darstellung Schmidtbonn von dem homerischen Berichte zugunsten seines Helden vielfach abweicht, wecken im Bühnenrahmen keine Teilnahme. Es kommt hinzu, daß der Typus, der dem Dichter vorschwebt, mit der Voraussetzung, auf der die ganze Handlung ruht, im Grunde nicht zusammenstimmt. Man versteht nicht, daß dies Naturkind darum, weil der Kriegsrat der Fürsten sich auf Agamemnons Seite stellt und die geschenkte Sklavin zurückverlangt, schließlich nachgibt. Nicht das Gelöbnis, daß er zur Vergeltung, bis diese Unbill ausgeglichen, die Waffen ruhen lassen werde. Man hätte Gegenwehr bis zu dem äußersten von ihm erwartet. Zwischen der Ueberlieferung, der der Dichter folgt, und seiner eigenen Intention der Charakteristik klafft hier ein Bruch. Tiefere Wirkung geht noch von der Szene aus, in der Achill mit wehem Schmerz erfährt, daß auch der einzige Freund, Patroklos, die allgemeine Sache höherstellt als die „gerechte" Rache. Nach des Freundes Fall wirft er sich selbst wutbebend in die Schlacht. Die Troer fliehen und Priamus, ihr alter König schließt — diese Wendung bleibt in hohem Maße unklar — Frieden mit den Griechen. Der Dichter braucht das, um Achill, der längst mit Volk und Vaterland im Innern gebrochen hat, auch äußerlich zu isolieren. Noch hat er Hektor nicht getötet, und eher darf kein Friede sein. Wie ein „toller Hund" jagt er dem Gegner nach; und er erlegt ihn — von Agamemnon als schnöder Brecher des Vertrages für vogelfrei erklärt. Er rühmt seinen ziellos, über jede Satzung wegsetzenden Affekt, und stürzt, den Tod suchend, mit bloßer Brust sich auf die Scharen der zu neuem Kampfe anrückenden Feinde.

Die Darstellung der Griechen- und Trojanerfürsten ließ auf der Bühne viel zu wünschen übrig. Neben Wegners prachtvollem Achill trat da nur Moissis Patroklos und Wintersteins Agamemnon in plastisch klarer Rundung hervor. Mary Dietrich war eine reizende Briseis von still geschmeidiger Anmut. Die Volksszenen, an die nach der Reinhardtschen Tradition viel Mühe gewandt war, brachten es zu keiner rechten Wirkung. dt.

Kammerspiele (Matinee der Neuen Freien Bühne): **Das große Glück** von Stanislaw Przybyszewski. Das von dem Verein aufgeführte Schauspiel bildet den ersten Teil eines Zyklus, den der phantastische polnisch-deutsche Dichter vielverheißend „den Totentanz der Liebe" nennt. Am Anfang bis in den zweiten Aufzug hinein gibt es manche stimmungs- und eindrucksvolle Wendung, aber dann verläuft das Ganze in ein abstoßend peinliches, erkünsteltes Rechenexempel. Stefan Karsten, ein junger Literat von weichem Herzen, schwankt zwischen verzehrender Leidenschaft zu einer blendend schönen, stolz-pikanten Weltdame und Mitleid mit dem schlichten Mädchen, dem er sich vor Jahren in freier Liebe verbunden. Sie sagt sich, daß sie ihn nicht halten kann, und klammert sich trotzdem verzweifelt an ihn. Ein Freund bestärkt sie in ihrem Widerstande, malt ihr in Worten von stark suggestiver Kraft die drohenden Qualen der Einsamkeit aus. Im weiteren entpuppt der Herr sich als waschechter Theaterteufel, der es darauf angelegt hat, daß Grete, verlassen, wirklich in den Tod geht. Grinsend in höhnischer Befriedigung verkündet er das Gräßliche Stefan und seiner neuen Braut. Warum? Er hat die Donna, für die sein Freund glüht, selbst wahnsinnig geliebt und ist von ihr verschmäht worden. Darum soll sie in ihrem Bunde mit Stefan nicht glücklich werden! Das beste Mittel aber hierzu war, daß die Verlassene sich das Leben nahm, weil Stefan, mit solcher Last auf seiner Seele, nie mehr wird lieben können!

Bis zu den unmöglichen Szenen des Schlusses wurde die Rolle dieses Burschen in der Färbung melancholischer Zerrissenheit und mit slawischem Typ von einem Herrn Vermes hervorragend gut gespielt. Ansprechend war Charlotte Faßhauer. Die Darstellerin der Weltdame versagte völlig. dt.

Aus der Partei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wie kranke Proletarier behandelt werden.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unter dem 13. Januar: Eine Staatsaktion, die wieder einmal sehr gründlich vorbeigelungen ist, unternahm der Staatsanwalt am letzten Sonnabend vor der hiesigen Strafkammer in einem Preßprozeß gegen das hiesige „Volksblatt". Der Redakteur Genosse Kasparek sollte die Krankenhausverwaltung in Mühlberg bei Torgau beleidigt haben. Eines Tages im September v. J. hatte ein polnischer Arbeiter nur mit Hemd und einer Decke bekleidet aus dem städtischen Krankenhause in Mühlberg die Flucht ergriffen. Der Kranke erklärte, aus Hunger entlaufen zu sein. Das „Volksblatt" berichtete darüber und kritisierte auch die unsauberen Zustände in dem Krankenhause. Genosse Kasparek trat den Wahrheitsbeweis an, der sich zu einer schweren Anklage gegen das städtische Institut gestaltete.

So sagte der Arbeiter Paul Bönisch, der acht Monate in dem Krankenhause verweilen mußte, aus: Reine Hemden gab es gewöhnlich alle vierzehn Tage. Es kam aber auch vor, daß man ein Hemd sechs Wochen tragen mußte. Zuweilen hatten wir bei Schwitzkuren zwei Hemden zum Auswechseln. Da ordnete die Diakonissin Marie an, daß das reine Hemd am Tage und das dreckige in der Nacht getragen werden mußte. Meine Strümpfe trug ich von Ostern bis Mitte August. Da ich Schweißfüße habe, waren die Strümpfe derartig steif geworden, daß sie standen. Einmal sollte ich meinen kranken Fuß mit sieben Wunden in einem Wasser baden, in dem sich schon drei Personen gewaschen hatten.

Die 19jährige Dienstmagd Marie Opitz bekundet, eines Tages als Patientin im Krankenhause Wurst bekommen zu haben, in der sich lauter Maden befanden.

Sehr resolut benahm sich die Zeugin Schwester Marie, die meinte, der Artikel sei aus reiner Rachsucht geschrieben worden. Dem „angeblich" aus Hunger entwichenen polnischen Arbeiter sei eine gewisse „Diät", Milchkaffee und Brötchen verordnet worden, denn ein Polenmagen könne nicht beurteilen, was einem Kranken gut tue. Daß mit der Leibwäsche in der geschilderten Weise verfahren sei, könne sie sich gar nicht denken. Die Aerzte wollen von Unsauberkeiten nichts gemerkt haben. Eine Zeugin, Frau Brill, bekundete aber, Schwester Adelheid habe gesagt, die Schilderung im „Volksblatt" sei richtig gewesen und es sei ganz gut, wenn so etwas mal ins Blatt komme.

Der Herr Staatsanwalt „würdigte" die Beweisaufnahme in etwa folgender Weise: Gewiß haben die Zeugen absichtlich nichts Falsches beschworen. Sie haben aber vielleicht übertrieben oder „faule Witze" gemacht. Daß Wurst mit Maden verabreicht werde, könne passieren; was könne das Krankenhaus dafür? — Der Staatsanwalt meinte schließlich ernstlich das Richtige zu treffen, als er gegen den Genossen Kasparek nur 800 M. eventuell 160 Tage Gefängnis beantragte. Das Gericht erkannte nach ganz kurzer Beratung auf kostenlose Freisprechung, mit der Begründung, die Kritik der Zustände im Krankenhause sei doch in mancher Beziehung berechtigt gewesen.

Vorbeigelungen

ist der Aktiengesellschaft „Phönix" in Gelsenkirchen der Versuch, den Genossen Thielhorn von der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung" in Duisburg wegen einer Anzahl von Veröffentlichungen über Mißstände im Betriebe der Zeche Westende gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen. Die genannte Gesellschaft hatte im Namen ihrer gesetzlichen Vertreter (Bergassessor Düffing und Prokurist Overthun) zwei Privatklagen gegen Genossen Thielhorn als Verantwortlichen unseres Duisburger Parteiblattes angestrengt, die beide am Donnerstag unter Aufgebot eines großen Zeugenapparates vor dem Duisburger Schöffengericht zur Verhandlung kommen sollten. Bei Eröffnung der Verhandlung stellte sich indes heraus, daß die Klagen formell vollständig unzulässig waren. Prozeßbevollmächtigter hatte übersehen, daß eine Aktiengesellschaft für einzelne Personen keine Privatklage erheben kann. Das Gericht folgte daher den Ausführungen des Verteidigers des Genossen Thielhorn und stellte von Amts wegen das Verfahren ein.

Gewerkschaftliches.

Der Verbandskassierer in der Arbeiterkaserne als — Hausfriedensbrecher!

Die Bergwerksverwaltung im Helmstedt-Schöninger Braunkohlenrevier hatte auf dem Grundstück der Arbeiterkaserne der Grube „Treue" ein Schild anbringen lassen mit der Aufschrift: „Fremden ist der Zutritt verboten." Als der Kassierer Meyer vom Bergarbeiterverband durch einen Obersteiger auf dem Grundstück angetroffen wurde, erfolgte eine Strafanzeige gegen ihn und seine Verurteilung zu 3 M. Geldstrafe wegen Hausfriedensbruchs. Die zweite Strafkammer in Braunschweig bestätigte auf die Berufung Meyers hin das Urteil. Das Gericht erachtete die Bergwerksverwaltung für befugt, auf solche Weise die Arbeiter, die vom Verbande nichts wissen wollten, gegen die „Zudringlichkeiten" der Verbandsvertreter zu „schützen".

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung der Isolierer vorläufig beendet.

Der Kampf im Isoliergewerbe, der sich in der ersten Woche des neuen Jahres noch auf einige Orte Süddeutschlands ausgedehnt hatte, ist nun zugunsten der Arbeitnehmer beendet. Die Unternehmer haben einsehen müssen, daß in Deutschland die Scharfmacherei an der festgefügten Gewerkschaftsbewegung zerschellen muß. So glaubte in Mülhausen i. E. der dortige Vertreter der Filiale Reinhold u. Co. und der Inhaber der Mülhauser Isolierwerke Stettiner von den bei ihm beschäftigten Isolierern den Austritt aus dem deutschen Bauarbeiterverband verlangen zu dürfen. Diese wiesen aber nicht nur eine derartige Zumutung ganz entschieden zurück, sondern legten auch aus eigenem Antrieb die Arbeit nieder. Die Zeiten von 1908 und 1910 sind wohl endgültig vorbei. Damals gelang es den Unternehmern mit dem Vertreter der Firma Reinhold an der Spitze noch einzelne führende Isolierer mit Titeln, wie „Ober- und Untermontagemeister" oder „Obermonteur" usw. zu ködern und die örtliche Organisation der Isolierer zugrunde zu richten. Damit ist es aber nun hoffentlich für immer vorbei. Besonders unangenehm ist die Einigkeit der Isolierer den Inhabern der Firmen Grünzweig u. Hartmann in Ludwigshafen, und A. Haake u. Co. in Celle. Die Firma Haake glaubte sich ihren Isolierern gegenüber alles erlauben zu können; nun mußte sie aber erleben, daß alle beim Hauptgeschäft und der Berliner Filiale beschäftigt gewesenen etwa 60 Isolierer, soweit sie nicht schon von der Firma vorher ausgesperrt waren, streiken. Ebenso ist es in ihren Filialen in Hamburg und Düsseldorf, wo die Firma nicht in der Lage war, selbst die notwendigen Reparaturarbeiten fertigstellen zu lassen.

Bei der Firma Grünzweig u. Hartmann in Ludwigshafen wie in ihren größten Filialen (Berlin, Hamburg und Düsseldorf) ruhte die Arbeit gleichfalls fast vollständig. Das halbe Dutzend stehengebliebener Arbeitswilliger konnte die Situation für die Firma auch nicht retten. Weder Drohungen mit Schadenersatzklagen (obwohl die Firmen in der Weihnachtswoche einen Teil ihrer Isolierer aufs Pflaster geworfen hatten) gegen jene Arbeiter, die daraufhin selbst die Arbeit einstellten, noch allerlei Versprechungen an die einzelnen Isolierer konnten die Wiederaufnahme der Arbeit erreichen. Zum Jahresschluß war nun zwischen den beiden Kontrahenten ein Provisorium abgeschlossen worden und am 8. Januar fand nochmals eine Aussprache zwischen Vertretern der Vorstände des Zentralverbandes der Isolierfirmen und des Verbandsvorstandes in Hamburg statt. Darüber berichteten nun die an dieser Sitzung beteiligten Arbeitnehmer folgendes:

Das am 22. Dez. in Aussicht genommene Provisorium in Breslau ist nach Meinung des Verbandsvorstandes der Isolierfirmen wegen Mißverständnisse nicht zustande gekommen. Wir wollten im Provisorium für Breslau die Berliner Akkordklausel vereinbart wissen, die folgendes besagt: „Liegt nach Ueberzeugung der Isolierer die Arbeit so schlecht, daß bei Akkord der Stundenlohn nicht verdient wird, so ist die Arbeit in Zeitlohn auszuführen; der die Akkordarbeit verweigernde Isolierer darf deshalb nicht entlassen werden." Die Breslauer Firmen erblickten in dieser Klausel eine Garantierung des Stundenlohnes bei Akkordarbeiten und lehnten sie deshalb ab. Daß für Leipzig bis zum 30. September keine Erklärung der Firma Reinhold u. Co. bezüglich der drei noch nicht geregelten Fragen vorlag, sei durch die zu kurze Frist verschuldet. In der jetzigen Verhandlung wiesen unsere Vertreter darauf hin, daß sich die Differenzen inzwischen erweitert hätten durch das Vorgehen der Firmen Haake u. Co. (Sitz Celle) und Grünzweig u. Hartmann (Sitz Ludwigshafen) und durch die Einreichung von Forderungen seitens der Isolierer in Hamburg, Mannheim-Ludwigshafen und Hannover. Auch sei in Mülhausen i. E. von den Firmen Reinhold u. Co. und Stettiner ausgesperrt worden, weil die Isolierer nicht aus der Organisation austreten wollten. Von den Vertretern des Unternehmerverbandes wurde erklärt, daß die Firma Grünzweig u. Hartmann aus dem Zentralverband der Isolierfirmen ausgetreten ist; doch soll sie bereit sein, etwaige vertragliche Abmachungen an den einzelnen Orten ebenfalls anzuerkennen. Die Firma Haake, die seinerzeit ihren Beitritt zum Zentralverband der Isolierfirmen davon abhängig gemacht hatte, daß sie ihre eigenen Lohn- und Arbeitsbedingungen beibehalten könne, will nunmehr ebenfalls den zwischen dem Zentralverband der Isolierfirmen und dem Deutschen Bauarbeiterverband abzuschließenden Tarifvertrag anerkennen. — Da die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Isoliergewerbe bei den zurzeit noch bestehenden ungleichen Verhältnissen nicht in wenigen Tagen möglich ist, einigte man sich wiederum auf den Abschluß eines Provisoriums für die Zeit bis 1. April dieses Jahres. Bis dahin soll dann eine allgemeine Regelung der Arbeitsbedingungen herbeigeführt werden. Ueber alle Einzelheiten des Provisoriums ist bis jetzt eine Verständigung noch nicht erfolgt, sondern es soll Dienstag vormittag nochmals verhandelt werden. Einigkeit besteht bis jetzt darüber, daß während des Provisoriums in Frankfurt a. M. die am 28. Dezember dort getroffenen Vereinbarungen gelten, in Breslau neunstündige Arbeitszeit, 65 Pf. Stundenlohn und die Berliner Akkordklausel, in Hamburg wird bei Aufnahme der Arbeit der Lohn um 2½ Pf. erhöht, ebenso in Düsseldorf und Mülhausen i. E., falls dort nicht im letzten Herbst bereits eine Lohnerhöhung erfolgte. Ueber Hannover, Celle und Leipzig soll noch verhandelt werden.

Sonntag fand bei Wilke, Sebastianstraße, eine gutbesuchte Versammlung der Isolierer statt, die sich mit der Aussperrung und dem Provisorium beschäftigte. Ein Teil der Anwesenden trat entschieden gegen die Aufnahme der Arbeit auf, während andere unter Berücksichtigung der verschiedensten Umstände für die Aufnahme der Arbeit eintraten. Das Resultat der Aussprache war, nachdem von Celle aus ein Telegramm eingetroffen war, daß die dortigen Isolierer des Hauptgeschäfts von Haake am Dienstag die Arbeit aufnehmen, der Beschluß, am nächsten Morgen ebenfalls wieder anzufangen auf Grund des Provisoriums. Der Vorsitzende betonte noch, daß die Firma Haake mit dem Provisorium auch die Organisation als gleichberechtigten Faktor anerkannt hätte, was nicht zu unterschätzen sei. Für die Firma Grünzweig u. Hartmann gilt das Provisorium nicht, weil die Firma aus dem Arbeitgeberverband ausgeschieden ist, für sie besteht deshalb die Sperre weiter. Voraussichtlich aber wird es auch hier zur Verhandlung und damit zu einem günstigen Resultat kommen.

Das Provisorium gilt bis zum 1. April. Tritt dann nicht ein fester Tarif an dessen Stelle, so wird es voraussichtlich zu einem Kampfe im Isoliergewerbe kommen.

Dr. Wiemer als Sozialpolitiker.

Zu der unter obiger Spitzmarke von uns veröffentlichten Notiz sandte uns die Papierverarbeitungsgenossenschaft unter Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes eine Zuschrift, die zwar nicht eine Berichtigung im Sinne des genannten Paragraphen darstellt, deren Inhalt wir jedoch unserer Leserschaft nicht vorenthalten wollen. Es heißt in der Zuschrift:

„Dr. Wiemer ist Syndikus der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft. Was sein Gehalt und seine Tätigkeit im Bureau mit Sozialpolitik zu tun hat, ist nicht ersichtlich. Die Wertschätzung seiner Leistung kann man wohl dem dafür verantwortlichen Genossenschaftsvorstande überlassen.

Bezüglich der Bemerkungen über die Gehälter unterer und jüngerer Beamten von 100 und 120 M. muß hinzugefügt werden, daß es sich hier um Bezahlung von Arbeiten handelt, die jeder aus der Volksschule kommende junge Mann leisten kann, der dort gut schreiben und rechnen gelernt hat. Außerdem bestimmt Dr. Wiemer nicht die Höhe der Beamtengehälter, sondern sie werden jedes Jahr in einer Sitzung des Vorstandes geprüft und der Genossenschaftsversammlung zur Bewilligung vorgelegt.

Der erst seit zirka 4 Jahren beschäftigte Kanzlist, der nach seiner Entlassung allein das Material für die Veröffentlichung in der gewerkschaftlichen Zeitschrift „Der Bureauangestellte" geliefert haben kann, ist von Dr. Wiemer aus eigener Tasche pekuniär unterstützt worden. Er ist nicht entlassen worden, weil er krank war. Der andere Angestellte ist noch nicht entlassen worden.

Die Beitragsumlagearbeiten der Berufsgenossenschaften, die aus schriftlichen und rechnerischen Arbeiten bestehen, müssen in sehr kurzer Zeit erledigt werden. Sie sind so umfangreich, daß selbst, wenn — wie immer — sich fast sämtliche Angestellte in Ueberstunden daran beteiligen, Hilfsarbeiter dazu eingestellt werden müssen. Einige dieser Herren sind schon längere Jahre dabei tätig. Angestellte, die sich beteiligen wollen und ihre Schuldigkeit tun, sind nie zurückgewiesen worden, wenn sie sich zur Mitarbeit bereiterklärt haben.

Es kann also keine Rede davon sein, daß ihnen Nebenverdienst entzogen worden sei. Die Gehaltszulage ist nicht allen Angestellten gewährt worden, sondern nur denen, welche bis zu 2000 M. Gehalt beziehen. Sie ist in der Sitzung des Genossenschaftsvorstandes im November vorigen Jahres beschlossen worden. Die Veröffentlichung im „Bureauangestellten" ist im darauffolgenden Dezember erschienen; sie kann also nicht die Veranlassung der Gehaltserhöhung gewesen sein."

Daß die betreffenden Gehälter richtig angegeben wurden, bestreitet die Firma nicht, sondern bezeichnet dieselben als „angemessen". Wie man 100 bis 120 M. pro Monat bei verheirateten Angestellten, die, nebenbei gesagt, jahrelang im Betriebe tätig sind, in der jetzigen Zeit als „angemessen" bezeichnen kann, ist angesichts der Tatsache, daß Herr Dr. Wiemer für einen ziemlich überflüssigen Repräsentationsposten 10 000 M. (!) erhält, immerhin ein starkes Stück und wirft auf das soziale Verständnis der Gesellschaft ein eigenartiges Licht.

Wohl ist es richtig, daß die Genossenschaftsversammlung die Gehälter festsetzt. Hier kommt aber in Betracht, daß Herr Dr. Wiemer das geistige und führende Haupt unter den maßgebenden Persönlichkeiten, die durchweg aus Freisinnsmannen bestehen, darstellt, und daß sein persönlicher Einfluß sicher bestimmend, mindestens aber sehr weitreichend ist. — Bezüglich des entlassenen Angestellten bestreitet die Gesellschaft, daß die Krankheit der Entlassungsgrund gewesen sei. Sie kann aber das eine nicht ableugnen, daß der Angestellte die Kündigung während seiner Krankheit erhielt!

Was die Unterstützung durch Herrn Dr. Wiemer anbelangt, so bestand dieselbe darin, daß der Angestellte, der Vater von mehreren Kinden ist, sich 10 oder 20 M. Vorschuß hatte geben lassen und nach einiger Zeit um eine verlängerte Frist zur Rückzahlung bat. Daraufhin sagte ihm Herr Dr. Wiemer, er könne das Geld behalten. Diese „Großmut" soll hiermit eigens anerkannt werden.

Die Beschäftigung von Militärpersonen kann ebenfalls nicht stichhaltig begründet werden. Es hat niemand verlangt, daß die Arbeiten in Ueberstunden erledigt werden sollen. Auf Militärpersonen, die doch schon ihr Gehalt bekommen, könnte man trotzdem verzichten, man brauchte nur den armen Arbeitslosen, die leider allzu reichlich vorhanden sind, die Arbeit zu übertragen, die herzlich froh darum wären. Uebrigens verdienen die dort beschäftigten Militärpersonen mehr wie die regulären Angestellten, da ihnen die beste Arbeit zugeschoben wird. Herr Dr. Wiemer und seine Freunde sind also nach alledem ganz famose „Sozialpolitiker".

Deutsches Reich.

Die Wahlaussperrung bei der Firma Seifert u. Co. in Heegermühle bei Eberswalde, von der wir berichtet haben, ist beendet. Bei den angebahnten Verhandlungen ergab sich nach Eingreifen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, daß die Erregung der Arbeiterschaft infolge eines falsch aufgefaßten Berichtes des Ausschusses entstanden war. Die Firmenleitung hat nun erklärt, daß diejenigen Arbeiter, die entsprechend weite Wege haben, auf ihren Antrag entsprechend früher Urlaub erhalten sollen und daß dies auch für den Stichwahltag gilt.

Ausland.

Der Klassenkampf in Großbritannien.

London, 12. Januar. (Eig. Ber.)

Obwohl das Gesamtresultat der Abstimmung der Bergarbeiter erst in einigen Tagen bekannt gemacht werden wird, weiß man jedoch schon jetzt, daß die Mehrheit für den Generalstreik in allen Distrikten sehr groß ist. In einem Revier ist das Verhältnis zwischen Befürwortern und Gegnern des Streiks wie 35 zu 1. In vielen anderen Revieren ist es mehr als 10 zu 1. Durch die englische Presse ging in den letzten Tagen die Nachricht, daß der Generalstreik der Bergarbeiter in Großbritannien den Generalstreik der Bergarbeiter in allen der Internationalen Bergarbeiterföderation angeschlossenen Ländern nach sich ziehen werde. Erkundigungen, die bei den Beamten der Internationalen Bergarbeiterföderation eingezogen worden sind, zeigen jedoch, daß keinerlei internationale Abmachungen bestehen. Es wird gemeldet, daß der englische Transportarbeiterverband in der nächsten Zeit eine Konferenz abhalten wird, auf der die Stellungnahme des Verbandes in den vor sich gehenden und kommenden Kämpfen festgelegt werden soll.

Die Aussichten auf Frieden in Lancashire sollen augenblicklich besser sein als zu Anfang der Woche. Es heißt, daß die Arbeitgeber eine versöhnlichere Haltung eingenommen haben. Möglicherweise ist dies die Folge des Eingreifens des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes. Der Verband, dem die Weberorganisationen angeschlossen sind, hielt gestern in London eine Konferenz ab, auf der beschlossen wurde, die ausgesperrten Weber mit 17 500 Pfund Sterling (350 000 Mk.) wöchentlich zu unterstützen. Um die Unterstützung möglich zu machen, wurde der Beitrag für die Zeit der Aussperrung verdoppelt. Es wurde auch der Vorschlag diskutiert, eine unverzinsliche Anleihe in der Höhe von 100 000 Pfund Sterling (2 Millionen Mark) bei den angeschlossenen Gewerkschaften aufzunehmen. Man beschloß jedoch nichts Bestimmtes über diesen Punkt und überließ es dem Ausschuß, zu bestimmen, welche Maßregeln im gegebenen Moment die geeignetsten seien. Nach der letzten Vierteljahresbilanz hatte der Allgemeine Gewerkschaftsverband ein Vermögen von nur 66 780 Pfund Sterling (1 334 600 Mk.); vor drei Jahren besaß er 162 200 Pfund Sterling (3 244 000 Mk.). Die letzten großen wirtschaftlichen Kämpfe, besonders die Aussperrung der Kesselschmiede im Jahre 1910, haben seine Kasse sehr in Anspruch genommen.

Die Lithographen und Steindrucker Norwegens stehen in einer Tarifbewegung. Der norwegische Lithographentarif läuft am 14. März ab. Dieser wurde von den Gehilfen in Kristiania, Sandriken, Drammen und Trondhem gekündigt, während der norwegische Unternehmerverband den Tarif in Stavanger, Bergen und Haugesund kündigte. Bemerkenswert ist, daß der Norwegische allgemeine Industriellenverband den Druckereibesitzerverband nicht mehr als offizielle Partei um den Tarif anerkennen will. Der bisherige Lithographen- und Steindruckertarif ist auch nie von diesem allgemeinen Industriellenverband anerkannt worden. Namentlich soll die Lehrlingsfrage, der Organisationszwang und die achtstündige tägliche Arbeitszeit nach den Statuten dieses Scharfmacherverbandes nicht mit Arbeitern tariflich festgelegt werden. Die Lithographen- und Steindruckergehilfen, die aber sämtlich im Norwegischen Lithographenbund organisiert sind, sind aber nicht gewillt, diese Tarifpositionen aufzugeben, sondern haben im Gegenteil noch Forderungen auf Verbesserungen gestellt. Der Gehilfenverband, der über ein hohes Vermögen verfügt, hat, da es nicht ausgeschlossen ist, daß es zu einem allgemeinen Kampf kommen kann, zur Stärkung des Kampffonds seinen Wochenbeitrag von 2 Kronen auf 2,50 Kronen erhöht. Ganz Norwegen wurde für Lithographen und Steindrucker gesperrt.

Aus aller Welt.

Treibeis auf der Elbe.

Treibeis bereitet der Schiffahrt große Hindernisse. Große Eisschollen bedecken die Elbe in dichten Massen. Die kleine Schiffahrt ist völlig lahmgelegt. Die Fährdampfer können nur mit Mühe den Betrieb aufrecht erhalten. Die Fahrten der Lauenburgischen Dampfer mußten eingestellt werden. In der Oberelbe ist das Eis gestern zum Stillstand gekommen. Bei Warnisch, unweit Zollenspieker, liegt ein mit Dynamit beladener Kahn im Schlepptau des Passagierdampfers „Patriot" in gefährlicher Lage mitten im Eise. Eisbrecher sollen versuchen, den Kahn zu befreien. — Der Eisgang auf der Alster nimmt von Tag zu Tag an Stärke zu und bereitet dem Verkehr der Dampfer große Schwierigkeiten. Die Rundfähren mußten ihren Betrieb bereits einstellen. Die Eisbrecher sind fortwährend in Tätigkeit, um die Fahrrinne offen zu halten.

•

Infolge Zunehmens des Eises im Kaiser-Wilhelm-Kanal ist der Verkehr für hölzerne Schiffe seit gestern eingestellt. Die Einstellung des Verkehrs für eiserne Segelschiffe wird erwartet.

•

Wie amtlich aus Astrachan gemeldet wird, ist bei dem Kirchdorf Ganjischkin eine Eisscholle mit 109 Fischern ins Meer getrieben worden.

Unfälle in den Bergen.

Aus Genf wird gemeldet: In den letzten 12 Stunden sind drei Bergsteiger durch Lawinen verschüttet worden. In der Nähe von Chambery sind drei Bergsteiger, die in einer Hütte Zuflucht gesucht hatten, von einer Lawine überrascht und getötet worden. Auf dem Großen St. Bernhard auf italienischer Seite hatten drei Touristen trotz der Ermahnung der Mönche einen Abstieg unternommen. Sie wurden ebenfalls von einer Lawine überrascht und verwundet. Nach mehreren Stunden wurden sie von den Mönchen in Sicherheit gebracht. Einer der Touristen liegt im Sterben. Eine weitere Lawine verschüttete den Postwagen, der zwischen Liddes und Orsierez verkehrt. In diesem Postwagen befanden sich sechs Personen. Der Wagen wurde umgestürzt und die Pferde verletzt. Die Insassen haben glücklicherweise nur leichte Verletzungen erlitten.

Die große Kälte.

Aus allen Teilen Oesterreichs und Ungarns wird große Kälte gemeldet. Das Thermometer zeigt stellenweise 30 Grad Zelsius

unter Null. Der telephonische und telegraphische Verkehr leidet hierunter sehr stark. In Galizien und der Bukowina sind viele Ortschaften unter Schnee bedeckt. Zahlreiche Personen sind erfroren.

In Washington und New York ist das Thermometer in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag auf 30 Grad unter Null gesunken. Die Kältewelle dauert bereits 10 Tage an und wird nur von heftigen Schneegestöbern zeitweise unterbrochen, welche wiederum viele Störungen auf dem Bahnverkehr verursachen. In New York sind viele Personen erfroren auf den Straßen aufgefunden worden. Verschiedenen anderen erfroren Hände und Füße. Im Hafen ist die Schiffahrt infolge des starken Eisganges sehr beeinträchtigt. Zum ersten Male wieder seit langen Jahren ist auch der Potomacfluß zugefroren.

Ein gewalttätiger Polizeikommissar.

Aus Rom wird uns geschrieben:

Bei den Parlamentswahlen vom März 1909 verhaftete der Polizeikommissar Prina ohne irgendwelche Berechtigung einen Wähler, der energisch gegen den Regierungskandidaten Stellung genommen hatte. Er wurde dafür in erster und zweiter Instanz zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und setzte die Nichtigkeitsbeschwerde durch, worauf das Appellationsgericht von Potenza ihn zu drei Monaten Gefängnis und weiteren drei Monaten Ehrverlust verurteilte. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein, doch wurde es soeben vom Kassationshof endgültig bestätigt. Prina ist wegen seines gewalttätigen Vorgehens bekannt. Trotz seiner Bestrafung hat ihn Giolitti bis jetzt im Amt behalten und wird ihm sicher für die Zeit der Strafverbüßung Urlaub geben.

In Sachen des Ehrverlustes nimmt es wohl die italienische Regierung mit ihren Polizeibeamten nicht allzu genau.

Kleine Notizen.

Tot aufgefunden. In Niederschlema wurde der 57jährige Werkmeister Nette in der Leonhardschen Papierfabrik mit eingeschlagener Schädeldecke tot aufgefunden. Da bei dem Erschlagenen der Arbeitslohn noch vorgefunden wurde, dürfte ein Raubmord nicht vorliegen. Von anderer Seite wird noch mitgeteilt: Der Polizeihund des Gendarmen aus Wilkau hat sofort eine Fährte aufgenommen und einen böhmischen Arbeiter gestellt, der früher im Hause des Ermordeten verkehrte, indessen folgt man auch noch einer anderen Spur, die bereits zu einer Verhaftung in Schneeberg geführt hat.

Dienstbotenlos. Bei dem Besitzer Gorski in Jaruschin (Kreis Bromberg) wurde die Dienstmagd Wanda Nakowski beim Dreschen von der Welle des Roßwerks erfaßt und mehrmals herumgeschleudert. Der Kopf der Verunglückten wurde völlig gespalten, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Wie es heißt, fehlte eine Schutzvorrichtung.

Ein „liebenswürdiger" Gatte. Der Bürgermeister und Apotheker des Städtchens Jezorzeny, Krainski, gab seiner Frau als Schlafmittel eine zu starke Dosis Veronal, worauf dieselbe starb.

Ein Kutscher erfroren. Bei Darrmietzel, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., wurde der herrschaftliche Kutscher Knolpe, der mit einem Schlitten in einen Graben gestürzt war, mit den Pferden erfroren aufgefunden.

Auf dem Flugfelde von Issy stießen gestern vormittag zwei Flugzeuge während des Abflugs zusammen und kenterten. Einer der Flieger namens Hanouille wurde verwundet und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung.

Unter Vergiftungserscheinungen erkrankten in Hamburg in einer Familie an der Rotenbaumchaussee sechs Personen, Mutter, Sohn und vier Dienstboten. Da die Krankheit auf den Genuß von Sauerampfer zurückgeführt wurde, beschlagnahmte die Polizei einen Posten Sauerampfer bei einem Händler, der der Familie die Ware verkauft hatte. Es ist aber sehr fraglich, ob der Sauerampfer wirklich der Krankheitserreger gewesen ist.

Briefkasten der Redaktion.

H. B. 50. 1. Ja. Meldung innerhalb einer Woche. 2. und 3. Darüber geben die Statuten Auskunft. — **O. P. 12.** Die Veranlagung ist zulässig. — **F. W. 36.** 1. Pro Woche nur eine Marke. Alte Marken nicht erhältlich. 2. Erkundigen Sie sich bei dem Verband der Gärtner, Luisenufer 1. 3. 13503 Wahlberechtigte. — **O. B., Forsterstraße.** 1. Unbekannt. 2. Zur Ergänzung des Kontingents bei etwaigen Abgängen. — — **A. B. 100.** Nein. — **A. R. 80.** 1 Ja. 2 Ja, sofern dauernde Invalidität vorliegt; andernfalls erst nach Ablauf der 26. Krankheitswoche.

Witterungsübersicht vom 15. Januar 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemde.	774	SO	3	wolkig	—10	Haparanda	763	SW	4	bedeckt	—13
Hamburg	771	SO	4	wolkenl	—12	Petersburg	784	O	2	heiter	— 8
Berlin	772	O	3	heiter	—14	Scilly	754	SW	6	bedeckt	9
Frankf.a.M.	767	O	2	heiter	— 6	Aberdeen	760	SSW	1	bedeckt	2
München	769	NO	3	Nebel	— 8	Paris	763	SSO	2	bedeckt	2
Wien	774	SO	3	halb bd.	—12						

Wetterprognose für Dienstag, den 16. Januar 1912.

Zeitweise wolkig, aber meist trocken bei etwas gelinderem Frost und ziemlich frischen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Unserem Genossen und Bezirksführer 15872
Gustav Böseler u. Erna Peller
die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Vermählung am 16. Januar 1912 senden
Die Genossen vom IV Bezirk Bezirk Rummelsburg.

Am 13. Januar, abends 8 Uhr, verstarb nach langem schweren Leiden unser Chef, Herr
Ernst Moldenhauer.
In der Tätigkeit als Chef sowie im Verkehr mit allen Arbeitern wird er allezeit als korrekter und äußerst vornehmer Mann in Erinnerung bleiben. 2496b
Die Arbeiter der Modelltischlerei A. Moldenhauer Söhne.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein Adlershof.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Parteigenosse
Konrad Dröder
Genossenschaftsstraße 1
verstorben ist. 201/3
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Zentralverband der freien Händler und verw. Berufsg. Deutschlands.
(Sitz Essen-Ruhr.)
Ortsverwaltung Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Händler
Hermann Engelhardt
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Zionskirchhofes in Nordend aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
25045 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders
Otto Helbig
sagen wir allen Freunden, vor allem dem Sängerchor „Süd-Ost" für den herrlichen Gesang, dem Sportklub „Adler" und den Kollegen der Firma Geyer unseren herzlichsten Dank.
Familie H. Helbig, Lübbener Straße 12.

Engelhardt Caramel-Bier

:: alkoholarm ::
ärztlich empfohlen

:: Diätetisches ::
Gesundheitsbier

Flasche 10 Pf. Ueberall käuflich

Wie wird
bei der grossen Kälte mein Zimmer warm?

Wenn die vorhandene Heizanlage — sei es Ofen- oder Zentralheizung — nicht ausreicht, so ist
der Gasheizofen
eine vollkommene, stets betriebsbereite Ergänzung. Er ist überall leicht und ohne grosse Umstände anzubringen und durchdringt in kürzester Frist selbst die grössten Räume mit behaglicher Wärme. Der Gasheizofen beansprucht wenig Raum und ist unerreicht bequem und sauber im Gebrauch.

Gasheizöfen jeder Grösse und für jeden Raum passend, werden auch gegen Teilzahlung oder auf Miete abgegeben

Ausstellung und Verkauf von Gasapparaten:
Berlin SW 68, Koch-Strasse 18

Berlin, Scharren-Strasse 11-13 | Tempelhof, Berliner Strasse 105
Schöneberg, Gleditschstr. 47a | Wilmersdorf, Berliner Str. 36
Schöneberg, Akazienstrasse 28 | Weissensee, Berliner Allee 241
Steglitz, Schloss-Strasse 121 | Niederschönhausen, Beuthstr. 9

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4.

Herrmann Stramms Restaurant
Frankfurter Allee 68.
Empfehle allen Freunden und Bekannten mein Weiß- und Bayerisch-Bierlokal. Vorzügliche Küche, Mittag- und Abendtisch, jeden Abend Freikonzert. Um geneigten Zuspruch bittet
Herrmann Stramm.

Säle, Vereinszimmer, gr. Garten mit Bühnen, für 40—1000 Pers., 2 Pianinos, 1 Harmonium, mehrere Wochen-Sonnabende u. Sonntage im Januar, Febr. usw. noch frei. **Fritz Wilke, Sebastianstr. 39,** dicht a. d. Alten Jakobstr. Bequ. Fahrv.

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., **Dircksenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kst. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

✚ Haut- u. Harn- ✚
leiden, Ehrlich-Hata, Schäden d. Quecksilb. — Konsultation frei! Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc.
!! Teilzahlung gestattet !!
Dr. Homeyer & Co. (konz. Spez. Lab.) Friedrichstr. 189
a. d. Hochb. Spr. 9-2, 4-8, Sonnt. 11-12.

Schallplatten
Verleih-Institut.
Auch nach auswärts. Prosp. gratis.
Karl Borbs, Berlin 69
Neue Königstrasse 38.

Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69 Laden.

✚
Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 58.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Aenderungen sofort.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Plüsch-**Reste!** Mocquetts. Satteltaschen.
Muster bei näherer Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin Süd, Oranienstr. 158.

Mit vollem Recht
genießen die **altbewährten MAGGI-Produkte** das Vertrauen der Allgemeinheit: sie werden nur aus erstklassigem Material unter sorgfältigster Kontrolle hergestellt. Das ist ausschlaggebend für den Wert vor allem bei Nahrungs- und Genußmitteln.

Man verlange daher ausdrücklich MAGGI's Würze • MAGGI's Suppen • MAGGI's Bouillon-Würfel

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Achtung! **Putzer.** **Achtung!**

Am Mittwoch, den 17. Januar, abends 8 Uhr, finden in sämtlichen Bezirken Berlins und der Vororte die

Bezirksversammlungen

in den bekannten Lokalen statt.

Wir bitten um recht zahlreichen Besuch derselben.

Die örtliche Verwaltung und Obleute.

136/4*

NB. Norden I. und II. tagt bei Obiglo, Schwedter Str 23/24.

General-Versammlung

der Liepnerschen Sterbe- und Kranken-Unterstützungskasse

No. 23

am Mittwoch, 24. Januar 1912, abends 8 Uhr, im Kassenlokal, Linienstr. 8.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht der Revisoren. 2. Wahl eines Vorstehers und eines Stellvertreters. 3. Wahl eines Revisors und eines Stellvertreters. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Heute, Dienstag, abends 8½ Uhr, im Volkshaus:

Mitglieder-Versammlung

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

250/4 Der Vorstand.

Deutscher Kürschner-Verband.

Filiale Berlin.

Bureau u. Arbeitsnachweis: NO. 43, Weinstr. 8. Fernspr.: Königstadt 6789.

Mittwoch, den 17. Januar 1912, abends 8½ Uhr, in den „Musikersälen", Kaiser-Wilhelmstr. 18m:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom vierten Quartal 1911. 2. Jahresbericht der Ortsverwaltung und Neuwahl derselben. 3. Bericht über den Streik in der Mützenbranche. 4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

101/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, Nr. 1239. | Verwaltungsstelle Berlin Chariteestraße 3. | Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1987

Mittwoch, den 17. Januar, abends 5½ Uhr:

Versammlung

aller in der

Gas-, Wasser- u. Dampfarmaturen- sowie Kronenbetrieben beschäftigten Eisen-, Metall- und Revolverdreher

in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Wuschick. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß folgende Zahlstellen verlegt worden sind:

Zahlstelle 91: von Papenfuß, Reichenberger Straße, nach O. Fickweiler, Zigarrengeschäft, Mariannenstr. 41.

Zahlstelle 143: von Schneider in Wilmersdorf, Uhlandstr. 71, nach Dahlke, Berliner Str. 46.

Zahlstelle 8: Steglitz, Heesestr. 1, nach Fritsch, Schützenstr. 40.

Neuerrichtet wurde **Zahlstelle 154:** Nieder-Schönhausen, Eichenstr. 12, bei J. Gapa.

110/11 Die Ortsverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

1. Bezirk: Mittwoch, den 17. Januar, nachmittags 5 Uhr, bei **Schröder**, Wiclefstr. 34.

2. Bezirk: Donnerstag, den 18. Januar, nachmittags 5 Uhr, bei **Frisch**, Badstr. 12.

3. Bezirk: Mittwoch, den 17. Januar, nachmittags 5 Uhr, bei **Schmidt**, Lichtenberger Str 16.

4. Bezirk: Mittwoch, den 17. Januar, nachmittags 5 Uhr, bei **Grunwald**, Memeler Str. 67.

5. Bezirk: Mittwoch, den 17. Januar, nachmittags 5 Uhr, bei **Meyer**, Oranienstr. 103.

6. Bezirk: Mittwoch, den 17. Januar, nachmittags 5 Uhr, bei **Radtke**, Neue Jakobstr. 1—3.

72/4 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 17. Januar, abends 8 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen

Bezirk Rixdorf:

Bau- und Möbeltischler

im Ideal-Kasino, Rixdorf, Weichselstraße 8. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Aufstellung der Delegierten zur Innungskrankenkasse. 2. Gewerbegerichtswahl. 3. Verbandsangelegenheiten.

Klavierarbeiter

im Gewerkschaftshause, Saal 4 (Arbeitslosensaal). Tagesordnung: 1. Der Streik bei der Firma Bechstein. 2. Bericht der Obleute. 3. Aufstellung der Kandidatenliste für die Delegierten zur Generalversammlung. 4. Ausgabe der Vertrauensmännerkarten.

Jalousiearbeiter

bei Walter, Adalbertstraße 62.

Vergolder

im Gewerkschaftshause, Saal I. Tagesordnung: 1. Vorschläge für die Delegierten zur Generalversammlung. 2. Unsere Branchenhygienestatistik. 77/11

Die Zahlstelle 56 befindet sich vom 20. Januar ab nicht mehr Breslauer Str. 28, sondern Kraustr. 24 bei Emil Mücksch.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullokal: Grenadierstr. 37, Hof geradezu I.

Lehrplan für das I. Quartal 1912.

Sonntag: **Nationalökonomie.** (Die Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie. I. Teil.)

Die Nationalökonomie als selbständige Wissenschaft, ihre Einteilung und Objekt. — Die Geschichte, das System und die Methode von Marx' „Kapital". — Die Entwickelung zur kapitalistischen Weltwirtschaft; Entstehung und Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. — Die Ware als Elementarform der kapitalistischen Produktionsweise. — Die gesellschaftliche Arbeit. — Der Gebrauchswert und der Tauschwert der Ware. — Geld. Preis. — Die Verwandlung von Geld in Kapital. — Die Erscheinungsformen des Kapitals.

Vortragender: Max Grunwald.

Sonntag: **Rednerschule** (mündliche und schriftliche Agitationsübung).

Der Ausdruck in Wort und Schrift. — Die Technik und Disposition der Rede und des schriftlichen Berichts. — Praktische Uebungen über bestimmte Fragen aktueller Wirtschaftspolitik.

Vortragender: Max Grunwald.

Sonntag: **Geschichte** (Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert).

Ideologische und materialistische Geschichtsbetrachtung. — Deutschland vor hundert Jahren. — Deutschland und die französische Revolution. — Die „Befreiungskriege" und ihre Folgen. Die Zeit der Metternichschen Reaktion. — Die ersten Regungen der deutschen Arbeiterschaft. — Wilhelm Weitling und seine Zeit. — Die vorrevolutionäre Bewegung des deutschen Bürgertums. — Die deutsche Arbeiterbewegung in den vierziger Jahren. — Der wissenschaftliche Sozialismus.

Vortragender: Konrad Hänisch. 6/2*

Montag: **Naturerkenntnis.**

Glauben und Wissen. Die Entwickelung des Weltalls: Die Entstehung der Erde. — Die Erdzeitalter. — Die Entwickelung des Lebens. — Darwin, Darwinismus und Lamarckismus. — Die Entstehung der Arten. — Die Abstammungslehre. — Die Entwickelung des Menschen.

Vortragender: Emanuel Wurm.

Mittwoch: **Literaturgeschichte** (Die neue deutsche Dichtung.

Die Vorempfinder. — Die konsequenten Naturalisten. — Die „Neutöner". — Die „Dekadenten". — Die Impressionisten. — Die sozialpsychologischen Vertiefer. — Die Mystiker und Symbolisten. — Die Neuromantiker. — Die Sucher einer neuen Realistik. — Die Zusammenfasser.

Vortragender: Juda Rubin.

Donnerstag: **Gesetzeskunde** (Aus dem Arbeiterrecht).

Der gewerbliche Arbeitsvertrag. — Der Dienstvertrag. — Streitigkeiten aus dem Arbeits- und Dienstvertrag. — Das gerichtliche Verfahren bei Klagen aus dem Arbeits- und Dienstvertrag. — Das Armenrecht in der Prozeßführung. — Die Schadenersatzpflicht. — Vormundschaft und Unterhaltungspflicht. — Zwangserziehung und das Ziehkinderwesen. — Freizügigkeit und Auswanderung. — Staatsbürgerrechtserwerbung (Landtagswahlrecht). — Praktische Anleitung für Eingaben und Anträge an Behörden usw.

Vortragender: Georg Schmidt.

Freitag: **Gewerkschaftswesen** (Geschichte und Theorie der Gewerkschaften).

I. Einleitung: Von der Entwickelung des Handwerks bis zum Großkapitalismus der Gegenwart. — II. Vorläufer gewerkschaftlicher Organisationen. — III. Anfänge moderner Arbeiterorganisationen in Deutschland. — IV. Polizeiliche Verfolgungen und Sozialistengesetz. — V. Zentralisationsbestrebungen. — VI. Entwickelung der freien Gewerkschaften von 1890—1910. — VII. Partei und Gewerkschaft. — VIII. und IX. Die gegnerischen Gewerkschaften. — Entwickelungstendenzen der deutschen Gewerkschaften.

Vortragender: Emil Dittmer.

Sonnabend: **Die politischen Parteien.**

Begriff der Partei. — Parteien und Klassen. — Die ökonomischen Grundlagen der Parteibildung und Parteientwickelung. — Die Geschichte der konservativen Parteien. — Konservative Weltanschauung, Programme und praktische Politik. — Das Wesen des Liberalismus. — Geschichte des deutschen Liberalismus bis zur Gründung der nationalliberalen Partei. — Die Nationalliberalen. — Die linksliberalen Gruppen. — Die konfessionellen Wurzeln des Zentrums. — Die innere Entwickelung des Zentrums von der Kulturkampfzeit bis zur Gegenwart. — Sozialdemokratie und bürgerliche Parteien.

Vortragender: Emil Eichhorn.

Unterrichtsbeginn: Freitag, den 26. Januar: Gewerkschaftswesen. Sonnabend, den 27. Januar: Geschichte der politischen Parteien. Sonntag, den 28. Januar: Geschichte. Nationalökonomie. Rednerschule. Montag, den 29. Januar: Naturerkenntnis. Mittwoch, den 31. Januar: Literaturgeschichte. Donnerstag, den 1. Februar: Gesetzeskunde.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um **8½ Uhr** und endet um **10 Uhr.** Der Sonntagskursus in **Nationalökonomie** findet im **Königstadt-Kasino**, Holzmarktstraße 71, statt und beginnt **9 Uhr** vormittags. Der Sonntagskursus in **Geschichte** im **Schullokal** Beginn **9 Uhr.** Der Kursus in **Rednerschule** beginnt um **11 Uhr** im **Schullokal** Die reichhaltige **Bibliothek** ist an den Unterrichtsabenden von **7½—8½ Uhr** geöffnet. Sonntags ist dieselbe geschlossen Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mark und ist **spätestens** am zweiten Abend zu zahlen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kursus im Schullokal **Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe**, und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz**, Admiralstr. 40a; **Reul**, Barnimstr. 42; **Vogel**, Lortzingstr. 37; **W. Kaczorowski**, Ravenéstr. 6; **Horsch**, Engelufer 15.

Alle Zuschriften an den Vorsitzenden **Hermann Lammé, Lichtenberg-Berlin, Rittergutstr. 25 I.** Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs**, Berlin S 59, Hasenheide 56.

Der Vorstand.

Jährlicher Umsatz von

3000

Zentnern

Bettfedern und Daunen

hat die

Erste Bettfedern-Fabrik

mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S14, Prinzen-Strasse 46 u. 47

Die Firma führt **nur**

Bettfedern	Daunen
zu 55 Pf., 1.–, 1.25, 1.50, 1.75, 2.–, 2.25, 2.50, 3.–, 3.50 bis 6.– Mark per Pfund.	zu 2.50, 3.50, 4.50 5.–, 6.50 bis 9.– M. per Pfd.

Fertige Betten,

bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen zu 12.–, 15.–, 20.–, 23.50, 28.50, 32.50, 39.–, 46.–, 55.–, 63.– bis 120.– M.

Bettinlette und andere Bettartikel.

Es kann niemand Betten und Bettfedern billiger oder besser liefern als die Firma

Gustav Lustig

1. weil die Firma sich **nur** mit dem Artikel **Betten** und **Bettfedern** befasst;
2. weil kein zweites Geschäft, das an Private liefert, 3000 Zentner Bettfedern in **einem** Jahre umsetzt;
3. weil die Firma **Gustav Lustig** meist von ersten Importeuren, von ersten russischen, österreichischen und inländischen Sammlern und von Geflügel-Mästern kauft und
4. Rohwaren in **eigener Bettfedernfabrik** verarbeitet.

Ständiges Lager von ca. 750 Zentnern Bettfedern und Daunen

Metall-Bettstellen

in grosser Auswahl

Mit Zugfeder-Matratze, 190 cm lang, schon von **11 Mark** an bis zu den elegantesten

Ueber 1000 Bettstellen vorrätig.

Echt chinesische (gesetzlich geschützt)

Monopoldaunen

3—4 Pfund zum grossen Oberbett . . . . . Pfund **2.85 M.**

Grösstes Spezial-Geschäft Deutschlands

P 5941

Preisliste und Proben kostenfrei

Versand gegen Einsendung oder Umtausch gestattet

Anfarbeiten von Betten und Bettfedern

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW

Ausfall der Wahl in Niederbarnim.

Die genaueren Wahlziffern aus dem Wahlkreis Niederbarnim geben ein noch günstigeres Resultat als das von uns bereits am Sonnabend mitgeteilte. Danach entfielen auf Stadthagen (Soz.) 91 604 Stimmen gegen 57 862 im Jahre 1907. Ziethen (kons.) erhielt 20 150 (gegen 34 694 im Jahre 1907). Erdmannsdörfer (frs. Vp.) 18 576 (im Jahre 1907 war

A. Kleinere Landgemeinden.

Wahlbezirk	Es erhielten Stimmen: Stadthagen 1912	Stadthagen 1907	Ziethen 1912	Ziethen 1907	Erdmannsdörfer 1912
Arendsee	55	25	52	82	2
Ahrensfelde	56	41	96	108	11
Basdorf	44	17	44	71	8
Berg	36	14	39	81	—
Bergfelde	68	19	23	28	20
Bernöve	18	9	25	42	5
Biesdorf	345	114	80	173	99
Birkenwerder	252	212	113	206	122
Birkholz	18	11	51	46	—
Blankenburg	77	44	32	73	40
Blankenfelde	105	71	45	69	17
Blumberg	38	28	247	254	—
Börnicke	13	7	74	91	1
Bollersdorf	12	18	25	26	—
Borgsdorf	65	49	34	55	14
Bruchmühle[1])	80	—	35	—	1
Buch	311	186	158	176	24
Dahlwitz	56	35	146	198	24
Eggersdorf	111	74	79	104	7
Eiche	18	5	22	48	21
Eichhorst	52	21	36	71	—
Erkner	462	350	118	394	293
Falkenberg	49	30	51	91	14
Fredersdorf	188	121	111	124	5
Freienhagen	34	20	37	39	—
Friedrichsthal	160	107	46	105	16
Frohnau[2])	29	—	31	—	39
Germendorf	102	76	56	78	7
Glienicke	147	55	46	52	12
Hammer	89	56	84	132	18
Heiligensee	193	93	81	148	19
Heinersdorf	69	63	67	95	33
Hellersdorf	70	50	10	57	29
Hennickendorf	202	182	74	96	21
Herzfelde	514	378	104	235	45
Hönow	13	17	85	85	1
Kegel	56	43	58	93	4
Kalkberge	491	326	110	386	148
Karow	73	29	77	108	28
Kaulsdorf	402	148	70	137	135
Kienbaum	30	18	24	40	—
Kienitz	44	17	60	141	53
Klandorf	18	6	65	90	—
Klosterfelde	168	104	111	181	35
Kreuzbruch	9	2	29	41	—
Krummensee	4	7	38	43	4
Lebnitz	9	8	18	37	25
Lichtenow	67	44	29	46	1
Liebenthal	21	14	52	77	—
Lindenberg	26	18	120	147	8
Löhme	12	11	70	89	1
Lübars	15	32	24	63	4
Mahlsdorf	753	315	114	240	209
Malchow	57	28	73	107	4
Malz	88	52	42	98	6
Marienwerder	123	64	160	222	—
Marzahn	44	47	54	108	31
Mehrow	17	18	20	25	1
Mühlenbeck	221	153	73	146	59
Münchehofe	19	18	25	38	1
Nassenheide	54	34	58	98	5
Nonnendamm	268	—	2	—	113
Hohen-Neuendorf	320	159	48	257	221
Neuenhagen	298	215	90	246	112
Neuholland	2	—	57	54	—
Petershagen	235	114	83	108	2
Prenden	35	30	34	39	—
Plötzensee	34	22	138	198	2
Rahnsdorf-Gemeinde	136	69	76	121	63
Rahnsdorf-Gut	76	37	36	75	34
Rehfelde	67	16	89	124	9
Rüdersdorf	575	413	105	219	22
Rüdnitzdorf	65	39	65	90	2
Sachsenhausen	228	153	42	181	115
Schildow	77	35	47	55	9
Schlunk	1	—	43	42	—
Schmöckentenhagen	64	62	85	91	3
Groß-Schönebeck	193	179	139	238	48
Klein-Schönebeck	306	194	96	186	35
Schönerlinde	76	48	90	91	—
Schönerlinde	136	101	80	137	—
Schönfließ	34	18	76	82	5
Hohen-Schönhausen	912	453	211	291	122
Schönholz	72	58	—	18	15
Schönow	91	47	38	63	13
Schönwalde	244	168	152	209	10
Schwanebeck	15	8	78	75	—
Seeberg	17	7	25	34	1
Seefeld	21	11	84	104	1
Sophienstädt	43	33	27	45	1
Spreeau	27	19	69	71	1
Stolpe	57	45	85	57	2
Stolzenhagen	28	24	84	80	—
Summt	27	31	10	14	3
Vogelsdorf	38	25	34	48	—
Waidmannslust	401	234	66	202	168
Wandlitz	84	18	115	178	19
Wartenberg	30	18	54	72	—
Wensickendorf	56	48	85	98	—
Werder	14	8	66	74	1
Werlsee	206	155	73	158	74
Wilhelmsdorf	358	239	66	211	97
Zehlendorf	66	56	127	145	—
Zerpenick	260	98	105	131	7
Zerpenschleuse	24	4	101	141	7
Zinndorf	16	11	46	59	—
Zühlsdorf	64	41	21	30	3
A. Kleinere Landgemeinden Summe	18150	7948	7810	11879[3])	3020

[1]) Zählte 1907 zu Alt-Landsberg. [2]) 1907 noch nicht vorhanden. [3]) Unter Zurechnung der inzwischen eingemeindeten Aemter Köpenicker Forst und Alt-Landsberg.

Ziethen als Sammelkandidat aufgestellt, daneben entfielen auf einen Nationalliberalen 86). Das Zentrum erhielt 2064 (1907: 490), Polen 370 (481). Diese Zahlen werden nur wenig von den heute amtlich festzustellenden abweichen. Die Sozialdemokratie vereinigte 1907 bei 112 951 Wahlberechtigten und 94 806 Wählern 61 Proz. der Wähler und 51,2 Proz. der Wahlberechtigten auf sich. In diesem Jahr ist bei Annahme von rund 150 600 Wahlberechtigten — eine amtliche Bekanntmachung ist noch nicht erfolgt — der Prozentsatz der Sozialdemokraten auf 60,9 Proz. der Wahlberechtigten und 72 Proz. der Wähler gestiegen. Die Wahlbeteiligung (84,4 Proz. im Jahre 1907) ist wohl die gleiche in diesem Jahre.

Außerordentlich erfreulich ist das auf dem platten Land dank der unermüdlichen opferwilligen Agitation unserer Genossen gewonnene Resultat. In den kleinen Landgemeinden (mit unter 2000 Einwohnern) betrug die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen im Jahre 1907: 7948, die des bürgerlichen Sammelkandidaten 11879. Am 12. Januar wuchs die sozialdemokratische Stimmenzahl auf 18 150 an, während die Konservativen nur 7810, die Freisinnigen nur 3020 Stimmen auf sich vereinten. Die Sozialdemokratie, die auf dem platten Land im Jahre 1907 noch um 3931 hinter der auf den bürgerlichen Sammelkandidaten entfallenen Stimmen zurückblieb, hat also jetzt beide bürgerlichen Parteien um 2818 überragt.

Beistehend geben wir eine Zusammenstellung der Einzelergebnisse 1907 und 1912, soweit diese die drei Hauptkandidaten betreffen. Die Orte, in denen 20 Zentrumsstimmen und mehr abgegeben wurden, sind: Lichtenberg (407 St.), Ober-Schöneweide (290), der Berliner Stadtteil (210), Weißensee (205), Pankow (199), Rummelsburg (195), Tegel (121), Reinickendorf (105), Friedrichsfelde und Karlshorst (93), Hermsdorf (69), Friedrichshagen (35), Tasdorf (31), Kalkberge (30), Rosenthal (23), Wittenau und Hohen-Schönhausen (je 20).

B. Städte und größere Landgemeinden.

Wahlbezirk	Es erhielten Stimmen: Stadthagen 1912	Stadthagen 1907	Ziethen 1912	Ziethen 1907	Erdmannsdörfer 1912
Bernau	1305	1196	272	726	311
Alt-Landsberg	327	202	186	325	125
Lichtenberg	15094	8807	1840	3304	1503
Liebenwalde	212	97	185	390	119
Oranienburg	1302	1059	421	1073	524
Boxhag.-Rummelsburg	9706	6319	1044	2134	1349
Französisch-Buchholz	562	417	171	380	129
Friedrichsfelde und Karlshorst	2856	1742	844	1477	560
Friedrichshagen	2111	1682	491	1052	480
Hermsdorf	694	369	211	406	301
Nieder-Schönhausen	2370	1283	605	885	517
Ober-Schöneweide	4081	2682	294	696	438
Pankow	7095	3762	1958	2738	1846
Reinickendorf	6748	3382	838	1385	372
Rosenthal	958	679	231	320	122
Stralau	801	224	86	227	97
Tasdorf	620	483	119	219	83
Tegel	2792	1870	787	1116	509
Weißensee	7137	5423	1086	1743	555
Wittenau	1340	832	242	334	69
Kreis Niederbarnim	68111	40856	7810	18996	3020
Stadtkreis Berlin	10348	7004	989	1985	597
Gesamt-Summe	91604	57862	20150	34694	18576

Gerichts-Zeitung.

Verlegung einer Versammlung in den Garten.

In Motzen hielt der Genosse Groger aus Rixdorf am 25. September 1910 im Gasthof von Janiczewski eine öffentliche Versammlung ab. Wegen des starken Besuches bestand die Absicht, von der Maßgabe des § 8 des Vereinsgesetzes Gebrauch zu machen und die Versammlung in den Garten zu verlegen, welcher unmittelbar mit den Gasthofsräumen verbunden ist und auch für Restaurationszwecke tatsächlich benutzt wird. Infolge einer Rücksprache mit den Gendarmen unterblieb die Verlegung in den Garten. Groger beschwerte sich demnächst beim Landrat und dann beim Regierungspräsidenten in Potsdam, indem er geltend machte, die Gendarmen hätten gegen die Verlegung in den Garten Einspruch erhoben, was rechtswidrig gewesen sei.

Nachdem die genannten Verwaltungsinstanzen die Beschwerde verworfen hatten, klagte Groger beim Oberverwaltungsgericht. Dieses beschloß in einem früheren Termin eine Beweiserhebung. Am Sonnabend wurde die Sache von neuem verhandelt. Es handelte sich zunächst um die Vorfrage, ob überhaupt eine im Streitverfahren angreifbare polizeiliche Verfügung vorlag, also eine Anordnung der Polizei, die ein polizeiliches Gebot oder Verbot enthielt.

Die vom Oberverwaltungsgericht darüber veranstaltete Beweiserhebung hatte folgendes Ergebnis. Zwei Zeugen des Klägers bekundeten nach Darlegung der Einzelvorgänge, daß die Gendarmen für den Fall der Verlegung der Versammlung in den Garten die Auflösung angedroht hätten. — Die Gendarmen sagten dagegen aus, es habe sich mehr um eine Unterhaltung allgemeiner Art einige Zeit vor Beginn der Versammlung gehandelt, die eingeleitet worden sei durch die Frage, ob sie (die Gendarmen) auflösen würden, wenn die Versammlung in den Garten verlegt werden würde. Gendarm Streichert bekundete, er habe seine Aeußerungen darauf als inoffiziell angesehen. Er habe in unverbindlicher Art zur Antwort gegeben: „Sie haben ja Platz in der Stube, lassen Sie das man." Ueber die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der eventuell in Aussicht genommenen Verlegung der Versammlung in den Garten habe er sich nicht ausgelassen. — Und der andere Gendarm meinte, es habe sich um eine Unterhaltung harmloser Natur gehandelt.

Rechtsanwalt Dr. Behrend als Vertreter des Klägers betonte, den eidlichen positiven Aussagen der beiden bürgerlichen Zeugen müsse der Vorzug gegeben werden. Es sei sehr leicht möglich, daß die Gendarmen, die der Angelegenheit weniger Bedeutung beigelegt hätten, bei der beinahe ein Jahr späteren Vernehmung sich nicht mehr recht der Einzelheiten erinnerten. Unmittelbar nach dem Vorgange müßten sie doch wohl anderer Ansicht gewesen sein. Denn bald danach habe der Landrat im Beschwerdeentscheide unter anderem gesagt: In der Sache selbst hätte der Gendarm mit Recht die Ansicht vertreten, daß unter den obwaltenden Umständen die Verlegung in den Garten unzulässig gewesen sei.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage wegen Unzulässigkeit des Verwaltungsstreitverfahrens ab. Es führte aus: Nach den Aussagen der Gendarmen könne nicht anerkannt werden, daß in dem Gespräch mit den Gendarmen seitens dieser ein Gebot oder Verbot ausgesprochen worden sei, in dem eine polizeiliche Verfügung im Sinne des Gesetzes gesehen werden könnte. Die Klage sei somit nicht zulässig.

Aus der guten Gesellschaft.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber begann gestern die erneute Verhandlung gegen den wegen schwerer Erpressungen beschuldigten Fabrikbesitzer Philipp Groß. Der schon lange in Untersuchungshaft sitzende Angeklagte ist angeklagt, im Jahre 1908 gegen einen Rentier Felix S. einen mißglückten Erpressungsversuch unternommen, ferner im Jahre 1908 von einem Kaufmann G. eine große Summe herausgepreßt und in den Jahren 1906 bis 1909 durch eine fortgesetzte Handlung den inzwischen verstorbenen Kaufmann L. durch Gewalt und Drohungen zur Hergabe von Geldern genötigt zu haben. Die Sache ist schon einmal am 8. Dezember vor der 8. Strafkammer verhandelt worden. Die Strafkammer erklärte sich damals für unzuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht, weil sie den Angeklagten für dringend verdächtig hielt, in dem Falle des Kaufmanns G. die Erpressung durch Gewalt und unter Anwendung von Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben begangen habe. Eine aktive Rolle in dieser Affäre spielt auch die jetzige Frau des Angeklagten, frühere Alice Milpacher. Sie hatte seinerzeit in der Bayreuther Straße eine luxuriös eingerichtete Wohnung. Sie stand in intimem Verkehr mit einem verstorbenen weimarischen Prinzen, soll diesen Verkehr später zu Erpressungsversuchen ausgenutzt haben und ist deshalb zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das gegen sie in der jetzigen Anklagesache gleichfalls eröffnete Strafverfahren ist vorläufig eingestellt worden, da sie zur Abwendung ihrer Ausweisung den Angeklagten Groß geheiratet hat, im Auslande weilt und nicht festgenommen werden kann.

Es handelt sich um einen raffiniert ausgesonnenen Erpresser-Feldzug, den die Eheleute gegen mehrere reiche Leute unternommen haben sollen. Die Frau Groß soll es verstanden haben, Beziehungen mit älteren sehr wohlhabenden Männern anzuknüpfen und sie bei passender Gelegenheit in ihre eheliche Wohnung zu locken. Ihr Ehemann, der ganz „zufällig" von der „Untreue" seiner Gattin Kenntnis erhielt, erschien dann im passendsten Augenblick auf der Bildfläche, heuchelte übergroße Erregung, gebärdete sich als der schmählich betrogene Ehemann und soll dann gegen seine Opfer mit kolossalen Erpressungen vorgegangen sein. Bei dem Rentier S. ist es bei einem Versuche geblieben, da der Bedrohte sich weigerte, die Geldansprüche des Angeklagten zu erfüllen, ihn vielmehr an seinen Rechtsanwalt verwies. Sehr schlimm soll es dem verstorbenen Kaufmann L. ergangen sein, dem er nicht nur 63 000 M. bar, sondern auch für zirka 20 000 M. in Wechseln abgenommen und geradezu zur Verzweiflung getrieben haben soll. Der über 70 Jahre alte, mit gutem Humor ausgestattete Kaufmann G. hatte eines Tages den Besuch der Frau Groß-Milpacher erhalten, die mit ihm in seinem Privatkontor über eine geschäftliche Angelegenheit Rücksprache nehmen wollte. Dabei band sie dem alten Herrn seine in Unordnung geratene Krawatte mit einem so liebenswürdigen Lächeln zurecht, daß Herr G. dem hübschen Weibe etwas zu tief in die Augen blickte und deren Einladung, die Besprechung in ihrer Wohnung fortzusetzen, gern annahm. Er ist dann dort von dem „empörten Ehemann" überrascht worden. Es soll zu einer sehr stürmischen Szene gekommen sein, wobei der Angeklagte mit Gewalt gegen den alten Herrn vorgegangen sein und ihn gezwungen haben soll, einen Sichtwechsel von 15 000 M. zu unterzeichnen, der prompt am nächsten Tage eingelöst werden mußte.

Das Gericht beschloß, während der Dauer der ganzen Verhandlung die Oeffentlichkeit auszuschließen. Da die Beweiserhebung eine sehr umfangreiche werden wird, sind zwei Tage für die Verhandlung in Aussicht genommen.

Zur Irrenhausaffäre des Studenten Hagen,

die vor einigen Monaten die Oeffentlichkeit beschäftigt und zu verschiedenen gerichtlichen Schritten Veranlassung gegeben hat, ist zu melden, daß H. vor einiger Zeit aus der Privatirrenanstalt des Dr. Weiler entlassen worden ist. Durch diese Freilassung hat der Prozeß seine Erledigung gefunden. Der Student H. befindet sich zurzeit zu seiner Erholung in einem offenen Sanatorium.

Die Sittengeschichte vor Gericht.

In dem Urteil gegen den Buchhändler Adolf Gericke hat das Gericht den Angeklagten von der Anklage, durch Verbreitung des Ergänzungsbandes „Renaissance" zu der bekannten Sittengeschichte von Eduard Fuchs die Sittlichkeit verletzt zu haben, freigesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es: „In diesem Falle handelt es sich um ein streng wissenschaftliches Werk, dessen Verbreitung nur unter ganz besonderen Umständen, die hier nicht vorliegen, unter den § 184 Str.-G.-B. fallen kann."

Falscheid?

Eine Anklage wegen fahrlässigen Falscheides, die gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts III unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gockel beschäftigte, bot nicht nur wegen der beteiligten Personen, sondern auch in juristischer Beziehung ein größeres Interesse. Die Anklage richtete sich gegen den prakt. Arzt und Stabsarzt der Reserve Dr. Karl Zander in Charlottenburg, den Leiter des bekannten Zander-Saales, früher in der Potsdamer Straße. Der Angeklagte wurde beschuldigt, in der Ehescheidungssache der Frau des früheren Hofopernsängers Stammer gegen ihren Ehemann aus Fahrlässigkeit im Jahre 1910 vor dem Landgericht III einen Falscheid geleistet zu haben. Herr Stammer war im Jahre 1906 Besucher des Zander-Saales, der damals im Hause des Restaurants „Alt-Bayern" installiert war. Stammer nahm längere Zeit in dem Institut Lichtbäder und turnte daselbst. Dr. Zander stellte dann nach seiner Ueberzeugung eine Krankheitsart bei Herrn St. fest, die ihm Veranlassung gab, ihn einem anderen Arzt zur Behandlung zuzuweisen. Außer Herrn Stammer wurde auch dessen Familie im Zander-Saale behandelt und es entwickelte sich zwischen ihm und der Familie Stammer ein freundschaftlicher Verkehr, der sich soweit ausbildete, daß er sich mit Herrn Stammer duzte. Es kam dann zwischen dem Ehepaar Stammer zu Differenzen, in deren Verlauf Frau Stammer eines Tages in Banzin den Angeklagten dringend anging, ihr näheres über den Charakter der Krankheit ihres Ehemannes mitzuteilen. Dr. Zander will dies unter Hinweis auf seine ärztliche Diskretion entschieden abgelehnt und sich dadurch die Freundschaft der Frau St. verscherzt haben. Auch mit Herrn Dr. Stammer wurde der freundschaftliche Verkehr abgebrochen und ein bestimmtes Vorkommnis gab dem Dr. Zander Anlaß, Herrn St. brieflich das Betreten des Zander-Saales zu verbieten. Seit dem Jahre 1906 bis zum Jahre 1910 hat sich sodann Dr. Zander um die Familie Stammer nicht mehr bekümmert. Er wurde dann aber auf Antrag der Frau Stammer in den von dieser im Jahre 1909 angestrengten Ehescheidungsklage als Zeuge vernommen und vereidigt. Er wurde dabei über ein ganz bestimmt formuliertes Beweisthema vernommen. In der sehr stürmischen Verhandlung warf der Rechtsanwalt Dr. Halpert nebenher eine Frage in die Debatte, die er dahin beantwortete: Weder die Klägerin noch ein anderer habe von ihm über den Charakter der Krankheit des Stammer erfahren. In diesem Punkte sollte, wie behauptet wurde, der Angeklagte seine

Eidespflicht verletzt haben. Es wird behauptet, daß der Angeklagte sowohl der Frau Stammer, als auch seinem Obermasseur, ferner dem Baurat Walter und dem früheren Hofopernsänger Fritz Ernst und seinem ganzen Personal gegenüber von der Krankheit des Stammer Mitteilung gemacht habe. Der Angeklagte, der darauf hinwies, daß es sich um über **fünf Jahre zurückliegende** Dinge handelte, bestritt dies ganz entschieden und versicherte, daß es nicht seine Gewohnheit sei, über intime Sachen anders zu sprechen, als in durchaus korrekter Weise. Er sei unter keinen Umständen der Urheber der Mitteilung über Herrn Stammers Krankheit, die Leute, die mit ihm über diese Frage mit ihm gesprochen hätten, seien schon Wissende gewesen.

Nach eingehender Beweisaufnahme führte Staatsanwaltschaftsrat Dr. **Brüning** aus, daß der Angeklagte sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht habe und beantragte, da er es an der nötigen Prüfung seines Gedächtnisses habe fehlen lassen, **einen Monat Gefängnis.** — Rechtsanwalt **Grünspach** beantragte die Freisprechung des Angeklagten. Er führte aus, daß nach der Beweisaufnahme Dr. Zander bei seiner eidlichen Vernehmung zugegebenermaßen seiner protokollierten Aussage noch eine Erläuterung hätte geben wollen, damit aber von dem amtierenden Richter zurückgewiesen worden sei. Ferner fehle es an dem Nachweis der objektiven Unrichtigkeit der Aussage des Angeklagten. Zur Frage der **Fahrlässigkeit** selbst machte der Verteidiger unter anderem folgende juristisch interessante Ausführungen: Die Fahrlässigkeit liege darin, daß ein Zeuge es unterläßt, sich von einer falschen Vorstellung zu befreien. Dabei werde, wie das Reichsgericht mehrfach ausgesprochen, daran festzuhalten sein, daß durch bloße Willensanstrengung das Gedächtnis nicht dazu gebracht werden kann, richtig zu funktionieren. In dem Werk, welches auf Veranlassung des Reichsjustizamts zur Vorbereitung der Strafrechtsreform von den namhaftesten Gelehrten Deutschlands herausgegeben worden ist, wurde ausgeführt, daß selbstverständlich nicht jedermann die Kunst der Rückerinnerung besitzt. Die auf psycho-analytischem Gebiet liegende Feststellung, ob in besonderem Falle dem Zeugen diese Fähigkeit innewohne, stelle an den Richter eine Aufgabe über die Grenzen seiner Kraft. Das Reichsgericht lege daher auch zur Feststellung der Fahrlässigkeit beim Eide das Hauptgewicht auf den objektiven Sachverhalt und es nehme eine Fähigkeit zur Rekonstruktion des in der Dunkelkammer des Gedächtnisses schlummernden Erinnerungsbildes nur in den Fällen an, wo tatsächliche Anhaltspunkte und äußere Hilfsmittel dem Zeugen zur Auffrischung seines Gedächtnisses zur Verfügung standen. Die Beweisaufnahme habe aber nichts nach dieser Richtung ergeben. Die Anklage wäre sicherlich nicht erhoben worden, wenn der Angeklagte seiner Bekundung die Worte „**soweit ich mich erinnere**" hinzugesetzt hätte. Diese Einschränkung liege aber schon in der Eidesformel, wie das Reichsgericht auch mehrfach ausgesprochen habe. Der Zeuge beschwöre nicht, daß er die objektive Wahrheit, sondern daß er subjektiv **nach bestem Wissen** die Wahrheit sagen werde.

Das Gericht kam zur **Freisprechung** des Angeklagten, da die Beweisaufnahme **nicht** ergeben habe, daß die protokollierte Aussage des Angeklagten objektiv unrichtig war. Es sei nicht von der Hand zu weisen, daß nicht der Angeklagte, sondern irgendein dritter zuerst den vernommenen Belastungszeugen von der Krankheit des St. Mitteilung gemacht habe. Im übrigen schloß sich der Gerichtshof bezüglich der „Fahrlässigkeit" der von dem Verteidiger herangezogenen Ansicht des Reichsgerichts an.

Marktbericht von Berlin am 13. Januar 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. **Markthallenpreise.** (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 35,00—50,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 9,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,80—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,80—7,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Aale 1,20—2,80. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,20—2,60, Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 3,00—24,—.

Die alte Stiller-Firma

Gegr. 1867

Man beachte das nächste Sonntags-Inserat!!

Unser bevorstehender großer

Inventur-Verkauf

wird auch in diesem Jahre unerreichte Vorteile bieten. Große Restbestände zeitgemäßer Schuhwaren aller Art werden zu

ganz hervorragend billigen Preisen

zum Verkauf gestellt!

Beginn: Montag, den 22. Januar d. J.

Gegr. 1867

Man beachte das nächste Sonntags-Inserat!!

Nur noch 6 Tage!

Inventur-Verkauf

Nur noch 6 Tage!

zu **außerordentlich billigen** Preisen

ein großer Posten aus guten u. haltbaren Stoffen gefertigte

Sakko-Anzüge ▫ Ulster ▫ Paletots

in den Serienpreisen bis zu 39.00 jetzt zum Einheitspreise 18.00

in den Serienpreisen bis zu 60.00 jetzt zum Einheitspreise 28.00

Ferner ein Posten

Rockjackett-Anzüge zum Einheitspreise 36.00

Aenderungen zum Selbstkostenpreis

Für Lodenjoppen, Pelzjoppen, Gehpelze,

sind die Preise um zirka 20% ermässigt

C, Köllnischer Fischmarkt 4-5-6

Leineweber

C, Köllnischer Fischmarkt 4-5-6

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 16. Januar 1912
Anfang 7½ Uhr.

K. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Bajazzi.
K. Schauspielhaus. Der Schlagbaum.
Deutsches. Der Zorn des Achilles.
Haverland. Spezialitäten.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Von Meran zum Ortler. Hörsaal: Dr. W. Berndt: Die Ahnenreihe des Menschen.
Kammerspiele. Offiziere.
Lessing. Gudrun.
Neues Schauspielhaus. Heiligenwald.
Residenz. Ein Walzer von Chopin.
Kurfürstenoper. Das goldene Kreuz. Der Dorfbarbier.
Komische Oper. Rigoletto.
Westen. Russisches Ballett.
Lustspielhaus. Das große Geheimnis.
Berliner. Große Rosinen.
Neues Operetten. Eva.
Schiller O. Der Weg zur Hölle.
Sch[illegible]ttenburg. Der Kilometerfresser.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Bonaparte und seine Frauen.
Neues. Die kleine Freundin.
Luisen. Berlin O.
Rose. Der Kampf gegen den Kuß.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kleines. Lottchens Geburtstag. Gertz und Fanny Elßler. Hockenjos.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Das kleine Café.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Casino. Der Kampf ums Dasein.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Herrnfeld. Schmerzlose Behandlung. Das Kind der Firma.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.

Anfang 8¼ Uhr.

Folies Caprice. Mandelblüth's Polterabend.
Walhalla. Teufel, das hat eingeschlagen!
Noack. Die Bettlerin und ihr Kind.
Voigt. Das Glück des Lebens.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Leidenschaft.
Belle-Alliance. Sherlock Holmes.

Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)

Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
König Heinrich.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Wildente.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Maskerade.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße

8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Die kleine Freundin.
Louison: **Fritzi Massary.**

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:
Russisches Ballett.
Pavillon der Armida — Karneval. Scheherazade.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.
Schwank in 3 Akten von Keroul und Barré.
Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

Belle-Alliance-Theater

Gastspiel Ferd. Bonn.
Dienstag und Mittwoch 8½ Uhr:
Sherlock Holmes.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Der Kampf gegen den Kuß.
Lustspiel in 3 Akten v. M. Fleischmann.
Mittwoch: **Heimat.**
Donnerstag z. erstenmal: **Zwillinge.**

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.
Sonntagnachm. 3 Uhr: **Francillon.**

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Von Meran zum Ortler.
Hörsaal Dr. W. Berndt 8 Uhr:
Die Ahnenreihe des Menschen.
Programm der Hörsaalvorträge (u. a. Ing. Hans Grade: Flugweise und Flugtechnik) kostenlos.

Metropol-Theater.

Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von V. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr:
Die phänomenalen Spezialitäten.
9 Uhr:
Mit vollständig neuer Ausstattung
Sein Herzensjunge.
Vaudeville in 2 Akten.
Harry Walden
als Gast.

Herrnfeld Theater

Noch nie dagewesener Lacherfolg
Das Kind der Firma
mit **Anton u. Donat Herrnfeld** in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.

Passage-Theater.

Mirjam Horwitz
in ihrem Dramolet „Die Falle"
Mlle. Maroussia
The Meteors
Lina Loos
und 10 neue Attraktionen!

Passage-Panoptikum.

Bei den Feuerfressern
Lebend! Lebend!
Die wilden Essauas.
Karawane sudanesischer Heul- und Feuer-Fakirs in ihrem Originaldorfe.
Ohne Extra-Entree.

Königstadt-Kasino.

Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Bis 16. Januar täglich:
Das Paradies der Liebe.
Gesangsburleske in 2 Bildern und das überaus **reichhaltige Spezialitäten-Programm.**
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag: **Familien-Tanzkränzchen.**

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstrasse
Eis-Arena.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Kunstlaufproduktionen.
Abends die Novitäten:
Tänze auf dem Eise, Rheinländer, Russisch, Englisch, Alt-Wiener Walzer und
Die kleine Charlotte.
Der norwegische Meister
Harry Paulsen
sowie d. prächt. Eisballett
Alpenzauber.
Bis 6 Uhr u. von 10½ Uhr **halbe** Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.

Sozialdemokratischer Wahlverein des dritten Berl. Reichstags-Wahlkreises

Sonnabend den 20. Januar 1912:

21. Stiftungs-Fest

in den Gesamträumen des
Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.
210/6*

KONZERT ausgeführt von Zivilberufsmusikern — Kapellmeister Herr **Hascheck** —
unter Mitwirkung des Gesangvereins **Liberté** (M. d. D. A.-S.-B.), Chormeister Herr **P. A. Joseph**, Frau **Anna Schubert**, Konzertsängerin, — — — Frl. **Erna Hascheck**, Cellistin. **Chr. Fey**, Rezitator. — — —

GROSSER BALL. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.
Rege Beteiligung erwartet — **Der Vorstand.**

× Anfang 8½ Uhr. × × × Programm am Eingang gratis. × × × Billett 30 Pf. ×

Ober-Bayern im Sport-Palast

Potsdamerstr. 72.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Heute
Schlußtag des großen Preisschießens.
10 wertvolle Ehrenpreise.
Morgen Mittwoch:
Großes Damen-Preistanzen.
20 Ehrenpreise im Werte von über 300 M.
Täglich: **Tanz** und
alle Attraktionen im vollen Betrieb!
Oberbayerische Volkstänze und -Spiele.

Neue Welt.

Arnold Scholz. **Hasenheide 108-114.**

Heute Dienstag, den 16. Januar 1912:
Elitetag. In sämtl. Sälen: **Bockbierfest**
Prämiierung des jüngsten und des wohlbeleibtesten
Berliner Junggesellen
von 30 Jahren an. Legitimation ist mitzubringen. Die Junggesellenaussage wird auf Treu und Glauben abgenommen. — **Drei bare Geldpreise: 50, 30, 20 M.** Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
Anfang 7 Uhr. **Entree 30 Pf.**

Morgen Mittwoch: Großer Ball.
Voranzeige! Donnerstag, den 18. Januar:
Damen-Prämiierung. Präm. wird: **Der kleinste Mund**
3 bare Geldpreise: 75, 50, 25 M.
Außerdem 10 Trostpreise.
Für jeden schöngeformten Rosenmund je einer.

Die eminente Gunst des Publikums ist allein der Ansporn meines Schaffens.

Zur Aufklärung!

Einem Gesamtpublikum von Groß-Berlin sowie den verehrlichen Besuchern der „Neuen Welt" diene zur Aufklärung, daß ich mit dem in einem Artikel der Nr. 308 des „Vorwärts" vom 29. Dezember 1911 erwähnten **Baron Muckl jr.** Daniel Gloßner, Nürnberg nicht identisch oder verwandt bin, noch letzterer mein Sohn ist. Ich bin bis heute noch von keinem Gewerbegericht in ganz Deutschland verurteilt worden.

Mit hochachtungsvollem Volksgruß
Baron Muckl,
ältester Volksfestwirt und Rentier aus Nürnberg.
25035

Folies Caprice.

Täglich abends 8 Uhr:
Waffenübung.
Mandelblüths Polterabend.
Losgelassen.

Noacks Theater.

Direktion: **Robert Dill.**
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Die Bettlerin und ihr Kind.
Schauspiel in 5 Akten von Meißner.
Anfang 8½ Uhr. Bons usw. gültig.
Morgen: **Dieselbe Vorstellung.**

Zirkus Busch

Dienstag, 16. Januar, 7½ Uhr:
Große Vorstellung.
Gastsp. Gertrud Arnold
Die Hexe.
Gr. Volks-Manege-Schauspiel des Zirkus Busch in 7 Bildern.
Der Manege-Illustrationskünstler **Mr. Taft.**
Sandi-Siwel and Amals (Java). — Fräul. Martha Mohnke, Schulreiterin. Schwestern Blumenfeld, Reitkünstlerinnen. Herr Ernst Schumann, Neudressuren und das große Programm.

Sarrasani

Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Allabendlich **7½ Uhr:**
Das **echte Circus-Rekord-Programm.**
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag 3 u. 7½ Uhr:
2 Vorstellungen 2
Nachm. zahlen Kinder auf allen Plätz. halbe Preise. Vorverkauf a. d. Circuskasse und an sämtlichen Billettverkaufsstellen v. A. Wertheim.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Anfang 8 Uhr
Der größte Theatererfolg!
Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben entnommen.
Allabendlich tosender Beifall!
Sonntag nachm. 3½ Uhr: **Die Tochter des Sträflings.**

Amt III. Berliner Humor-Quartett No. [illegible]

Gg. Treuer — Kastanienallee 40

Luisen-Theater.

Dienstag 8 Uhr: **Berlin O.**
Mittwoch 8 Uhr: **Wir tanzen durchs Leben.**
Donnerstag 8 Uhr: **Wir tanzen durchs Leben.**

Zirkus A. Schumann

Dienstag, 16. Januar, 7½ Uhr:
Debut! Debut!
Bros. Webb
sowie das übrige Programm.
Um 9 Uhr Beginn des neuesten u. größten Ausstattungsstückes d. Gegenwart
Das Motorpferd
in 5 Akten.
Besonders hervorzuheben: 4. Akt: Auf d. Trabrennbahn in Weißensee.
Große Schlußapotheose mit noch nie dagewesenen Effekten. Die 100 Fuß hohe Fontaine lumin.
Ende gegen 11 Uhr.

Bunte Bühne

Kabarett und Theater.
Jeden Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Theater Alt-Berlin
Blumenstr. 10.
Anfang 8½ Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Voigt-Theater.

Dienstag, den 16. Januar 1912:
Gastspiel im **Moabiter Winter-Garten,** früher **Artushof,** Perleberger Str. 26.
Das Glück des Lebens.
Komödie in 5 Aufzügen.
Montag, 22. Januar: Benefiz für H. Bach: **Der Lumpensammler.**

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
Pantoffel-Helden.
Burleske v. Reichardt.

Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Berliner Ulk-Trio

Rixdorf-Berlin. Lahnstr. 74. I. I.

„Clou" Berliner Konzerthaus

Mauerstr. 82, Zimmerstr. 90/91.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert.
Zwei Militär-Musikkorps.
Zillerthaler und Tegernseer Sänger
Plattler und Jodler!
Anfang 4 Uhr.

Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.
Anfang 4 Uhr.

MIDGETS TOWN

Hauptstadt von Liliput
mit ihren **70** Bewohnern
Friedrichstraße 165, in den Räumen von Castans Panoptikum.
Geöffn. von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.
Entree
1 Mark.

Eisbahn Karpfenteich

Treptower Park, eröffnet.
Täglich: Großes Konzert.
ca. 40 000 Quadratmeter spiegelglatte Fläche.
Bis 10 Uhr abends beleuchtet.

Brauerei Friedrichshain

am Königstor.
Heute: Karl Heinzius-Abend. Mitwirkung erster Künstler.
Außerdem:
Münchener Bockbierfest — **Schorsch Ehrengruber** und **Weinzierl.**
Morgen Mittwoch: Elitetag. Gratisverlosung von 200 Wertgegenständen.
Größtes Bockbierfest Berlins.

Wenn nicht Ia geliefert, auf meine Kosten geg. Nachn. retour.

5 Stücke Aal in Ia fl. Gelee

Dose 40 Heringe in Milchsauce, ff. Brathering, ff. Rollmops, Kiste 40 Fettbücklinge, ff., Geleehering, ca. 30 Sprotten, ff. Rauchlachs und noch

2 ff. Rauch-Aale alles gar. frisch.

Alle 9 leckere Sorten zusam. 2.95 M.
E. Napp, Altona-Ottensen 62.

Pollmanns
Bandagen-
Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummiwaren etc.
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Total-Ausverkauf
meines seit 23 Jahren bestehenden
Eisenwarengeschäfts.
Sämtliche Waren, besonders
Werkzeuge 24305*
äußerst billig
Ww. C. Bartnick, Berlin S 59, Kottbuser Damm 8.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7, billigster Uhrenverkauf, goldene Kettenverkauf, Doublee-Kettenverkauf, 20jährige Garantie, Teppiche, Portieren, Paletots, Anzüge, Pelzstolas, Verschiedenes. 656K*

Federbetten. Stand 10,00, 15,00, 20,00, feinste Brautbetten, Wäsche, Gardinen, Decken. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. *

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rosentalerstraße 54. 817K*

Hermannplatz 6 Pfandleihhaus. Jedermanns allerbilligster Wareneinkauf. Riesenauswahl Pelzsachen, Herrenpaletots, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Herrenhosen, Damensachen. Extrabilliger Bettenverkauf, Aussteuerbetten. Vermietungsbett. Aussteuerwäsche. Bettwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Portieren. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Wanduhren. Wandbilder. Schmucksachen. Taschenuhren. Kettenauswahl. Ringeauswahl. Festgeschenke. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. †50*

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörffer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 187 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Sonntags nur von 12 bis 2 Uhr geöffnet. 1288K*

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Nur Große Frankfurterstraße 9. Flureingang. Gegründet 1874. Vorwärtslesern 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus. Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491K*

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschjacketts, Kostümen, Röcken, hochelegant, bedeutend unter Wert. Großer Posten Pelzstolas, früher bis 100 Mark, jetzt 15—40 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, nur Moritzplatz 58a. 2841K*

Teppiche, Prachtstücke mit kleinen Farbfehlern, 12,50, Portieren alle Farben 4,25, Plüschdecken 6,75, Steppdecken 4,50 Gardinen, Einzelfenster 2,50, Erbstüll-Bettdecken 4,50. Günstigste Kaufgelegenheit. Georg Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. „Vorwärts"-lesern noch 5 Prozent Extrarabatt. 880K*

Akkumulatoren-Verkauf. Akkumulatoren-Reparatur-Werkstatt und Ladestation. Elektrische Artikel. Elemente. Taschenlampen. Gasglühlichtbedarf. Installationen. Richard Rodrian N. 39, Schulzendorferstraße 3a. †80*

Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Winterpaletots, Winterjoppen, Fracks, Smokings kauft man nur bei Weingarten, Prinzenstraße 28 I, Eckhaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Gitschinerstr.

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern.

Teppiche, Farbenfehler, jetzt fabelhaft billig Riesen-Fabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall. Vorwärtslesern noch extra 10 Prozent Rabatt Sonntags geöffnet.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1,65, 2,35, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3,85, 4,50, 5,25, 6,50, 8,25, 10,50. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigst, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Fehlern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbelfabrik.

Möbelstoff-Läufer, Linoleumreste, fabelhaft billig.

Sport- und Schlafdecken 1,25, 1,40, 1,85, 2,45, 2,85 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 801K*

Privatverkauf! Entzückende Kleider, Blusen, Kostümröcke, Paletots, fertig und Maß, auffallend billig. Keine Ladenmiete. Littauer, Rosenthalerstraße 65. 272/16*

Littauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig. Skalitzerstraße 99, Warschauerstr. 67

Gardinen, Portieren, Teppiche rc., außerordentlich günstige Kaufgelegenheit Gardinenhaus Bernhard Schwartz, Wallstraße 13.

Herrschaftsbetten 13,00, zwei Prachtstand wegzugshalber Yorckstraße 17 II. †144

Geschäftsverkäufe.

Kohlengeschäft zu verkaufen. Zu erfragen „Vorwärts"-Ausgabestelle Nazarethkirchstraße 49. †80

Existenz für Tischler, Stellmacher oder Bootsbauer, Bootsbauerei wegen Krankheit billig. Pacht mit Wohnung 1000 Mark. Adressen an Karl Teich, Wilmersdorf-Berlin, Berlinerstr. 131.

Seifengeschäft, gutgehend, preiswert zu verkaufen. Gute Existenz für Anfänger. C. Ulfe, Rixdorf, Steinmetzstraße 68. 2597b

Restaurant verkauft für jeden annehmbaren Preis. Wilhelmsruh, Lindenallee 39. 2500b*

Restauration, volle Konzession, Tonnengeschäft, direkt am Bahnhof und großen Fabriken gelegen, nur an tüchtige Leute und Parteigenossen vom Wirt sofort zu verkaufen oder zu verpachten. Erforderlich 2—3000 Mark. Offerten „E. F." Postamt 4.

Restauration „Zum kleinen Gewerkschaftshaus", Engelufer 12, wegen Krankheit der Frau sofort zu verkaufen. 2507b

Milchgeschäft zu verkaufen Charlottenburg, Fritschestraße 78. †33*

Plätterei wegen Krankheit billig zu verkaufen. Miete billig. Rixdorf, Emserstraße 79. †45

Schankwirtschaft, Osten Berlins, gute Brotstelle für Parteigenossen, zu verkaufen. Näheres P. Horsch, Engelufer 15 (Gewerkschaftshaus). †141

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

60 Speisezimmer, eiche, nußbaum, mahagoni, 40 Herrenzimmer, 85 Schlafzimmer, 48 Küchen, bis 15. Februar cr. 30 Prozent billiger! Fabrik Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn! 7/4*

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, zwischen Rosenthaler Tor und Invalidenstraße. Riesen-Auswahl in Möbeln jeder Art. Billige Preise auf Kredit und gegen bar. Kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12—2 geöffnet. *

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. Kein Waren-Abzahlungsgeschäft! 2901K*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-leser 3 Prozent Rabatt. 39K*

Möbelfabrik. Verkauf Schützenstraße 73/74, an der Friedrichstraße. Billiger wie überall. Zahlungserleichterung bei niedrigsten Kassapreisen. Einrichtungen von 250,—, 350,— bis 3000,— in großer Auswahl am Lager. Bettstellen, Kleiderschränke, Vertikos, Spiegel, Sofaumbauten, Büfetts, ganz besonders preiswert. Sonntags 12—2 nur Schützenstraße 73/74. 858K*

Möbel-Inventurverkauf, bis 30 Prozent billiger, 150 hübsche Wohnzimmer, 50 Schlafzimmer, 100 Küchen, Trumeaus, Kleiderschränke, Vertikos. Möbelengroshaus Dwinatzki, Andreasstraße 30, gegenüber Markthalle. 816K*

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikos 27 Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lemmerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Die Möbel sind in vier Etagen aufgestellt. 865K*

Moebel-Boebel, Oranienstraße 58 am Moritzplatz. In meinem seit 33 Jahren bestehenden Möbelkaufhause stehen in neun Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Ein Zimmer und Küche 360,—, 422,—, modern 479,—, 2 Zimmer und Küche modern 501,—, 667,—, 721,—. Schlafzimmer, englisch 199,—, modern, echt Eiche, 304,—. Wohnzimmer, modern, 274,—, Speisezimmer 329,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 44,—. Kleiderspind, Trumeau, geschliffen 34,—, Schlafsofa 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 60,—, Teppiche. Riesenlager. Besichtigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 12—2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. 877K*

Möbelangebot. Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer Warenläger. Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, schlichteste, eleganteste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Riesenauswahl, 5 Etagen. Fabrikgebäude, Neue Königstraße 5—6, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. *

Säulenbüfett, Säulenschränke, Säulensofaumbau, Säulenschreibtisch, Paneelsofa, Säulentrumeau, Ausziehtisch, Stühle, Küchenmöbel, Ruhebett, Flurgarderobe, Schreibstuhl. Kamerling, Kastanien-Allee 56, Ecke Weinbergsweg. 2195b*

Nußbaumwirtschaft, passend für Brautleute, Stube, prächtige Küchenmöbel, Küchengeschirr, Teppich 220,00 verkauft schleunigst der Verwalter, Weinmeisterstr. 1b/2. 589K

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. *

Wohnungs-Einrichtungen riesig billig, 5 Etagen, Lager nur Chausseestraße 49. *

Moderne Küchen, entzückende Muster 52,—. Chausseestraße 49. *

Polstermöbel, eigenes Fabrikat, Chausseestraße 49. 891K*

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534K*

Konzertpiano, gebraucht, großer Ton, nur 350,—. Diverse gebrauchte Schiedmayer. Potsdamerstr. 27B, Vorderhaus.

Pianinos, neue, gebrauchte, große Auswahl, solide Arbeit, bestes Material. Kulante Bedingungen. Manthey, Potsdamerstraße 31. 8/19*

Tafelklavier billig zu verkaufen, Buttkereit, Frankfurter Allee 10.

Kaufgesuche.

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt den höchsten Preis Blumenreich, Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor (Telephon.) 763K*

Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold-, Silber, Zahngebisse, Stanniol, kauft Blümel, Auguststraße 19. †97*

Zahngebisse, Zahn bis 0,95, Platinabfälle, alte Goldsachen, Silbersachen, Stanniolpapier, Zinn, Quecksilber, Gummiabfälle, Goldwatten, Blattgold, edelmetallhaltige Rückstände, höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. 813K*

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kafka, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse. Goldsachen, Silber, Platina, Stanniol, Quecksilber, höchstzahlend. Edelschmelze, Dresdenerstraße 9 (Hochbahn). 879K

Zahngebisse. Goldsachen, Silber, Platina, Stanniol, Quecksilber, höchstzahlend. Edelschmelzerei Friedrichstraße 139 (Weidendammerbrücke). *

Zahngebisse. Zahn bis 80 Pfennig. Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 210/18*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44K*

Gratis-Unterricht erteilt die Regina-Schreibmaschinenschule in Maschineschreiben und Stenographie unter Erstattung von 5 Mark Selbstkosten für das Quartal Januar/März allen Schülern, welche sich bis zum 25. d. Mts. bei uns melden. Für ausgebildete Schüler kostenlose Stellenvermittelung. Huttenlocher u. Krogmann, G. m. b. H., Charlottenstraße 6.

Verschiedenes.

Wirkliche Hausmacherwurst. Hackepeter, Gr. Frankfurterstraße 106.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439K*

Festsäle empfiehlt Gartenstraße 6.

Kunststopferei von Frau Kolosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Fensterdichtungen. Lesser, Große Frankfurterstraße 67. 2028*

Zähne, Plomben usw., beste Ausführung, billigste Preise. Olga Jacobson, Invalidenstraße 145 II, seit 1889 bestehend. 860K*

Kunststopferei Lesser, Große Frankfurterstraße 67. 2399K*

Vereinszimmer jeder Größe Gartenstraße 6. †97*

Uebungsräume für Gesangvereine Gartenstraße 6. †97*

Handwäscherei! Wäsche wird schonend gewaschen, im Freien getrocknet. Laken, Leibwäsche, vier Handtücher, fünf Taschentücher 0,10. Abholung Donnerstags. Lehmann, Köpenick, Kaiserin-Auguste-Viktoriastraße 18. 2510b

Waschanstalt Breschke, Köpenick, Parisiusstraße 18, liefert schneeweiße, im Freien getrocknete Wäsche. 4 Handtücher 0,10. Abholung Donnerstag.

Wäsche wird schonendst gewaschen, tadellos gerollt Leibwäsche vier Handtücher, vier Taschentücher, Laken 0,10. Kein Vertauschen. Abholung, Lieferung Donnerstags. Hermann Kubasch, Köpenick, Flemmingstraße 9.

Brams, Humorist, Gesellschaft, Gleimstraße 60. 2518b*

Gefunden u. verloren

Verloren am Sonnabend Portemonnaie mit 40 Mark (Wochenlohn und Verbandsgeld) von Bahnhof Hallesches Tor bis Frankfurter Allee 165. Es wird gebeten, dasselbe bei Hermann Klenke, Frankfurter Allee 165, Hof IV, abzugeben. 2502b

Vermietungen.

Plättladen, jahrelanger Betrieb, auch für andere Zwecke, spottbillig vermietbar. Auskunft erteilt Kunze, Dortmunderstraße 9 II. 2511b*

Wohnungen.

Stube und Küche 20 Mark, zwei Stuben und Küche Vorderhaus preiswert Frankfurter Allee 165. 871K*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Mädchen Kochhannstraße 8, vorn IV Treppen links. †71

Möblierte Stube, 1. Februar, Freiligrathstraße 9, Mangler. †68

Schlafstelle, möbliert, 12 Mark, einen Herrn. Dalchau, Weißensee, Straßburgstraße 111, Ecke Gürtelstraße. Flurzimmer, 1 Treppe. †150

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Gemaßregelter Lehrer, Genosse, sucht passende Stellung in der Partei. Angebote B. 4 an Hauptexpedition des „Vorwärts". 2512b

Stellenangebote.

Maschinenschlosser, welcher an der Drehbank perfekt arbeiten kann, per sofort gesucht. A. Nagel, Maschinenfabrik, Tempelhof, Borussiastr. 52/53.

Arbeiter-Gesangverein „M. d. A. S. B." sucht sofort Dirigenten (für Klavier). Offerten mit Gehaltsansprüchen zu richten an Paul Bietz, Lichtenberg, Niederbarnimstraße 6. †

Ueberkragen-, Stickereikragen-Arbeiterinnen, auch lernen; Mamsells einfache Babyjacken, verlangt Schulstraße 103. †80

Damenwäsche-Näherin in und außerm Hause. Klein, Georgenkirchstraße 12. †55

Zeitungsfrauen sofort verlangt Potsdamerstraße 33. 7/20

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 60 Pf. die Zeile.

Die unterzeichnete Kasse sucht per 1. Februar einen 270/10
Kassenboten.
Bewerbungen mit Lebenslauf sind bis 22. Januar zu richten an **Gemeinsame Ortskrankenkasse für Groß-Lichterfelde, Chausseestr. 103.**

Achtung! Mützenmacher.
Wegen Lohndifferenzen sind die Mützenfabriken
G. A. Hoffmann, Gneisenaustraße 33,
G. A. Hoffmann, Urbanstr. 67.
Adolf Winter, Marsiliusstr. 10,
Adolf Winter, Lebuser Str. 9.
Lachmann & Pinkus, Wallstraße 11/12,
Gustav Kahlbow, Marsiliusstraße 21,
Emil Scheboler, Prenzlauer Allee 36,
gesperrt. 101/1*
Zuzug ist streng fernzuhalten!
Deutscher Kürschnerverband.
Filiale Berlin.

Achtung! Achtung!
Hutarbeiter.
Der Betrieb von **M. A. Kiemeh,** Neue Grünstraße 30, Spindlershof, ist wegen enormer Lohnreduktion und Entlassung resp. Maßregelung von fünf Kollegen bis auf weiteres gesperrt. 76/2*
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter.
Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Pianofabrik Bechstein, Grünauer Str. u. Johannisstraße für alle Branchen.
Drehrollenfabrik **Teschke,** Watzmannstr. 27.
Tischlerei **Läpolta u. Reese,** Markusstr. 18.
Stockfabrik **Boschwitz,** Brunnenstraße 181.
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte Schmargendorf, Binger Str. 83.
Schirmgeschäfte **E. Lichtenstein,** Neue Friedrichstr. 38/40, Leipziger Str. 78, Müllerstraße 3a, Rosenthalerstr. 10, Schönhauser Allee 101, Kottbuser Damm 3, Wilmersdorfer Straße 57, Berliner Straße 4 in Tegel. **Zaduch,** Dresdener Str. 39. **Stenger,** Oranienstraße. **Kohn,** Turmstraße 37.
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Deutscher Buchbinderverband.
Zahlstelle Berlin.
Wegen Differenzen sind die Betriebe von
Gebr. Stegemann, Kurfürstenstraße 31—32,
Papier-Architektur-Modelle,
gesperrt. 23/1*
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Heute, Dienstagabend, ist in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11, ein Wiener Walzerabend veranstaltet. Johann Strauß aus Wien konzertiert mit seiner vollständigen Kapelle, 42 Künstler. Nachdem Tanz ohne Nachzahlung. Billetts a 20 Pf. sind noch an den bekannten Stellen zu haben. Anfang 8 Uhr.

Wahlverein Charlottenburg. Heute, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus. Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Treptow-Baumschulenweg. Heute abend 8½ Uhr: Mitgliederversammlungen in den Lokalen „Sport-Restaurant", Elsenstr. 115/16, und „Serpentins Festsäle", Baumschulenstr. 78. Tagesordnung: Rückblick auf die Reichstagswahlen, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Adlershof. Heute Dienstag von 7½ Uhr abends ab: Flugblattverbreitung. Ausgabe im Jugendheim, Bismarckstr. 11.

Friedrichsfelde. Heute Dienstag, abends von 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Tegel. Heute Dienstag, abends 8½ Uhr: Generalversammlung bei Klippenstein, Spandauer Straße. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Stramme Kälte.

Der Schnee, in Feld und Wald krustenartig zusammengeschrumpft, knirscht unter jedem Tritt. Die Zweige, bizarr mit Raureif überladen, knacken wie von Menschenhand. Starr liegt die glitzernde Fläche des Waldsees, blank wie ein Spiegel. Nur hier und da warnen den Schlittschuhläufer geschichtete Eisblöcke oder Strohwische auf langen Stangen vor Fischlumen und warmen Quellen. Scheue Waldtiere verlassen den sicheren Unterschlupf, wagen sich heißhungrig dicht bis an bewohnte Stätten. Ein Vöglein, mit seltsam gesträubtem Gefieder, hockt unbeweglich auf einem Ast . . . steif, angefroren. Die Natur ist erstorben, fordert in unendlich vielen Tausenden ihre winterlichen Opfer.

Zwischen den schützenden Großstadthäusern pfeift der eisige Januarwind etwas weniger fühlbar. Einen Unterschied von fünf bis acht Grad Celsius weist das Thermometer. Schnee liegt in schmalen Streifen nur noch an Dachrinnen, auf Balkonrändern, in den Parkanlagen. Die Straßen sind unter den fleißigen Händen Tausender von Arbeitslosen blitzsauber gekehrt. Berlin hat von früheren Schneemiseren entschieden gelernt. An den Fensterscheiben hat der Frost seine wunderlichen Eisblumen gemalt. Wo sie am dicksten, am ausdauerndsten sind, wohnt die Not. Frost und Hunger reichen sich nun brüderlich die Hand. Nie zeigt sich der Kontrast sozialer Verhältnisse schärfer: wohlgenährte Körper in molligen Pelzen, schlotternde Knochen in steifgefrorenen Lumpen. Asyle und Wärmehallen werden gestürmt. Viele ohne Geld und Obdach, mit einem halbwegs anständigen Rock, suchen stundenlang Zuflucht in den durchwärmten Museen. Mancher, der auf der Linie abwärts noch immer zu stolz war zum Betteln, wird durch die Kälte getrieben, an fremde Türen zu klopfen. Tantalusqualen sind es für alle, denen das Elend noch nicht den Charakter verstumpfte. Und nicht gar selten meldet, wenn die Quecksilbersäule immer tiefer sinkt, in mitleidloser Kürze der Polizeibericht: „Ein Obdachloser erfroren." Verdorben . . . gestorben!

Stramme Kälte hemmt Krankheiten, fördert den winterlichen Leibessport, stählt den Körper. Das ist neben Steigerung grausiger Not der Vorteil. Wer warme Kleidung, einen satten Magen hat, soll sich vor der Kälte nicht allzusehr im warmen Zimmer verkriechen. Längere Spaziergänge in der schneeigen, eiserstarrten Winterpracht, die innerhalb der Großstadtmauern kaum zur Geltung kommt, sind von wunderbarer belebender Wirkung auf Körper und Geist, die besten Heilmittel für das moderne Heer der Neurastheniker. Der tüchtigste Schnupfen schwindet eher in der frischen Winterluft als am warmen Ofen.

Die Freunde des Eis- und Rodelsports, die schon verzagen wollten, sind noch auf ihre Rechnung gekommen. Das Eis auf Flüssen und Seen ist überall so stark, das es selbst einen plötzlichen Temperatursturz, der aber vorläufig nicht in Aussicht steht, wochenlang überdauern kann. Die Sportfreude, der sich in diesem Winter infolge besserer städtischer Fürsorge, besonders auf der Weberwiese und im Schillerpark, auch die ärmere Berliner Bevölkerung mit Lust und Liebe hingeben darf, versöhnt auf den Augenblick etwas mit den Schattenbildern des winterlichen Großstadtlebens.

Jagow und die Stadtverordnetenversammlung.

Mit den Schießerlassen des Herrn v. Jagow an die Schutzmannschaft hat sich am Donnerstag wiederum die Stadtverordnetenversammlung zu befassen. Wir haben schon mitgeteilt, daß der mit Beratung der Angelegenheit eingesetzte Ausschuß zu dem Ergebnis gekommen ist, nachdrücklichste Verwahrung gegen die Jagow-Erlasse und vor allem gegen die Ansicht Jagows einzulegen, die der Stadtverordnetenversammlung das Recht abspricht, sich um polizeiliche Dinge zu bekümmern. Die Jagowsche Ansicht ist in Schreiben an den Magistrat niedergelegt, die wir inhaltlich schon mitgeteilt haben, die wir aber heute in ihrem Wortlaut wiedergeben wollen. Sie lauten:

Geheim!

Dem Magistrat stelle ich auf das gefällige Ersuchen vom 6. d. Mts. gern den Wortlaut meiner Verfügungen über Waffengebrauch vom 20. Juni 1911 und 5. August 1911 in anliegenden Abdrücken ergebenst zur Verfügung. Zum Verständnis füge ich Abschrift des § 8 der Allgemeinen Dienstvorschrift vom 30. Mai 1902 bei.

Mein grundsätzlicher Standpunkt allerdings geht dahin, daß die Stadtverordnetenversammlung, wenn sie sich mit dieser Sache befaßt, die ihr im § 35 der Städteordnung gezogene Zuständigkeitsgrenze überschreitet. Denn Waffengebrauch der königlichen Schutzmannschaft ist keine „Gemeindeangelegenheit, sondern eine rein staatliche Dienstangelegenheit. Jeder städtische Polizeiverwalter verbittet sich grundsätzlich jedwede Einmischung der Stadtverordnetenversammlung in seine polizeiliche Tätigkeit. Kein Provinziallandtag, kein Kreistag wird sich zu einer Diskussion über eine Gendamerieinstruktion für zuständig erachten.

Auch ist für die Stadtverordnetenversammlung ja gar keine Vertretung der angegriffenen Staatsbehörde vorgesehen, ein Umstand, den ich als ferneren Beweis dafür ansehe, daß eine Auslegung wie die Stadtverordnetenversammlung dem § 35 gibt, dem Gesetzgeber fern lag.

Nur das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten sind zuständig.

Da ich jedoch eine Erörterung in der Stadtverordnetenversammlung meinerseits nicht hindern, aber auch nicht daran teilnehmen kann, ist mir erwünscht, daß die Stadtverordnetenversammlung von meiner Auffassung Kenntnis erhalte. Diese geht dahin, daß nur durch schärfstes Eingreifen der Schutzmannschaft die Dreimillionenstadt Groß-Berlin vor Apachenzuständen bewahrt werden kann. Der Verbrecher, welcher die Hand gegen fremdes Leben hebt, setzt sein Leben selbst aufs Spiel. Für das Leben des Bürgers wie des Schutzmanns trage ich Verantwortung. Nur ein Beispiel: Bei dem durch die Zeitungen ja hinlänglich bekannt gewordenen Renkontre am 10. Juni d. J. in dem Borchardschen Lokale in der Friedrichstraße 114 konnte durch Gebrauch der Schußwaffe im Sinne meiner angegriffenen Verfügungen das Leben des Schutzmanns Lucht gerettet, der Kellner Katzur vor schwerer Verletzung bewahrt werden.

Die gesamte Einwohnerschaft Berlins schuldet der Berliner Schutzmannschaft für einen Dienst, wie er nur in einigen Industrieorten und Grenzstationen gleiche Opfer fordert, größten Dank. Auch aus der Stadtverordnetenversammlung möge an die unsozialen Teile der Bevölkerung die Mahnung ergehen, daß, wer bei polizeilicher Festnahme eines Verbrechers diesem beispringt, selbst zum Verbrecher wird.

gez. Jagow.

Diesem Schreiben hat der Polizeipräsident den Wortlaut einiger, zum Teil schon bekannter Verfügungen folgen lassen:

§ 8. Waffengebrauch.

1. Die Beamten der Schutzmannschaft sind ohne ausdrücklichen Befehl ihrer Vorgesetzten befugt, von den ihnen anvertrauten Waffen Gebrauch zu machen:
   a) wenn Gewalt oder Tätlichkeit gegen sie selbst, während sie sich in Ausübung ihres Dienstes befinden, verübt wird,
   b) wenn auf strafbarer Tat betroffene Personen ihrer Aufforderung, ihnen zu folgen, nicht ohne tätlichen Widerstand Folge leisten und vielmehr die Beschlagnahme mitgeführter Gegenstände oder ihrer persönlichen Verhaftung mit offener Gewalt oder mit gefährlichen Drohungen sich widersetzen,
   c) wenn sie auf andere Art den ihnen angewiesenen Posten nicht behaupten oder die ihnen anvertrauten Personen nicht beschützen können.

2. Es liegt ihnen jedoch auch in diesen Fällen ob, die Waffen mit möglichster Schonung, namentlich des Lebens, und nur dann zu gebrauchen, wenn alle anderen Mittel fruchtlos angewendet sind, und der Widerstand nicht anders als mit bewaffneter Hand überwunden werden kann.

Bei Anwendung der Waffe darf der Beamte absichtlich keine schwereren Verletzungen verursachen, als es für den zu erreichenden Zweck unumgänglich notwendig ist. Er darf sich der gefährlichen Schußwaffe nur dann bedienen, wenn nach seiner pflichtmäßigen Ueberzeugung die von ihm geführte mindergefährliche Hiebwaffe nicht genügt.

Eine Gefährdung unbeteiligter Personen ist unbedingt zu vermeiden. Der Gebrauch der Waffe als Züchtigungsmittel ist nicht statthaft."

Echter Polizeigeist spricht aus dem Jagowschen Schreiben. Herr v. Jagow schnauzt auch die Stadtverordneten an, die sich erlauben, mit polizeilichen Dingen sich zu beschäftigen. Er verbittet sich, in seine Geschäfte hineinzureden und macht der Stadtverordnetenversammlung Vorhaltungen über ihre Rechte. Mit vollem Recht hat der Ausschuß deshalb vorgeschlagen, gegen die Jagowschen Darlegungen entschieden Verwahrung einzulegen.

Aus der Elendsstatistik. Gestern wurden nicht weniger als 5700 Personen allein im städtischen nächtlichen Obdach aufgenommen. Noch niemals ist eine gleich große Zahl vorhanden gewesen. Mit der Zahl der Obdachlosen wächst natürlich auch die Zahl der Kranken, d. h. der Personen, die den städtischen Krankenanstalten, den Irrenanstalten usw. überwiesen werden müssen. Diese Zahlen werfen ein krasses Schlaglicht auf unsere gesellschaftlichen Zustände.

Die Eheschließungen hatten in Berlin nach der auffällig starken Minderung, die in den Jahren 1908 und 1909 eingetreten war, in 1910 wieder eine Mehrung gehabt. Diese Wendung zum Besseren hat in dem eben abgelaufenen Jahre 1911 angedauert, aber bisher ist die Aufwärtsbewegung noch sehr langsam geblieben. Selbst in 1911 ist noch nicht wieder diejenige Anzahl Eheschließungen erreicht worden, die im Jahre 1907 sich ergeben hatte. Ehen wurden geschlossen in den Jahren 1906 und 1907 noch 23 245 und 23 313, in 1908 und 1909 nur 21 799 und 21 209, sodann in 1910 wieder 21 848 — und jetzt hat das Jahr 1911 22 672 Eheschließungen gebracht. In 1911 wurden 824 Ehen mehr als in 1910, doch immer noch 641 Ehen weniger als in 1907 geschlossen. Die durchschnittliche Einwohnerzahl Berlins war in 1907 etwas höher als in den Jahren 1908 und 1909, die einen Bevölkerungsrückgang gebracht hatten, höher auch als noch in 1910, wo zum ersten Male wieder ein Bevölkerungszuwachs herauskam. Dagegen dürfte die durchschnittliche Einwohnerzahl aus 1911 ungefähr derjenigen aus 1907 gleichkommen. Wenn dessenungeachtet die Zahl der Eheschließungen in 1911 noch unter derjenigen von 1907 blieb, so kann man nur sehr bedingungsweise von einer Steigerung der Heiratslust sprechen. Der Arbeitsmarkt hat sich in den letzten beiden Jahren etwas gebessert, dafür ist aber die durch die Zoll- und Steuerpolitik herbeigeführte Teuerung immer fühlbarer geworden. Wenn sonst nach Perioden allgemeinen Beschäftigungsmangels auf jede wieder beginnende Besserung des Arbeitsmarktes sehr bald eine sehr deutliche Steigerung der Heiratslust folgte, so ist diesmal von einer solchen Wirkung noch nicht allzuviel zu spüren.

Wahlscherze

werden uns aus unserem Leserkreise vielfach mitgeteilt. So ernst eine Wahl an sich ist, so wollen wir einige heitere Vorkommnisse bei der Wahl doch wiedergeben. Ein Genosse, der als Listenführer das Wahlgeschäft verfolgte, schreibt uns:

„Ein Wähler kommt mit dröhnendem Schritt aus der Wahlzelle heraus — 2 Schritt Distanz vom Wahltisch — und blitzschnell hat er das Kuvert mit Stimmzettel in die Wahlurne versenkt. Verdutzt schrecken die Beisitzer auf. „Ja, drinn is er", ruft der Wähler. Zum Glück steht der Mann in der Wählerliste. „Ja, warum hält er nicht die Hand druff, das kostet eine Lage", meint der joviale Mann und verläßt das Wahllokal.

Ein anderer Wähler kommt nicht aus der Wahlzelle heraus. Auf einmal ertönt es in tiefem Baß aus der Zelle: „Ick wähle Nr. 380, Ihr wollt ja immer de Nummer wissen, ach nee, Nr. 580." Der Mann wird unter lautem Gelächter nach längerem Zureden vorgeholt.

Am Wahltisch tobt er sich erst aus, daß er, der er ein Herr Inspektor sei, in der Wählerliste als Bauarbeiter verzeichnet steht, was ja längst nicht mehr zutrifft.

Achselzuckend versprach man ihm, ihn bei nächster Gelegenheit besser zu berücksichtigen.

Wiederholt kam es vor, daß Wähler Kuvert und Stimmzettel in die Wahlzelle legten und damit die Stimmabgabe für erledigt hielten. Als einem Arbeiter das zuerst passierte, machte der Vorsitzende des Wahlvorstandes die Bemerkung, unsere Wähler nicht genügend informiert zu haben; bald darauf aber genügten ein Schutzmann und sogar ein Kgl. Rechnungsrat a. D. in ähnlicher Weise ihrer Wahlpflicht.

Es kam auch vor, daß Wähler den Stimmzettel aus der Wahlzelle auf den Wahltisch warfen, während andere die geheime Wahl dadurch illusorisch machten, indem sie ihre genaue Adresse auf dem Stimmzettel angaben und somit ihre Stimmen ungültig machten."

In Charlottenburg, Wahlbezirk 79 (Wilmersdorfer Straße Ecke Gerwinusstraße), verlas der Wahlvorsteher einen Stimmzettel mit der Aufschrift: „Ich wähle den Kronprinzen, damit er ungestört in den Reichstag gehen kann — ohne Vatern zu fragen".

In einem Wahllokal des Kreises Niederbarnim wurden zwei Stimmzettel abgegeben, von denen der eine den Vermerk trug:

Stadthagen sowie Liethen
Sind alle beide Nieten.
Mir ist auch gänzlich schnuppe
Die ganze Reichstagspuppe.

Der Zettel des anderen Wählers, seines Zeichens anscheinend ein ehrsamer Hausbesitzer, wies den charakteristischen Satz auf: „Ich wähle keinen; blau ist für neue Steuern, rot zahlt keine Miete!" —

Aus Ober-Schöneweide wird uns geschrieben:

Daß die anstrengende, ernste Wahlarbeit nicht der belustigenden Komik entbehre, dafür hat in wirkungsvoller Weise der Gemeindeschullehrer Weigel von hier gesorgt, der es fertig brachte, im Kreise Niederbarnim unter der Firma: „Schriftsteller Fedor aus Berlin" für den konservativen Kandidaten zu werben. Er hat sich gewiß nicht träumen lassen, daß seine Entlarvung so bald erfolgte und braucht nun für den Spott wahrhaftig nicht zu sorgen, der sich bereits so viel Raum verschaffte, daß ein hiesiger findiger Geschäftsmann Reklame macht für feinste „Fedor-Margarine".

Ein Volksschullehrer hätte auch wirklich besseres zu tun, als sich seinen ärgsten Feinden zu prostituieren.

Die zerstörte Rodelbahn. Große Enttäuschung erfuhren zahlreiche Rodler, die am Sonnabend die Rodelbahn am Viktoriapark benutzen wollten. Sie fanden die Bahn zerstört durch Sand- und Salzstreuen. Man wußte nicht recht, wen man dafür verantwortlich machen sollte. Hat der Magistrat diese Maßnahme angeordnet oder liegt von privater Seite ein unverantwortlicher Streich vor? Das waren die Fragen, die vielfach erörtert wurden aber nicht gelöst werden konnten.

Eine schöne Eisbahn hat jetzt der Schillerpark aufzuweisen, da die 16 Morgen große Spielwiese hierzu hergerichtet ist. Unsere Schuljugend hat da freie Bahn und sie kann sich hier ungehindert dem gesunden Eissport hingeben. Auch die Weberwiese wird jetzt reichlich benutzt.

Feuerwehrleute als Rohrleger. Uns wird berichtet, daß im Hause Elbinger Str. 69 zwei Feuerwehrleute von dem Hausbesitzer Fritsche mit dem Legen von Gasleitung nach dem Seitenflügel und Quergebäude beschäftigt werden. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß die Feuerwehrleute zu solchen gewerblichen Diensten nicht herangezogen werden dürfen, zumal sie dadurch den gewerblichen Arbeitern Konkurrenz machen. Unsere Hinweise haben auch dazu geführt, daß der Branddirektor ein allgemeines Verbot erlassen hat, wonach Feuerwehrleute solche gewerblichen Arbeiten nicht leisten dürfen. Es ist also anzunehmen, daß im vorliegenden Falle gegen den Erlaß des Branddirektors verstoßen worden ist und es ist nötig, festzustellen, wen die Schuld an diesem Verstoß zuzuschreiben ist. Es gibt wirklich genug steuerzahlende Bürger, die gegen entsprechende Bezahlung die Arbeit gern leisten werden.

Der geflüchtete Rechtsanwalt Dr. Hailliant hat die fein ausgeklügelte Flucht nicht ohne den Besitz größerer Geldsummen angetreten. Es ist richtig, daß er noch kurz vor der Flucht krampfhafte Versuche machte, Geld aufzutreiben, das aber zur Auffüllung angegriffener Depots dienen sollte. Da diese Absicht nicht gelang und somit die Entdeckung der Unterschlagungen unvermeidlich war, hat er sicher noch recht beträchtliche Teile der Depots mitgenommen. Durch die seitens der Kriminalpolizei beschlagnahmten Akten sowie durch Briefe, die bei der Haussuchung gefunden wurden, ist ferner bekannt geworden, daß Dr. Hailliant auch mit der Aktiengesellschaft Rütgerswerke, welche hauptsächlich die Imprägnierung von Eisenbahnschwellen für den Staat besorgt, wegen Zahlung einer großen Barentschädigung an einen seiner Klienten noch wenige Wochen vor der Flucht verhandelt hat. Es steht aktenmäßig fest, daß die Rütgerswerke bereits vor zwei Jahren, um einer unangenehmen Veröffentlichung über ihre Betriebsverhältnisse, von denen allerlei gemunkelt wird, ein Schweigegeld von 10 000 Mk. gezahlt haben. Neuerdings war eine noch viel höhere Summe gefordert worden, doch hat die Gesellschaft die Zahlung bisher verweigert. Wäre wirklich Zahlung erfolgt, so hätte wohl der Klient das Nachsehen gehabt. Dr. Hailliant hat ein für seinen Stand ziemlich bescheidenes Leben geführt, doch sind ihm offenbar unglückliche Spekulationen, in denen er sich von jeher neben seiner Anwaltspraxis gern betätigte, über den Kopf gewachsen.

Ueber den Doppelselbstmord eines Ehepaares wird uns aus der Exerzierstraße berichtet. Dort wohnten im Hause Nr. 4 seit längerer Zeit der 60 Jahre alte Kutscher Karl Pantoleit und seine Ehefrau Johanna geborene Ziesenhenne mit zwei Pflegekindern, einem neun Jahre alten Mädchen Erna und einem fünfjährigen Knaben Richard. Die Leute hatten im ersten Stock des Quergebäudes eine kleine Wohnung von Stube, Kammer und Küche. Gestern morgen erwachte die neun Jahre alte Pflegetochter Erna kurz nach 8 Uhr. Sie wunderte sich, daß sie nicht wie sonst rechtzeitig geweckt worden war, um zur Schule gehen zu können. Sie stand deshalb auf und sah sich nach ihren Pflegeeltern um. In der Stube fand sie nun die Pflegemutter angekleidet auf dem Bette liegen, während ihr Pflegevater in der Küche tot auf dem Fußboden lag. Sie rief nun zum Fenster hinaus: „Hilfe, Hilfe, meine arme Mama, mein armer Papa!" Auf diese Rufe eilten der Hauswirt und andere Bewohner herbei, die dann sofort einen Arzt benachrichtigten. Dieser konnte aber nur noch den Tod beider Eheleute feststellen. Die Frau hatte sich, wie eine Flasche, die auf der Kommode stand, zeigte, mit Lysol vergiftet, während der Mann sich mit Leuchtgas vergiftet hatte. Offenbar hat er aber vorher auch Lysol getrunken. Erst als die tödliche Wirkung des Giftes ausblieb, hat er dann wahrscheinlich in der Küche den Hahn der Gasampel und der Kochmaschine geöffnet und so seinen Tod gefunden. Der Grund zu dem Selbstmord ist in schweren Schicksalsschlägen zu suchen. Die Leute hatten sich früher einige Hundert Mark gespart, die sie dann verloren, als sie einen Grünkramladen aufmachten. Nach 1½ Jahren mußten sie diesen mit einem Verlust von 1500 M. wieder schließen. Der Mann ging dann wieder seiner Beschäftigung als Kutscher nach. Hierbei hatte er das Unglück, von einem Wagen zu fallen und überfahren zu werden. Die Quetschung eines Beines verursachte ihm öfters große Schmerzen. Besonders in den letzten 14 Tagen hatte er sehr darunter zu leiden. Zweifellos haben die Eheleute aus diesem Grunde den Entschluß gefaßt, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Der Kinder nahm sich ein Bruder der Frau Pantoleit an.

„Berliner Automobil-Vertriebsgesellschaft m. b. H." nannte sich ein Schwindelunternehmen, mit dem sich schon seit einiger Zeit die Schöneberger Kriminalpolizei beschäftigte. Am Sonnabend wurde einer ihrer „Direktoren", ein 22 Jahre alter Ernst Leipziger verhaftet und der Staatsanwaltschaft II vorgeführt. Das Unternehmen bestand seit Mai 1910. Seine Geschäftsräume waren zwei Zimmer im Seitenflügel des Hauses Babelsberger Str. 42 zu Wilmersdorf und eine Garage am zweiten Hofe dieses Grundstücks. An der Spitze

standen die „Direktoren“ Leipziger und Richard Reichmann, ebenso alt wie Leipziger. Das Personal bestand aus einem Schlossermeister, drei jungen Burschen und drei Kontormädchen. Zur Verwunderung der Angestellten wurde die Einrichtung nicht weniger als dreimal erneuert. Wie das kam, wußten aber nur die „Direktoren“. Sie blieben die Ratenzahlungen schuldig und deshalb holten die Verkäufer jedesmal alles wieder ab.

Die Gesellschaft war von vornherein auf Schwindelei gegründet. Die Inhaber und Direktoren waren Generalvertreter der Exzelsior-, Masuett- und Brasier-Automobilwerke, vertraten aber alle drei in einer Weise, daß sie ihre Werke sowohl wie ihre Abnehmer hineinlegten. Dieses waren besonders Chauffeure, die sich selbständig machen wollten. Ihnen paßten die kleinen Ratenzahlungen, durch die die Generalvertreter Kunden anlockten. Die Käufer mußten 200 bis 500 M. anzahlen und sollten darauf hin den Wagen bald bekommen. Darauf aber warteten sie stets vergeblich. Denn die Gesellschaft schickte zwar den angezahlten Betrag an das Werk, und erhielt auch den Wagen dafür, versetzte ihn aber sofort von der Bahn aus und steckte den bedeutenden Mehrerlös in die Tasche. Die Abnehmer wurden dann zunächst mit Briefen und Telegrammen hingehalten, drohten sie aber mit Strafanzeige, so zahlten die „Direktoren“ aus ihrem „Verdienst“ die kleine Anzahlung schließlich zurück. Endlich aber griff die Kriminalpolizei zu und machte der Schwindelei ein Ende.

Beim Schlittschuhlaufen ertrunken ist am Sonntagnachmittag der Mechanikergehilfe Hinrichsen. H. huldigte mit noch zwei Jugendfreunden, den Mechanikerlehrlingen Becker und Hennig, dem Eissport. Nachdem alle drei bis Spandau gelaufen waren, wollten sie nach Heiligensee. Zwischen Wilhelmsruh und Leuchtturm befindet sich eine Ueberfetzstelle, in die bereits am Sonntagvormittag ein Herr gefallen und darin ertrunken war. Da an der mit einer dünnen Eisdecke versehenen Fahrrinne nichts weiter als etwas Asche gestreut war, konnte die für Eisläufer gefährliche Stelle leicht übersehen werden. Auch die drei jungen Leute merkten die nur schwach befrorene Rinne erst als sie dicht herangekommen waren, so daß sie durch die dünne Eisdecke in den Fluten versanken. Während es gelang, Becker und Hennig nach langen Bemühungen zu retten, verschwand Hinrichsen unter der Eisdecke und ertrank. Becker konnte erst nach mehreren Stunden wieder ins Bewußtsein zurückgerufen werden. Erwähnt sei, daß bei Rettungswerk der drei Verunglückten noch drei Personen in den See fielen, die jedoch bald gerettet werden konnten. Wie man uns mitteilt, war der See am Sonntag von der Behörde noch nicht freigegeben. Vielleicht wäre das Unglück abgewendet worden, wenn jene gefährliche Ueberfahrtstelle durch auf größere Entfernung bemerkbare Zeichen kenntlich gemacht worden wäre.

Einen schrecklichen Tod fand gestern vormittag die 58 Jahre alte Frau Amalie des Schneidermeisters Steinborn aus der Pappelallee 9. Als die Frau gegen 11 Uhr vor ihrem Hause den Damm überschreiten wollte, um noch schnell eine kleine Besorgung zu machen, kam von der Schönhauser Allee her ein Schlächterwagen angefahren. Sie lief rasch an diesem vorbei, übersah aber einen aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Schneewagen; sie kam vor die Hufe der Pferde zu liegen und erhielt einen Tritt gegen den Kopf. Dann gingen noch ein Vorder- und Hinterrad des schweren Wagens über die Unglückliche hinweg, so daß sie auf der Stelle verschied. Man brachte sie zuerst nach einem Geschäft in der Nähe und von dort, nachdem ein Arzt den Tod festgestellt hatte, nach dem Schauhause.

Erfroren aufgefunden wurde am Sonnabendabend um 7 Uhr auf dem Bürgersteige der stillen Ueckermünder Straße ein unbekannter Mann in den zwanziger Jahren. Ein Schutzmann brachte den Erstarrten nach der Hilfswache in der Gaudystraße. Dort gelang es, ihn ins Leben zurückzurufen, er ist aber noch so schwach, daß er seinen Namen nicht angeben kann. Der Mann liegt im Virchow-Krankenhaus. Ausweispapiere wurden in seiner Kleidung nicht gefunden. Seinem Aeußern nach gehört er dem Arbeiterstande an.

Durch einen Sturz vom Wagen tödlich verunglückt ist am Sonnabendabend $6^1/_4$ Uhr der 35 Jahre alte Kutscher Georg Klare aus der Soldiner Straße 109. Klare fiel vor dem Hause Pankstraße 22 so unglücklich vom Wagen, daß er bewußtlos liegen blieb. Ein Schutzmann brachte ihn mit einer Droschke nach der Hilfswache in der Lindower Straße. Hier konnte der Arzt aber nur noch feststellen, daß er gestorben war. Er hatte einen Schädelbruch erlitten. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Zirkus Busch. In die Zeit finstersten Mittelalters, des Glaubensfanatismus und religiösen Irrwahns, der Hexenprozesse und Scheiterhaufen, führt uns ein Manegedrama, das am Sonnabend im Zirkus Busch mit einem durchschlagenden Erfolg zur erstmaligen Aufführung gelangte. In dem Stück, das sich „Die Hexe“ benennt, ist zirzensische Kunst mit Bühnendarstellung recht geschickt vereinigt, ziehen kulturhistorische Bilder in buntester Farbenpracht und fesselnde Szenerien, unter Anwendung größter Massenaufgebote an uns vorüber. Die Handlung selbst verkörpert das Genre der früher viel gelesenen und beliebten romantischen Ritter- und Burggeschichten mit viel Sentimentalität und Rührseligkeit, mit Menschen, die teils beängstigend edelmütig und gutherzig sind, teils von Schlechtigkeit und Niedertracht triefen. Die Handlung, die auf der Theaterbühne kaum Aussicht hätte, Anklang zu finden, wächst im Rahmen der Zirkuskunst der Farben- und Lichteffekte und grandiosen Massenentfaltung zu einem zweifellos packenden und wirksamen Gemälde heran, was auch das Publikum durch vielfache Hervorrufe und tosende Beifallsausbrüche anerkannte, zumal sehr flott gespielt wurde und die Hauptdarstellerin, Fr. Gertrud Arnhold a. G. als Barbelina ergreifende und leidenschaftliche Töne fand und der Titelheldin einen lebenswahren Zug verlieh.

Gefunden. In den Versammlungen des 6. Wahlkreises am Freitag, den 12. Januar sind in der Brauerei Königstadt eine Brille und ein Portemonnaies, und in den Germania-Festsälen acht Zeugnisse, lautend auf den Namen Gerhard Menzel, gefunden worden. Die Gegenstände können von den Eigentümern im Bureau des Wahlvereins, Neue Hochstr. 23 in Empfang genommen werden.

In der Versammlung im 1. Kreise am Donnerstag, den 11. Januar in Dräsels Festsälen, Neue Friedrichstr. 35 ist ein Pelzkragen gefunden worden. Derselbe ist abzuholen bei Bolzmann, Mittenwalder Str. 39, vorn 4 Treppen.

Vorort-Nachrichten.

Nehmt Einsicht in die Gemeindewählerlisten,

die seit gestern, dem 15., bis zum 30. Januar zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen. Die Listen liegen außer in den in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ veröffentlichten Orten aus für

Lankwitz: Im Rathause, Zimmer 24. Die Genossen werden ersucht, sich bei den Bezirksführern sowie bei Gastwirt Schulz, Mühlenstraße, Gastwirt Schulz, Kurfürstenstraße und Frau Dehnst, Zigarrengeschäft, Seydlitzstraße, zur Einsichtnahme eintragen zu lassen. Von Sonntag, den 24. Januar ab, liegt die Liste der dritten Klasse bei Frau Dehnst, Seydlitzstraße, aus.

Adlersdorf. Die Listen liegen auch an den Sonntagen am 21. und 28. Januar in der Zeit von vormittags $8^1/_2$—$9^1/_2$ Uhr im Gemeindeamt, Posadowskistr. 1, Zimmer 3 aus. Für diejenigen, welche verhindert sind einzusehen, haben sich folgende Genossen zur Einsichtnahme bereit erklärt: August Beck, Bismarckstr. 11 (Konsum-Verkaufsstelle); Johann Feyerstein, Bismarckstr. 28; Richard Kaul, Bismarckstraße; Wilhelm Baichin, Metzer Str. 1. Es wird ersucht, für diesen Zweck die Steuerzettel mitzubringen.

Friedenau. Im Gemeindeamt, Feurigstr. 8, Zimmer 2, während der Dienststunden von 8—3, und Sonntags von 9—12 Uhr.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste gebe man unter Beibringung der Steuerquittung sofort zu Protokoll.

Rixdorf.

Die Errichtung eines Schulhausanbaues am Mariendorfer Wege zur Aufnahme von 20 Klassen sowie den erforderlichen Nebenräumen soll einem Beschluß der Schuldeputation zufolge bei den städtischen Körperschaften beantragt werden. — Das Hochbauamt soll ersucht werden, ein Projekt über die weitere Bebaubarkeit des katholischen Schulgrundstücks in der Kopfstraße aufzustellen. — Die Deputation beschloß des weiteren, mit Rücksicht auf den starken Wechsel im Schülerbestande und die entstehende Belastung der Lehrkräfte von der Errichtung von Schulsparkassen an den hiesigen Gemeindeschulen vorläufig abzusehen. — Im nächsten Winterhalbjahr soll in der 3., 4., 11., 12., 15., 16. und 13./14. Gemeindeschule je ein Klassenzimmer an jedem Wochentage — mit Ausnahme des Sonnabends — während einer Nachmittagsstunde für die ärmeren Schulkinder zur Anfertigung ihrer Schularbeiten unter der Aufsicht einer Lehrperson freigegeben werden. Die mit der Aufsicht betrauten Lehrkräfte sollen eine Entschädigung erhalten. — Mit der versuchsweisen Einführung des Werkunterrichts in den untersten Klassen der 1., 2., 29. und 30. Gemeindeschule in der Boddinstraße vom 1. April dieses Jahres ab erklärte sich die Deputation einverstanden. Desgleichen mit der Aufstellung eines Walfischgerippes aus dem Körnerschen Museum auf dem Schulhofe in der Boddinstraße. Der Vorsitzende gab den Mitgliedern Kenntnis von der Verfügung der königl. Regierung zu Potsdam vom 12. Dezember v. J. über die von den einzelnen Gemeinden des Regierungsbezirks getroffenen besonderen Einrichtungen zur Fürsorge für die schulpflichtige Jugend, sowie von der Verfügung bezüglich der Erweiterung der Schwerhörigenklasse.

Ein Raub der Flammen wurde am Sonntag in der Bergstr. 132 das langgestreckte eineinhalbstöckige Fabrikgebäude der Küchenmöbelfabrik von Richter u. Groeben. Obgleich die Wehr mit vier Rohren Wasser gab, konnte doch nicht verhindert werden, daß das Gebäude vollständig ausbrannte. Auch ein Automobil verbrannte, so daß der Schaden bedeutend ist.

Charlottenburg.

Die Neuwahlen der Vertreter zum Charlottenburger Gewerbegericht

finden am Donnerstag, den 18. Januar, von vormittags 10 bis mittags 1 Uhr und von nachmittags 4 Uhr bis 8 Uhr statt. Wähler ist jeder Arbeiter, welcher am Tage der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet hat, in Charlottenburg wohnt oder hier im Arbeitsverhältnis steht. Diejenigen, die in Charlottenburg wohnen und arbeiten, wählen in demjenigen Bezirk, in welchem sie in Arbeit stehen. Wer in Charlottenburg wohnt und außerhalb Charlottenburgs arbeitet, oder zurzeit arbeitslos ist, wählt dort, wo er wohnt, während diejenigen, die in Charlottenburg arbeiten und in Berlin oder in den Vororten wohnen, in demjenigen Wahlbezirk ihr Stimmrecht ausüben, in welchem sie beschäftigt sind.

Jeder Wähler muß im Besitz einer Legitimation sein. Für diejenigen, die hier in Arbeit stehen, hat der Arbeitgeber eine Legitimation auszustellen; für diejenigen, die hier wohnen und außerhalb Charlottenburgs arbeiten oder zurzeit arbeitslos sind, das zuständige Polizeirevier. Formulare hierzu sind auf den Polizeirevieren vorrätig, auch werden dieselben in der Gerichtsschreiberei des Gewerbegerichts, Rathaus, Zimmer 82, unentgeltlich verabfolgt.

Die Verteilung der von den Charlottenburger freien Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten ist folgende:

1. Wahlbezirk: Wahllokal: Restaurant Erstling, Am Bahnhof Westend 2. Kandidaten: 1. Eduard Hoffmann, Maler. 2. Paul Lindenblatt, Kunst- und Landschaftsgärtner.

2. Wahlbezirk: Wahllokal: Restaurant Winter, Schloßstraße 45. Kandidaten: 1. Franz Huzol, Schneider. 2. Hermann Rothkopf, Fabrikarbeiter.

3. Wahlbezirk: Abstimmungsbezirk A. Wahllokal: Turnhalle der 5./6. Gemeindeschule, Kaiserin-Auguste-Allee 74. Abstimmungsbezirk B. Wahllokal: Restaurant Olm, Reuchlinstr. 6. Abstimmungsbezirk C. Wahllokal: Restaurant Schütze, Salzufer 1a. Abstimmungsbezirk D. Wahllokal: Restaurant Rack, Berliner Str. 88. Kandidaten: 1. Richard Hennig, Dreher. 2. Emil Lehmann, Maurer. 3. Karl Mende, Klempner. 4. Wilhelm Richter, Werkzeugmacher.

4. Wahlbezirk: Wahllokal: Restaurant Fleck, Kaiser-Friedrichstraße 49/50. Kandidaten: 1. Paul Drusche, Lagerarbeiter. 2. Max Bernhardt, Handelshilfsarbeiter.

5. Wahlbezirk: Wahllokal: Restaurant Prinz Luitpold, Berliner Str. 46. Kandidaten: 1. Rudolf Müller, Tischler. 2. Franz Knobel, Zimmerer. 3. Heinrich Woschke, Putzer.

6. Wahlbezirk: Wahllokal: Restaurant Reimer, Wilmersdorfer Str. 21. Kandidaten: 1. Wilhelm Cramer, Bauarbeiter. Max Liehr, Asphaltarbeiter.

7. Wahlbezirk. Wahllokal: Restaurant Leibnizsäle, Leibnizstraße 33. Kandidaten: 1. August Hammel, Tischler. 2. Otto Lehmann, Bauarbeiter.

8. Wahlbezirk. Wahllokal: Restaurant Gerdes, Augsburgerstraße 28. Kandidat: Wilhelm Dermietzel, Kellner.

Versäume niemand, sein Wahlrecht auszuüben!

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Elternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 28. Januar, findet im Volkshause, Rosinenstr. 3 (großer Saal), eine große Märchenaufführung statt. Zur Aufführung gelangt: Weihnachten im Nigenhaus. Ein Weihnachtsmärchenspiel mit Gesang und Reigen in 2 Bildern. Gespielt von zirka 40 Kindern der Mitglieder. Saalöffnung 1 Uhr. Anfang präzise 2 Uhr. Eintritt für Erwachsene 30 Pf., für Kinder 10 Pf. Billetts sind zu haben bei Liermann, Kaiserin-Augusta-Allee 91, Friese, Neue Christstr. 7, Grätz, Spreestraße 56, Janke, Wielandstr. 5, Konsumniederlage, Wallstr. 23, „Vorwärts“-Spedition, Sesenheimerstr. 1 und Weisheit, Rosinenstraße 3 (Stehbierhalle.)

Der Vorstand.

Schöneberg.

Weitere unentgeltliche Seefischkochkurse finden am 22. und 23. dieses Monats für die Frauen der hiesigen Bürgerschaft statt. Die Kurse werden nachmittags 6 Uhr abgehalten und zwar am 22. d. Mts. in der Kochküche der Volksschule Apostel-Paulus-Straße 10/11 am Wartburgplatz (Ecke Martin-Luther-Straße), am 23. d. Mts. in der Volksschule, Feurigstraße 57. Die Frauen, die sich zur Teilnahme an diesen Kursen gemeldet haben, erhalten in den nächsten Tagen besondere Einladungen zugesandt. Die von den Teilnehmerinnen zubereiteten Speisen können von diesen an Ort und Stelle gleich verzehrt werden, auch ist es ihnen gestattet, die fertigen Speisen mit nach Hause zu nehmen. Da beabsichtigt ist, im Monat Februar weitere solcher Kurse abzuhalten, können Anmeldungen hierzu schon jetzt unter Angabe der genauen Adresse abgegeben werden entweder in der städtischen Seefischhalle Schöneberg, Feurigstraße 4, oder bei dem Magistrat Schöneberg, Marktverwaltung.

Groß-Lichterfelde.

Großfeuer wütete am Sonntagmorgen dicht am Bahnhof Botanischer Garten, wo der Dachstuhl des Hauses Unter den Eichen 115 in Brand geraten war. Als man die Gefahr bemerkte, hatten die Flammen schon derart an Ausdehnung gewonnen, daß auch die Nachbargebäude stark gefährdet waren. Neben der Ortswehr rückten auch auf den Feuerschein hin die Feuerwehren von Steglitz, von Dahlem und von der Photographischen Gesellschaft an. Der Löschangriff erfolgte sofort mit vereinten Kräften. Aber erst nach zweistündiger angestrengter Tätigkeit konnte die Hauptgefahr als beseitigt gelten. Von dem Dachstuhl ist ein großer Teil zerstört. Außerdem haben die Wohnungen der Obergeschosse starken Wasserschaden erlitten. Die Aufräumungsarbeiten und die vollständige Ablöschung zogen sich bis gegen mittag hin. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt. Unfälle sind nicht vorgekommen.

Lankwitz.

Die Liste der Gemeindewähler umfaßt in diesem Jahre 1705 Wahlberechtigte, von denen 17 auf die erste Klasse, 189 auf die zweite und 1549 auf die dritte Klasse entfallen. In der ersten Klasse bildet die Imperial-Gas-Assoziation mit zirka 50 000 M. Steuern die „kühne“ Spitze, während die übrigen 16 bis zu 3724 M. Steuern reichen. In der zweiten Klasse wählt der Steuersatz 540—3692 M.; was darunter ist, muß sich mit dem „gleichen Wahlrecht“ begnügen. Zur Wahl kommt in diesem Jahre ein „Angesessener“. Möge der Ausfall der Reichstagswahl vorbedeutend auf die Gemeindewahl wirken.

Das Kontrollauto der Liberalen erlitt, wie uns nachträglich noch berichtet wird, am 12. Januar in Lankwitz einen Unfall, indem es in der Kaiser-Wilhelm-Straße gegen einen Baum fuhr und dabei erheblich beschädigt wurde. Für die Insassen hat der Unfall ernste Folgen nicht gehabt.

Tempelhof.

Die Beratung des Ortsstatus zum Kaufmannsgericht, die in der vorhergehenden Sitzung der Gemeindevertretung vertagt worden ist, wurde in der letzten Sitzung erledigt. Die von den sozialdemokratischen Vertretern gestellten Verbesserungsanträge wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. — Dem Verleger der „Vororts-Zeitung“ wurde für die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen die Pauschalsumme von 200 auf 300 M. erhöht.

Stralau.

Der Verein Arbeiterjugendheim hält heute Dienstag, den 16. Januar, abends $8^1/_2$ Uhr, im Restaurant „Perle“, Alt Stralau 21, seine Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Notwendigkeit der proletarischen Jugendbewegung. 2. Ergänzungswahlen zum Ausschuß und Wahl eines Obmanns. 3. Verschiedenes.

Trebbin (Kreis Teltow).

In der letzten Stadtverordnetensitzung hatten unsere Genossen den schriftlichen Antrag gestellt, die Wahlen der Abteilungskommissionen nochmals vorzunehmen. Genosse Schönsee betonte, daß die Wahlen in den vorhergehenden Jahren der Geschäftsordnung gemäß stattgefunden haben. Aber alle von unseren Genossen angeführten Gründe hatten nur den Erfolg, daß der Stadtverordnete Haase den Antrag auf Schluß der Debatte stellte. Die Wahlen wurden mit 11 Stimmen für gültig erklärt. Hierauf wurde einstimmig beschlossen, die Räumung der neuen Entwässerungsanlage aus dem Siebbusch für die Stadt zu übernehmen. Der Antrag des Landrats auf Erbauung eines neuen Feuerwehrdepots sowie Anschaffung eines Mannschafts- und Gerätewagens wurde einstimmig abgelehnt. Unsere Genossen wurden in folgende Kommissionen gewählt: Schönsee Bau-, Forst-, Feuerlösch- und Schuldaukommission; Kärgel Markt-, Straßenbau-, Feuerlösch- und Bibliothekkommission; Heinze Kassen-, Wasserwerk-, Straßenbau- und Armenkommission; Richter Armen-, Kassen-, Feuerlösch- und Bibliothekkommission. Die Holzauktion vom 19. Dezember 1911 hat die Summe von 7245,80 Mark ergeben.

Arbeiter-Esperanto-Vereinigung Groß-Berlin. Gruppe Zentrum. Freitags $8^1/_2$ Uhr, Restaurant Trödel, Blankenfelde-Str. 10, — Gruppe Moabit. Freitags $8^1/_2$ Uhr, Restaurant Frosch, Gotzkowskystraße 36. — Gruppe Rixdorf. Dienstags 8 Uhr, Restaurant Kuhlmey, Steinmetzstr. 84.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Jüllichau-Schwiebus-Krossen-Sommerfeld. (Ortsverein Berlin.) Mittwoch, den 17. Januar, abends $8^1/_2$ Uhr, Versammlung bei Geyner.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 14. 1. cm	seit 13. 1. cm[1])	Wasserstand	am 14. 1. cm	seit 13. 1. cm[1])
Memel, Tilsit	84[2])	—6	Saale, Grochlitz	118[6])	—36
Pregel, Insterburg	43[2])	+4	Havel, Spandau[7])	56	—10
Weichsel, Thorn	38[2])	—4	„ Rathenow[7])	65[7])	+5
Oder, Ratibor	164[4])	—34	Spree, Spremberg[7])	90	—2
„ Krossen	140[4])	—9	„ Beeskow	83[8])	—5
„ Frankfurt	196	+25	Weser, Minden	233	—19
Warthe, Schrimm	—	—	„ Minden	328	—30
„ Landsberg	46[5])	—6	Rhein, Maximiliansau	524	—46
Netze, Nordamm	60[4])	+29	„ Kaub	432	—16
Elbe, Leitmeritz	—20	—40	„ Köln	556	—93
„ Dresden	-114[4])	—28	Neckar, Heilbronn	195	—28
„ Pardy	168[4])	—35	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	190[4])	—22	Mosel, Trier	264	—78

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. — [4]) Eistreiben. — [5]) Eisstand, höchster Wasserstand am 14. um 1 Uhr nachts: 182 cm. — [6]) Oberhalb der Brücke Eisstand.

Santa Lucia
Kraft Rotwein
Blutarmen u. Kranken
während der Reconvalescenz empfohlen.
Nachahmungen bitte zurückzuweisen.
Käuflich in Apotheken, Drogen und Delicatessen-Geschäften, Fl. 1,50 u. 2,00 M.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.